

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Neunundachtzigste öffentliche Sitzung

Nr. 89

Mittwoch, den 13. Oktober 1948

III. Band

	Seite		Seite
Geschäftliches	137, 147, 158, 161, 163, 166, 187, 190	Berufung des Abgeordneten Hagen Georg (SPD) in den Landeschulbeirat an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Mary (vergl. Beilage 1495)	138
Glückwünsche des I. Vizepräsidenten zum 60. Geburtstag des Präsidenten des Senats Dr. Singer	137—138	Stellungnahme des Ausschusses für die Geschäftsordnung hinsichtlich Auslegung des § 86 Abs. 1 der Geschäftsordnung in Zweifelsfällen	138—139
Beglückwünschung der Abgeordneten Mayer Gabriel zum 70. Geburtstag, Predl zum 65. Geburtstag, Vieleder und Piehler zum 60. Geburtstag	138	Hinweise des I. Vizepräsidenten zur reibungslosen Durchführung des Sitzungsbetriebs insbes. der Abstimmungen (Ausgabe von Eintrittskarten)	139
Einführung der neu eingetretenen Mitglieder Dr. Ziegler (fraktionslos) und Schöllhorn (SPD)	138	Mündliche Anfragen gemäß § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung:	
Bekanntgabe eines Schreibens des Landesbischofs D. Meiser anlässlich der Verkündung des Gesetzes über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an berufsmäßige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen	138	1. Abänderung der Gesetze über den Finanzausgleich und über die staatliche Rechnungslegung.	
Bekanntgabe von Beschlüssen des Senats zu den Gesetzen		Redner:	
a) zur Änderung des Gemeindevahlgesetzes vom 27. Februar 1948 (Anlage 123);		I. Vizepräsident Hagen Georg	139
b) zur Änderung des Landkreiwahlgesetzes vom 27. Februar 1948 (Anlage 123);		Haußleiter (CSU) [zur Geschäftsordnung]	139
c) über die Verlängerung von Land- und Fischereipachtverträgen (Anlage 124)	138	Staatssekretär Dr. Müller	139
Geschäftliche Behandlung der Einwendungen des Senats gegen das Gesetz über das Nutzungsrecht bei Siedlerstellen (Anlage 125)	138	2. Personalstand der Staatsministerien (Fortsetzung). Redner:	
(Überweisung an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen.)		Ministerialdirektor Dr. Ringelmann	139—140
Geschäftliche Behandlung des Entwurfs eines Gesetzes über die Wiedererrichtung von Konsumgenossenschaften (Beilage 1874)	138	3. Wiedergewährung von Pensionen an ausgewiesene aus allen nach dem Zusammenbruch abgetretenen Gebieten (Anfrage des Abgeordneten Bitom).	
(Überweisung an den Ausschuß für Wirtschaft.)		Redner:	
Kenntnisnahme des Befehls der Militärregierung für Bayern zur Aufhebung und Außerkräftsetzung des Gesetzes zur Bekämpfung von Markenfälschungen (vergl. Beilage 1862)	138	Ministerialdirektor Dr. Ringelmann	140
Bemerkungen des I. Vizepräsidenten zur Verabschiedung des Betriebsmittelpfandes für das dritte Vierteljahr 1948 und zur Erstellung des Haushalts 1948/49	138	Staatsminister Dr. Antermüller	140—141
		Staatsminister Dr. Schlögl	147
		5. Klärung von Zweifelsfragen im Rahmen des § 36 der Wahlordnung.	
		Redner:	
		Rübler (CSU)	141
		Staatsminister Dr. Antermüller	141

	Seite		Seite
6. Schulkonflikt in Zirndorf (Fortsetzung). Redner: Staatsminister Dr. Hundhammer	141—142	sicherungen, die auf Zwangsmitgliedschaft beruhen. Redner: Trettenbach (CSU) Staatssekretär Dr. Müller	145 145
7. Gültigkeit des Staatsvertrags mit Coburg (Anfrage des Abgeordneten Schneider, siehe St. B. Nr. 76 S. 1636 Sp. 2). Redner: Staatsminister Dr. Untermüller	142	17. Pressenotiz über Handelsvertrag mit dem Staate Israel. Redner: Scheffel (CSU) Staatsminister Dr. Untermüller	146 146
8. Verzögerung der Auszahlung der Gehälter an Lehramts- und Schulamtsbewerber bei der Regierungshauptkasse Unsbach. Redner: Pittroff (SPD) Staatsminister Dr. Hundhammer	142 142	18. Durchführung des Landtagsbeschlusses vom 14. Mai 1948 betreffend Einsetzung von Beiräten bei den Zweigstellen und Außenstellen des Landesamts für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung (Beilage 1432). Redner: Bodesheim (FDP) Ministerialdirektor Dr. Ringelmann	146 146
9. Stand der Bodenreform. Redner: Dr. Huber (SPD) Staatsminister Dr. Schögl	142 142—143	19. Angebliche Abgabe von verdorbenem Fleisch an die Tierkörperverwertungsanstalt durch die Firma Bär in Fürth (vergl. Beilage 1650). Redner: Brunner (FDP) Staatsminister Dr. Schögl	146 146
10. Schlachtviehzuteilung an jüdische Metzger im Schlacht- und Viehhof München. Redner: Hirschenauer (CSU) Staatsminister Dr. Schögl	143 143	20. Befähigungsnachweis der bei Behörden berufsfremd angestellten Personen; hier unterfränkischer Sparkassenleiter (Fortsetzung). Redner: Michel (CSU) [zur Geschäftsordnung] Staatsminister Dr. Untermüller	146 146—147
11. Aufrechterhaltung der Tierseuchenkasse — Aufhebung der Kadaververwertungsgenossenschaft — Nachzahlung des durch die Getreidepreiserhöhung entstandenen Unterschiedbetrags. Redner: Ortkopf (CSU) Staatsminister Dr. Schögl Staatsminister Dr. Untermüller	143 143—144 144	21. Gewährung von Vorschüssen an die Selbstverwaltungskörper zur Auszahlung der Unterstützungsgelder. Redner: Schütte (SPD) Staatsminister Dr. Untermüller Ministerialrat Ritter	147 147 147
12. Rückforderung von 35 Prozent der mit dem ersten Währungsgegesetz angeordneten Erstaussstattung in neuem Geld. Redner: Dr. Winkler (CSU) Staatssekretär Dr. Müller	144 144	Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zu den Entwürfen von Gesetzen	
13. Unterhaltszuschüsse für Beamte im Vorbereitungsdiensft. Redner: Wilhelm (SPD) Ministerialdirektor Dr. Ringelmann	144 144	a) zur Änderung des Sparkassengesetzes (Beilage 1863) — Erste und zweite Lesung; Redner: Dr. Wittmann (CSU) [Berichterstatter]	147—148
14. Beitrag des Staatsgutes Weitshöchheim zur Weinbewirtschaftung. Redner: Haußleiter (CSU) Staatsminister Dr. Schögl	144 144—145	b) über die Zuständigkeit und das Verfahren in Fideikommiß- und Stiftungssachen (Beilage 1864) — Erste und zweite Lesung; Redner: Zietzsch (SPD) [Berichterstatter]	149
15. Strafgewalt der Schöffengerichte bei Wirtschaftsvergehen. Redner: Drechsel (SPD) Staatssekretär Dr. Lacherbauer	145 145	c) über das Verfahren in Binnenschiffahrtssachen (Beilage 1865) — Erste und zweite Lesung. Redner: Zietzsch (SPD) [Berichterstatter]	150
16. Beseitigung der durch die Währungsreform verursachten Härten für Rentenver-			

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten zum Entwurf eines Gesetzes gegen mißbräuchliche Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen (Beilage 1873) — Erste und zweite Lesung.

Hierzu Abänderungsantrag der Abgeordneten Bezold Otto zu § 7 Abs. 1 und Zietsch zu § 7 Abs. 1 und 2;

ferner Antrag des Abgeordneten Bezold Otto auf Zurückstellung der zweiten Lesung.

Redner:

Hauß Georg (CSU) [Berichterstatter]	151
Bezold Otto (FDP)	151, 153, 154
Wolf (SPD)	151—152
Zietsch (SPD)	153
Staatssekretär Dr. Grieser	154

Interpellation der Abgeordneten Hausleiter und Genossen betreffend Behebung der Notlage des Fremdenverkehrs in der Fränkischen Schweiz (Beilage 1814).

Redner:

Hausleiter (CSU)	154—156
Staatssekretär Geiger	154, 157—158
Ragengast (CSU)	156

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Meigner und Genossen betreffend Schließung des Bayerischen Staatsschauspiels (Beilage 1857).

Redner:

Meigner (CSU) [Berichterstatter]	158—160
Schneider (FDP)	160

Erklärung des Abgeordneten Dr. Ziegler betreffend Wiedergutmachung des am judendeutschen Volk verübten Unrechts 160—161

(Die Sitzung wird unterbrochen.)

Wahl des Abgeordneten Brunner zum Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehrsfragen.

Redner:

Scheffbeck (CSU) [zur Geschäftsordnung]	161
---	-----

(Wahl wird zurückgestellt; sie ist vom Ausschuß für Verkehrsfragen vorzunehmen.)

Bericht des Wirtschaftsausschusses-Vorsitzenden Abgeordneten Scheffbeck über den Empfang der Gewerkschaften am 15. September 1948 durch den Wirtschaftsausschuß anlässlich der Preissteigerungen.

In Verbindung damit:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag des Abgeordneten Scheffbeck betreffend Maßnahmen zur Unterbindung von ungerechtfertigten Preissteigerungen (Beilage 1803).

Redner:

Scheffbeck (CSU)	162
Eimmert (CSU) [Berichterstatter z. Beil. 1803]	162-163
Zietsch (SPD) [zur Geschäftsordnung]	163, 164
Dr. Hundhammer (CSU)	163-164
Dr. Hoegner (SPD) [zur Geschäftsordnung]	164

Seite

Mündliche Berichte des Ausschusses für den Staatshaushalt zu den Anträgen der Abgeordneten

a) Dr. Hoegner und Genossen betreffend Bereitstellung von Mitteln für die von Typhusepidemien heimgesuchte Stadt Neuötting (Beilage 1858);

b) Dr. Probst betreffend Bereitstellung ausreichender Mittel zur Verhütung weiterer Typhusepidemien in Bayern (Beilage 1859).

Redner:

Dr. Probst (CSU) [Berichterstatterin]	164—166
---	---------

Fortsetzung der Beratung über die Maßnahmen zur Unterbindung ungerechtfertigter Preissteigerungen.

Hierzu Antrag der Fraktion der SPD betreffend Mißbilligung der Wirtschaftspolitik des Wirtschaftsdirektors Professor Dr. Erhard . 183, 190

Redner:

Staatssekretär Geiger	166—168
Fischer Wilhelm (SPD)	168—173
Scheffbeck (CSU)	173—177
Weingiert Alois (CSU)	178—179
Dr. Einnert (FDP)	179—183
Dr. Beck (SPD)	183—184
Ministerpräsident Dr. Erhard	184—185
Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Müller	185—187
Drechsel (SPD)	187—190

Festsetzung der Zeit für die nächste Sitzung . . . 190

(Die Sitzung wird vertagt.)

Die im Sitzungssaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 9 Uhr 7 Minuten durch den I. Vizepräsidenten Hagen Georg eröffnet.

I. Vizepräsident: Die 89. öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags ist eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten: Anetseder, Bauer Hansheinz, Bezold Georg, Dr. Bühner, Dr. Dehler, Gehring, Hagen Lorenz, Hofer, Dr. Horlacher, Huth, Dr. Korff, Dr. Kroll, Dr. Laforet, Mack Georg, Dr. Pfeiffer, Pehler, Dr. von Brittwitz und Gaffron, Dr. Schwalber, Seifried, Dr. Stang, Stock, Sühler, Thaler, Dr. Wühlhofer.

Zunächst ist es mir eine angenehme Pflicht, verschiedener Jubilare glückwünschend zu gedenken. In erster Linie ist es der Präsident des Bayerischen Senats, Herr Dr. Josef Singer, der dieser Tage den 60. Geburtstag feiern konnte. Herr Dr. Singer ist als führende Persönlichkeit des Wirtschaftslebens in ganz Bayern und weit darüber hinaus bekannt und geachtet. Unser aller Wunsch ist es, daß diese wertvolle Kraft unserer Wirtschaft, speziell unserer Landwirtschaft, noch recht lange in voller Wirkungsmöglichkeit erhalten bleibe. Über die besonderen Beziehungen des Herrn Präsidenten Dr. Singer zum Bayerischen Landtag sagt Herr Landtagspräsident Dr. Horlacher in seinem Glückwunschschreiben:

Seite

(I. Vizepräsident)

„Das Präsidium des Landtags gedenkt bei dieser Gelegenheit gern Ihres verdienstvollen Einsatzes für die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Landtag und Senat. Die in der Verfassung dem Senat gestellten Aufgaben sind vösltiges Neuland, dessen Erschließung viel Umsicht, Geduld und zugleich Vorwärtstreben erfordert. Es ist für Landtag und Senat eine glückliche Fügung, daß Sie, sehr geehrter Herr Präsident, diese Eigenschaften in hohem Maße entwickeln. Das Präsidium des Landtags ist daher der festen Zuversicht, daß die Zusammenarbeit beider Körperschaften auch weiterhin eine für unser Volk und Vaterland segensvolle sein wird.“

Ich darf annehmen, daß sich das Haus diesem Gedankengang unseres Herrn Präsidenten und den Glückwünschen für Herrn Dr. Singer vollinhaltlich anschließt.

Aus unseren eigenen Reihen können wir beglückwünschen den Abgeordneten Mayer Gabriel zum 70. Geburtstag, den Abgeordneten Prechtl zum 65. Geburtstag, die Abgeordneten Bickler und Piehler zum 60. Geburtstag. Wir übermitteln den Herren Kollegen die besten Glückwünsche in der Hoffnung, daß ihnen die derzeitige Rüstigkeit noch recht lange erhalten bleiben möge.

Der Präsident des Statistischen Landesamts teilt als Landwahlleiter mit, daß an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten August Schwingenstein der Münchener Rechtsanwalt Dr. Franz Ziegler als Ersatzmann berufen wurde. Abgeordneter Dr. Ziegler ist im Hause anwesend. Ich begrüße ihn in unseren Reihen und ersuche ihn, sich an den Arbeiten des Hauses rege zu beteiligen. Abgeordneter Dr. Ziegler erklärte dem Landtagsamt gegenüber, daß er fraktionslos sei.

Abgeordneter Dr. Ernst Vogtherr richtete am 27. September 1948 an das Präsidium ein Schreiben mit der Mitteilung, daß er aus gesundheitlichen Rücksichten sein Mandat niederlege. Als Nachfolger ist Herr Schreinermeister Schöthorn in Neu-Ulm einberufen worden. Er ist anwesend. Ich begrüße auch ihn in unseren Reihen und bitte ihn, sich an unseren Arbeiten rege zu beteiligen.

Das Amt eines Abgeordneten ist gerade in der heutigen Zeit schwer und verantwortungsvoll. Ich bitte die beiden Kollegen, ihr verantwortungsvolles Amt verantwortungsbewußt auszuüben.

Herr Landesbischof D. Meiser nimmt die Veröffentlichung des Gesetzes über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an die berufsmäßigen Wehrmachtangehörigen und ihre Hinterbliebenen zum Anlaß, in einem Schreiben an den Herrn Landtagspräsidenten zu erklären:

„Wir sind sehr dankbar dafür, daß die bayerische Staatsregierung und der Bayerische Landtag nach mannigfachen vergeblichen Bemühungen in der Zeit größter Bedrängnis hier so tatkräftig und erfolgreich für das Recht und die Binderung der Not eingetreten sind.“

Wir verbinden mit diesem Dank die Bitte, auch beim Vollzug des Körperbeschädigtengesetzes alles zu tun, um unseren Kriegsoptionen und ihren Hinterbliebenen baldige und ausreichende Hilfe zuteil werden zu lassen.“

Das Haus nimmt davon Kenntnis.

Der Herr Präsident des Senats teilt mit, daß der Senat keine Einwendungen erhebt

1. gegen das Gesetz zur Änderung des Gemeindevahlgesetzes vom 27. Februar 1948;
2. gegen das Gesetz zur Änderung des Landkreismahlgesetzes vom 27. Februar 1948;
3. gegen das Gesetz über die Verlängerung von Land- und Fischereipachtverträgen.

Das Haus nimmt davon Kenntnis.

Weiter teilt der Senat mit, daß er gegen das Gesetz über das Nutzungsrecht bei Siedlerstellen Einwendungen grundsätzlicher Art erhebt. Ich habe diese Einwendungen dem Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen zur weiteren Behandlung überwiesen.

— Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Der Herr Ministerpräsident hat dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes über die Wiedererrichtung von Konsumgenossenschaften zugeleitet. Der Herr Präsident hat das Gesetz dem Ausschuß für Wirtschaft überwiesen.

— Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle das fest.

Mit Schreiben vom 24. September 1948 teilte der Ministerpräsident den Befehl der Militärregierung mit, das am 1. Juli 1948 vom Landtag verabschiedete Gesetz zur Bekämpfung von Markenfälschungen mit Wirkung vom 22. September 1948 außer Kraft zu setzen. Der Wortlaut des hierüber mit der bayerischen Staatsregierung gepflogenen Schriftwechsels sowie der daraufhin ergangenen Anordnungen ist den Mitgliedern des Hauses in Beilage 1862 inzwischen zugestellt worden.

— Das Haus nimmt von dem Vorgang Kenntnis.

Der Betriebsmittelpplan für das dritte Vierteljahr des laufenden Rechnungsjahres ist den Mitgliedern des Hauses heute übergeben worden. Er wird auf schnellstem Wege verabschiedet werden müssen. Bei der Gelegenheit wird auch die von der Militärregierung erhobene Beanstandung wegen der nicht fristgerecht erfolgten Vorlage des Haushaltsplans 1948 zu bereinigen sein, ebenso die bei den Verhandlungen des Haushaltsausschusses am 8. Oktober 1948 aufgeworfene Frage, ob für das Rechnungsjahr 1948 überhaupt noch ein Haushalt aufgestellt werden soll. Nach den bisherigen Vereinbarungen wird im Laufe der nächsten Woche eine Rücksprache zwischen Militärregierung und Staatsregierung erfolgen. Der Haushaltsausschuß wird gebeten, dann sofort Stellung zu nehmen.

— Das Haus ist damit einverstanden.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus teilte uns am 30. September 1948 mit:

„Die Landtagsfraktion der SPD hat mit Schreiben vom 26. August 1948 mitgeteilt, daß das Mitglied des Bayerischen Landtags Franz Marx aus dem Landesschulbeirat ausscheide, und hat an seiner Stelle den Landtagsabgeordneten Oberbürgermeister Georg Hagen-Kulmbach vorgeschlagen.“

Unter Bezugnahme auf den Beschluß des Bayerischen Landtags vom 9. Juni 1948 bitte ich, eine Beschlußfassung des Landtags herbeizuführen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, stelle ich fest, daß das Haus mit dieser Regelung einverstanden ist.

In der öffentlichen Sitzung des Landtags vom 26. August 1948 sind hinsichtlich der Auslegung des § 86 Abs. 1 der Geschäftsordnung Zweifel aufgetreten. Ich habe veranlaßt, daß sich der Ausschuß für die Ge-

(I. Vizepräsident)

Schäftsordnung mit dieser Frage befaßt. Der Ausschuß hat in seiner Sitzung vom 23. September 1948 dazu wie folgt Stellung genommen:

Nach Ansicht des Geschäftsausschusses ist § 86 Abs. 1 dahingehend auszulegen, daß, wenn das Ergebnis einer Abstimmung nach Meinung des Präsidenten oder eines der beiden Schriftführer zweifelhaft ist, unter allen Umständen eine namentliche Abstimmung zu erfolgen hat. Nur dann, wenn bezüglich des Abstimmungsergebnisses eine einstimmige Auffassung des geschäftsführenden (jeweils vorsitzenden) Präsidiums vorhanden ist, braucht eine namentliche Abstimmung nicht vorgenommen werden.

Eine Auszählung der Stimmen ist in der neuen Geschäftsordnung nicht mehr vorgesehen.

Ich bitte das hohe Haus, davon Kenntnis zu nehmen.

Folgendes möchte ich dann noch den Mitgliedern des Hauses zur besonderen Beachtung empfehlen:

1. Das Plenum wird darauf bedacht sein, die Sitzungen jeweils pünktlich zu beginnen. Dieser Hinweis gilt ebenso für die Mitglieder der Staatsregierung beziehungsweise die Referenten der Ministerien wie für die Mitglieder des Hauses.

2. Privatunterhaltungen während der Beratungen bitte ich zu unterlassen.

3. Zur reibungslosen Durchführung von Abstimmungen bitte ich, auf eine von hier oben aus ohne weiteres erkennbare Trennung der Plätze der Abgeordneten und der übrigen Anwesenden bedacht zu sein. Auf alle Fälle bitte ich zu unterlassen, Angehörige oder Bekannte in die Sitzreihen der Abgeordneten hereinzunehmen. Um diese Übersichtlichkeit auf alle Fälle sicherzustellen, werden künftig wieder Eintrittskarten ausgegeben. Dadurch wird eine Überfüllung des Saales vermieden. Ohne Karten ist das Betreten des Saales für Nichtmitglieder des Hauses und für nicht zugelassene Pressevertreter nicht möglich.

Wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Als ersten Punkt rufe ich auf:

Mündliche Anfragen gemäß § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung.

Zur Eröffnung der heutigen Fragestunde habe ich als derzeitiger geschäftsführender Präsident des Hauses zunächst selbst eine Frage an das Staatsministerium der Finanzen zu richten.

Am 29. September 1948 haben die Vertreter der Militärregierung im Haushaltsausschuß des Landtags Wünsche bezüglich des Gesetzes über den Finanzausgleich und des Gesetzes über die staatliche Rechnungslegung vorgetragen. In Bezug auf das letztere Gesetz hat die Militärregierung erklärt, daß sie es aufheben müsse, wenn es nicht ihrem Wunsch gemäß geändert werde. Soweit ich unterrichtet bin, wurde Mitte Oktober als Termin für die Erledigung vereinbart. Ich bitte um Aufschluß, wie weit beide Angelegenheiten inzwischen gediehen sind.

(Haußleiter: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.)

— Herr Abgeordneter Haußleiter zur Geschäfts-

Haußleiter (CSU): Ich erlaube mir die Anfrage, ob der Herr Präsident, wenn er im Rahmen der Redeordnung das Wort in seiner Eigenschaft als Abgeordneter ergreift, nicht vorher das Präsidium abgeben muß.

I. Vizepräsident: Herr Kollege, Sie haben ja gehört, worum es sich handelt. Das dürfte wohl eine Angelegenheit des Präsidenten sein; denn ich spreche hier nicht für meine Person, sondern im Namen des gesamten Hauses. In diesem Fall, glaube ich, kommt nicht der Abgeordnete Hagen in Frage, sondern der derzeit geschäftsführende Präsident.

Herr Abgeordneter Haußleiter!

Haußleiter (CSU): Ich darf dazu sagen, Herr Präsident, daß auch im Rahmen der Fragestunde dann, wenn der Präsident als Abgeordneter spricht, meiner Ansicht nach die einschlägige Geschäftsordnungsbestimmung einzuhalten ist. Ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen.

I. Vizepräsident: Ich nehme das zur Kenntnis und bitte nun Herrn Staatssekretär Dr. Müller, das Wort zu ergreifen.

Staatssekretär Dr. Müller: Meine Damen und Herren! Die Fragen, die mit dem Gesetz über den Finanzausgleich und über die Rechnungslegung zusammenhängen, sind im Finanzministerium geprüft worden. Die Erörterungen sind abgeschlossen. Der Bericht wird in dieser Woche über den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses der Kommission des Landtags, die aus den Herren Abgeordneten Dr. Winkler, Dr. Hoegner und Bezold Otto besteht, zugehen.

I. Vizepräsident: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß noch eine Reihe von Anfragen unbeantwortet sind. Die erste ist die Anfrage des Abgeordneten Seifried über den Personalstand der einzelnen Ministerien seit dem Rücktritt der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder.

Herr Ministerialdirektor Dr. Ringelmann!

Ministerialdirektor Dr. Ringelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Seifried hat im Juli 1948 an die Staatsregierung die Frage gestellt:

1. Um wieviel Prozent hat sich der Personalstand der einzelnen Ministerien seit dem Rücktritt der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder vermehrt?

2. Wieviel Personen, die ehemals der NSDAP angehörten, sind neu eingestellt worden?

3. Ist der besondere Schutz für politisch und rassistisch Verfolgte bei den erfolgten Zwangspensionierungen berücksichtigt worden?

Hierzu habe ich folgendes zu erklären:

Der Personalstand der sämtlichen Staatsministerien mit Ausnahme des Staatsministeriums für Sonderaufgaben, bei dem besondere Verhältnisse vorliegen, hat sich seit dem Ausscheiden der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder von 2112 Köpfen auf 2367 Köpfe, also um 255 Köpfe oder rund 12 Prozent erhöht. Die Personalvermehrung um 255 Köpfe entspricht dem Unterschied zwischen dem Zugang von 558 Köpfen und dem Abgang von 303 Köpfen in dieser Zeit. Im einzelnen betrug die Personalvermehrung in der Staatskanzlei 16 Prozent = 13 Köpfe, im Staatsministerium des Innern 15,9 Prozent = 53 Köpfe, in der Obersten Baubehörde 50 Prozent = 53 Köpfe, im Justizministerium 13,3 Prozent

(Ministerialdirektor Dr. Ringelmann)

= 15 Köpfe, im Staatsministerium für Unterricht und Kultus 0 Prozent — die Zahl wurde sogar um 2 verringert —, im Finanzministerium 17,9 Prozent = 24 Köpfe, (Zuruf: Wieviel sind ohne Köpfe?)

— wenn ich einen anderen Ausdruck wüßte, der ebenso treffend wäre, würde ich ihn gebrauchen —, im Wirtschaftsministerium 0 Prozent = minus 24 Personen, im Ernährungsministerium 18,7 Prozent = 95 Personen, im Arbeitsministerium 8,9 Prozent = 13 Personen und im Verkehrsministerium 17,4 Prozent = 15 Personen.

Zu Frage 2: An früheren Mitgliedern der NSDAP wurden neu eingestellt insgesamt 119 Personen = 5,6 Prozent des damaligen beziehungsweise 5,02 Prozent des heutigen Personalstands der Staatsministerien. Von diesen 119 Personen entfielen auf die Staatskanzlei 7, das Ministerium des Innern 36, die Oberste Baubehörde 24, das Justizministerium 1, das Unterrichtsministerium 5, das Finanzministerium 7, das Wirtschaftsministerium 18, das Ernährungsministerium 17 und das Verkehrsministerium 4 Personen. Das Arbeitsministerium ist im Hinblick auf das gesetzliche Verbot nicht beteiligt.

Die dritte Frage bezüglich des besonderen Schutzes für die politisch und rassistisch Verfolgten bei Zwangspensionierungen ist dahin zu beantworten, daß, soweit überhaupt Zwangspensionierungen in einzelnen Ministerien erfolgten, der besondere Schutz, den politisch und rassistisch Verfolgte genießen, beachtet wurde.

I. Vizepräsident: Dann ist noch nicht beantwortet die Anfrage des Abgeordneten **Bitom** über die Wiedergewährung von Pensionen an Ausgewiesene aus allen nach dem Zusammenbruch abgetretenen Gebieten.

Das Wort zur Beantwortung hat Herr Ministerialdirektor Dr. Ringelmann.

Ministerialdirektor Dr. Ringelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dieser Anfrage darf ich kurz folgendes bemerken — ich höre die Anfrage soeben erst —: Wir haben für diejenigen Beamten und Versorgungsberechtigten, die aus den abgetretenen bzw. zurückgelassenen Gebieten stammen, die Gewährung von Zuwendungen eingeführt. Diese Zuwendungen betragen die Hälfte der Versorgungsansprüche, die dem verdrängten Beamten zustehen, mit der Maßgabe, daß die Höchstgrenze von 120 Mark für den Ledigen und von 200 Mark für den Verheirateten nicht überschritten werden darf. Zur Gewährung der vollen Pensionen, auf die die verdrängten Beamten Anspruch gegen das Reich oder ihre sonstigen früheren Dienstherrn hatten, ist der bayerische Staat beim besten Willen nicht in der Lage. Es wurde hier in diesem hohen Hause ja schon wiederholt erklärt, daß gerade nach Bayern ein ungeheurer Flüchtlingszustrom auch aus Beamtenkreisen erfolgt ist. Die bayerischen Staatsfinanzen gestatten es nicht, gewissermaßen treuhänderisch und als Borschußzahler für die vollen Pensionen einzutreten. Wir müssen uns, so leid es uns tut, darauf beschränken, die Zuwendungen in Höhe der halben Pensionen zu gewähren.

I. Vizepräsident: Weiter ist noch nicht beantwortet die Anfrage **Scharf** über den Stand der Übernahme von Flüchtlingseamten und -angeestellten in den öffentlichen Dienst.

Das Wort hat Herr Ministerialdirektor Dr. Ringelmann.

Ministerialdirektor Dr. Ringelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht möglich, auf eine derartige Anfrage ohne nähere Kenntnis dessen, was der Fragesteller beantwortet wissen will, zu erwidern. Es kann nicht bestritten werden und ist allen Damen und Herren bekannt, daß wir dauernd Flüchtlingsbeamte in den staatlichen Dienst, und zwar aller Ressorts, übernehmen. Wenn gefragt werden will, wieviel Flüchtlingsbeamte übernommen worden sind, so muß ich darauf hinweisen, daß für die einzelnen Ressorts längst Feststellungen gemacht worden sind. Diese Feststellungen ergeben, daß einzelne Ressorts wie z. B. die Finanzverwaltung weit über die im Flüchtlingsgesetz vorgesehene Quote hinaus Flüchtlingsbeamte übernommen haben, während andere Ressorts noch nicht in der Lage waren, diese Quote zu erfüllen. Es mangelte aber nicht an gutem Willen, sondern eben daran, daß für die Flüchtlingsbeamten die entsprechenden Stellen nicht vorhanden sind. Wir haben uns erst in den letzten Tagen wieder mit der Frage der Unterbringung der Flüchtlingsbeamten befaßt und hierbei insbesondere festgestellt, daß es ein großes Verdienst der Gemeinden und der Gemeindeverbände wäre, wenn auch sie dem guten Beispiel folgen würden, das der Staat in dieser Richtung gegeben hat. Ich will in diesem Zusammenhang keinen Prozentfuß nennen über den Anteil der Flüchtlingsbeamten innerhalb der gesamten Beamterschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände. Aber ich glaube, daß es nur eines Appells an die Gemeinden bedarf, um auch sie an ihre Pflicht zu erinnern, Flüchtlingsbeamte in entsprechender Zahl zu übernehmen.

I. Vizepräsident: Herr Staatsminister Dr. **Anfelmüller** gibt noch eine Ergänzung zur Beantwortung dieser Anfrage; ich erteile ihm das Wort.

Staatsminister Dr. Anfermüller: Meine Damen und Herren! Bei der Beantwortung einer ähnlichen Frage in einer der letzten Fragestunden könnte der Eindruck entstanden sein, als ob die innere Verwaltung noch nicht die entsprechende Schlüsselzahl von Flüchtlingen beschäftigte. Ich möchte deswegen hier einige Zahlen bekanntgeben.

Nach der vom Statistischen Landesamt ausgewerteten Erhebung über den Anteil der Flüchtlinge in der staatlichen inneren Verwaltung ergibt sich folgendes Bild:

Gesamtzahl der beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter 50 438, davon Flüchtlinge 12 117 = 24,02 Prozent; Gesamtzahl der Beamten und Angestellten des höheren Dienstes 1846, davon Flüchtlinge 527 = 28,54 Prozent;

(hört, hört!)

Gesamtzahl der Beamten und Angestellten des gehobenen Dienstes 5061, davon Flüchtlinge 1082 = 21,37 Prozent; Gesamtzahl der Beamten und Angestellten des mittleren Dienstes 23 105, darunter Flüchtlinge 6474 = 28,01 Prozent;

(hört, hört!)

Gesamtzahl der Beamten des einfachen Dienstes und der Arbeiter 20 426, darunter Flüchtlinge 4034 = 19,74 Prozent.

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

Im Bereich der staatlichen inneren Verwaltung ist damit der nach den Ausführungsbestimmungen zum Flüchtlingsgesetz für die Einstellung von Flüchtlingen vorgesehene Satz von 20 Prozent erfüllt und zum Teil, wie Sie wohl gehört haben, nicht unwesentlich überschritten. An der Spitze der staatlichen Verwaltungen steht die 6222 Beamte, Angestellte und Arbeiter umfassende Dienststelle des Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen, was ja ohne weiteres verständlich ist. Das waren die Zahlen für die staatliche innere Verwaltung.

Für die kommunale Verwaltung ergibt sich ein wesentlich ungünstigeres Bild. Der Flüchtlingsanteil in den kreisunmittelbaren Städten beträgt nur 7,23 Prozent; die Zahlen für die kreisangehörigen Gemeinden liegen noch nicht vor. Die Erhebungen sind noch nicht vollständig abgeschlossen. Ich hielt es für notwendig, hier einmal festzustellen, daß die staatliche innere Verwaltung die Schlüsselzahl nicht nur erreicht, sondern sogar überschritten hat.

(Weidner: Aber nicht das Landwirtschaftsministerium! Das denkt gar nicht daran!)

I. Vizepräsident: Ich bitte um unverzügliche Bewerksichtigung dieser Zusammenstellung. Weiterhin bitte ich, diese Bewerksichtigungen den Abgeordneten sofort zuzustellen.

Staatsminister Dr. Anfermüller: Sehr gerne.

I. Vizepräsident: Zu einer Anfrage hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Kübler.

Kübler (CSU): Nachdem zwei schriftliche Anfragen vom August heurigen Jahres bisher unbeantwortet geblieben sind, richte ich nachstehende mündliche Anfrage an den Herrn Innenminister: In der Wahlordnung für die Gemeinde- und Landkreiswahlen ist eine Lücke enthalten, die es ermöglicht, daß eine Partei oder Wählergruppe unter dem gleichen Kennwort zwei oder mehrere Wahlvorschläge einreicht und damit das in § 36 Abs. 3 ausgesprochene Verbot der nachträglichen Vermehrung der Zahl der Bewerber umgeht. Diese Umgehung des Willens des Gesetzgebers hat bei der letzten Landkreiswahl bereits zu erheblichen Schwierigkeiten geführt. Ist der Herr Staatsminister des Innern bereit, ráschestens eine Ministerialentscheidung zur Klärung etwaiger Zweifelsfragen im Rahmen des § 36 der Wahlordnung zu erlassen, um damit dem Willen des Gesetzgebers Beachtung zu verschaffen?

I. Vizepräsident: Herr Staatsminister Dr. Anfermüller!

Staatsminister Dr. Anfermüller: Meine Damen und Herren! Ich werde die von dem Herrn Abgeordneten aufgeworfene Frage sofort nachprüfen lassen und nötigenfalls durch eine ministerielle Stelle eine Klarstellung herbeiführen.

I. Vizepräsident: In einer der letzten Sitzungen hat der Herr Abgeordnete Zietsch eine Anfrage wegen des Schulkonflikts in Zirndorf gestellt. Der Herr Staatsminister Dr. Hundhammer ist heute in der Lage, die Antwort zu geben. Ich erteile ihm das Wort.

(Zuruf: Die Anfrage war vom Abgeordneten Gräßler.)

Staatsminister Dr. Hundhammer: Meinem Ministerium ist die Frage schriftlich durch den Abgeordneten Zietsch zugegangen. Ich darf zunächst den Gegenstand der Frage bekanntgeben: „In der Stadt Zirndorf ist ein Schulkonflikt ausgebrochen. Ein allgemeiner Schulstreik steht bevor. Mit welchem Recht befiehlt das Kultusministerium die Einführung einer Schulart — in diesem Falle der Bekenntnisschule —, ohne das Ergebnis einer nach den Weisungen der Schulbehörde durchgeführten Elternbefragung abzuwarten? Was veranlaßt das Kultusministerium, den konfessionellen Frieden einer friedlichen Arbeiterstadt auf das empfindlichste zu stören?“

Die inzwischen durchgeführte Nachprüfung des Falles hat folgendes ergeben: In Zirndorf bestand vor 1933, d. h. vor den einschlägigen nationalsozialistischen Maßnahmen, eine evangelische und eine katholische Bekenntnisschule. Am 9. September 1948 beschwerte sich das evangelisch-lutherische Pfarramt Zirndorf beim Kultusministerium wegen der Nichtwiederherstellung dieser Schulart. Es teilte gleichzeitig mit, daß der Stadtrat Zirndorf die Verteilung von Handzetteln zur Klärung der Frage beabsichtige, ob die Eltern die Bekenntnisschule oder die Gemeinschaftsschule wünschen. Diese Handzettel wurden dann durch Angestellte des Stadtrats verteilt und teilweise geschlossen an die Klassen ausgegeben. Gleichzeitig wurde ein Flugblatt der SPD ausgegeben.

(Zuruf.)

Diese Form der Abstimmung stand naturgemäß nicht in Einklang mit den Bestimmungen der Verfassung; denn die Verfassung kennt keine Abstimmung über die beiden Schularten. Die Verfassung kennt nur die Konfessionsschule als Regelschule und andererseits den Antrag auf Errichtung einer Gemeinschaftsschule. An sich mußte deshalb in Zirndorf von den Schulbehörden grundsätzlich die Wiederherstellung des früheren Zustandes angeordnet werden. Daraufhin wurde von der Schulleitung die Wiederherstellung der Bekenntnisschule in der Form durchgeführt, daß für die 1084 Kinder evangelischen Bekenntnisses die erforderliche Anzahl von rein evangelischen Klassen und für die 300 katholischen Kinder 6 katholische Klassen eingerichtet wurden. 11 andersgläubige Kinder wurden der evangelischen Schule zugeteilt. Die Auseinandersetzung in Zirndorf selbst hat dann tatsächlich dazu geführt, daß gegen die Weisung des Ministeriums und der Schulbehörden, die Teilung in die beiden Konfessionsschulen entsprechend dem Antrag der Kirchenbehörden durchzuführen, der Arbeitsausschuß der Jungsozialisten zum Schülerstreik aufgefordert hat. Diese Aufforderung stellt an sich in diesem Fall eine strafbare Handlung dar.

(Zuruf des Abgeordneten Haas.)

— In diesem Falle schon. Es haben daraufhin verschiedentlich Verhandlungen stattgefunden. Auch an das Ministerium sind einerseits die Vertreter der Kirchenbehörden der beiden Bekenntnisse und andererseits die Wortführer der Gemeinschaftsschule herangetreten. Das Kreis tagsmitglied Loos von Zirndorf hat darauf hingewiesen, daß die vom Schulrat vollzogene bekenntnismäßige Aufgliederung der Schule nur auf dem Papier stehe, praktisch also noch die Gemeinschaftsschule bestehe. Dazu ist dann eine ganze Serie von Presserlautbarungen gekommen, die nicht immer die tatsächlichen Verhältnisse sachlich zutreffend wiedergegeben haben. Das Endergebnis ist, daß in der Zeit vom 16. bis 18. Oktober eine Schuleinschreibung in Zirndorf angeordnet ist, bei der die Eltern er-

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

klären, ob sie ihre Kinder für die Gemeinschaftsschule oder für die Konfessionsschule einschreiben lassen wollen. Auf diesem Wege wird, glaube ich, eine absolut klare Scheidung der Schulkinder nach den Wünschen der Eltern wie auch andererseits eine Beruhigung der dortigen Verhältnisse herbeigeführt werden.

I. Vizepräsident: Der Abgeordnete Schneider hat kürzlich die Anfrage gestellt, wieweit der Staatsvertrag mit Coburg noch gilt. Herr Staatsminister Dr. Unterkmüller wird die Antwort geben.

Staatsminister Dr. Unterkmüller: Die bayerische Staatsregierung erkennt den zwischen dem früheren Lande Coburg und dem bayerischen Staat aus Anlaß der Eingliederung Coburgs geschlossenen Staatsvertrag grundsätzlich als gültig an, soweit nicht Bestimmungen der Befugungsmächte oder grundlegend geänderte Verhältnisse der Erfüllung von Einzelverpflichtungen entgegenstehen.

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Scharf.

(Zuruf: Nicht anwesend!)

Herr Abgeordneter Pittroff!

Pittroff (SPD): Meine Anfrage richtet sich an das Kultusministerium, gleichzeitig aber auch an das Finanzministerium.

Die Regierungshauptkasse Ansbach gerät mit der Auszahlung von Gehältern, besonders an Lehramts- und Schulamtsbewerber, monatelang in Verzug, so daß es vorkommt, daß diese Leute, die vordem nicht im Dienst waren, aber seit drei, vier und fünf Monaten tatsächlich Dienst leisteten, durch die Fürsorgeämter Fürsorgeunterstützung beziehen müssen.

I. Vizepräsident: Herr Staatsminister Dr. Schumacher beantwortet die Anfrage.

Staatsminister Dr. Hundhammer: Auf Klagen, die aus anderen Regierungsbezirken wegen ähnlicher Probleme an mich herangekommen waren, habe ich unterm 22. Juli sämtliche Kreisregierungen angewiesen, zu berichten, ob noch Lehrkräfte vorhanden sind, die vor dem 1. Juli ihren Dienst begonnen hatten und bis zum 15. Juli noch nicht im Genuß ihrer Bezüge waren. Die Verzögerungen waren zu einem Teil durch die vielen Wiederanstellungen bzw. Neuanstellungen von Flüchtlingslehrkräften, zum anderen Teil durch einen gewissen Personalmangel veranlaßt. Die Regierung von Ansbach hat damals keine besonderen Rückstände gemeldet.

Ich bin bereit, auf die Beschwerden, die der Herr Abgeordnete Pittroff hier zur Sprache gebracht hat, bei der Regierung in Ansbach die Angelegenheit gesondert nachprüfen zu lassen, darf aber bemerken, daß die Regierungshauptkasse Ansbach wie alle übrigen Regierungshauptkassen dem Finanzministerium untersteht, so daß das Kultusministerium in die dortigen Personalverhältnisse von sich aus nicht unmittelbar eingreifen kann. Ich werde mich aber im Benehmen mit dem Finanzministerium bemühen, in Ansbach für eine Beseitigung der bestehenden Schwierigkeiten zu sorgen.

I. Vizepräsident: Es folgt Herr Abgeordneter Held.

(Held: Ich habe die Anfrage zurückgezogen.)

Dann folgt Herr Abgeordneter Dr. Huber.

Dr. Huber (SPD): Ich habe eine kleine Anfrage an das Landwirtschaftsministerium. Sie betrifft die Bodenreform, von der wir seit langer Zeit nichts mehr gehört haben.

1. Welche Hektarmenge wurde auf Grund des Bodenreformgesetzes zur Verfügung gestellt?
 2. Wieviel ist davon bis jetzt zugeteilt worden?
 3. Warum wurde der Rest bis jetzt noch nicht zugeteilt?
 4. Wieviel trifft von der zugeteilten Fläche auf Anliegersiedlungen und wieviele neue Bauernanwesen sind entstanden?
 5. Sind die zugeteilten Flächen von den Interessenten auch tatsächlich in Bewirtschaftung genommen oder steht die Zuteilung nur auf dem Papier?
- (Unruhe. — Schefbeck: Kleine Anfrage!)
6. Auf welchen Stichtag sind die Angaben gemacht?

I. Vizepräsident: Herr Staatsminister Dr. Schlögl ist bereit, die Anfrage zu beantworten.

Staatsminister Dr. Schlögl: Ich habe diese Fragen bereits schriftlich beantwortet und möchte dem hohen Haus einen Auszug mitteilen.

Zur Frage 1: An Ländereien aus Quellen des Gesetzes zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform stehen unter Kontrolle der Siedlungsträger und Siedlungsbehörden

a) Ländereien der ehemaligen Wehrmacht	18 564 Hektar
b) abgabepflichtiger Großgrundbesitz	37 937 Hektar
c) Moor- und Ödländereien	3 042 Hektar
d) umgewandeltes Forstgelände	952 Hektar
insgesamt	60 495 Hektar.

Nach dem Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform sollen in erster Linie die Ländereien der ehemaligen Wehrmacht für Siedlungszwecke herangezogen werden. In Bayern sind 64 604 Hektar Wehrmachtsländereien vorhanden. Hiervon entfallen 32 692 Hektar auf landwirtschaftliche Nutzflächen. Bis jetzt wurde jedoch Wehrmachtland nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform noch nicht zur Verfügung gestellt, sondern es ist noch das Gesetz Nr. 54 der Militärregierung in Kraft, wonach ehemalige Wehrmachtsländereien nur auf höchstens fünf Jahre verpachtet, nicht aber zu Eigentum übertragen werden dürfen. Trotzdem hat die Bayerische Landes-siedlung GmbH, bei der Verpachtung der nach dem Gesetz Nr. 54 bisher freigegebenen 18 564 Hektar dem künftigen Siedlungszweck in sachlicher und personeller Hinsicht Rechnung getragen.

Der Großgrundbesitz in Bayern hat 38 159 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche abzugeben; das sind 40 Prozent seiner gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Dieses Land ist der Bayerischen Landes-siedlung GmbH, als Landes-siedlungsträger unterstellt, und zwar wurden 14 Prozent hiervon durch freiwillige Kaufverträge und 86 Prozent durch Enteignungsbescheid auf Grund des Gesetzes zur beschleunigten Durchführung der Bodenreform erfaßt.

(Staatsminister Dr. Schlögl)

Grundeigentum der NSDAP, ihrer Organisationen und Mitglieder, das nach dem Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und Bodenreform ebenfalls in erster Linie für Zwecke der Siedlung herangezogen werden soll, wurde bisher vom Bayerischen Landesamt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung noch nicht an Siedlungsbehörden übertragen, da die Art. 15 und 16 des Gesetzes über die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 vorschreiben, daß derartiges Vermögen für Zwecke der Wiedergutmachung einzuziehen ist. Hier überschneiden sich also die Bestimmungen von zwei Gesetzen.

Zur Frage 2: Bis jetzt sind an Bewerber zugeteilt worden aus Wehrmachtsländereien 15 824 Hektar, aus privatem Grundbesitz 1912 Hektar, aus Moorland 420 Hektar, aus umgewandeltem Waldgelände 952 Hektar, insgesamt 19 108 Hektar. Hierzu kommen aus Grundbesitz öffentlicher Körperschaften — also Ländereien aus dem Eigentum des Staates, der Gemeinden, der Kirchen und aus nicht abgabepflichtigem Privatbesitz — noch 7 847 Hektar. Insgesamt sind also 26 955 Hektar verteilt.

Zur Frage 3: Wenn aus dem Landabgabefoll des privaten Großgrundbesitzes von 38 159 Hektar bisher erst 1912 Hektar an Siedler übertragen werden konnten, so liegt der Grund darin, daß, wie bereits erwähnt, nur 14 Prozent — das sind rund 5 500 Hektar — freiwillig abgetreten wurden, während bezüglich des übrigen Landes die Abgabepflichtigen von den ihnen gesetzlich zustehenden Rechtsmitteln der Beschwerde und der Anfechtungsklage Gebrauch gemacht haben. Aber selbst das freiwillig abgetretene Land konnte bisher erst zu einem Teil besiedelt werden, weil — das sind die Hauptgründe — vor der Währungsreform das erforderliche Baumaterial fehlte und nunmehr das notwendige Kapital mangelt.

Zur Frage 6: Die vorgenannten Zahlen geben den Stand auf Grund einer genauen Erhebung für einen Bericht an die Militärregierung zum 1. Juli 1948 wieder.

I. Vizepräsident: Es folgt Herr Abgeordneter Weidner.

(Zuruf: Nicht da!)

Herr Abgeordneter Zietisch!

(Zietisch: Ich habe verzichtet; die Anfrage hat sich erledigt.)

Herr Abgeordneter Hirschenauer!

Hirschenauer (CSU): 1. Ist es richtig, daß es am vergangenen Montag auf dem Müllener Schlachthof und Viehhof zu Krawallen kam, weil der größte Teil des aufgelieferten Viehs den jüdischen Metzgern zugeteilt wurde oder zugeteilt werden mußte?

2. Ist es ferner richtig, daß die jüdischen Metzger das für kostbare Schlachtungen zugeteilte Vieh in der Hauptsache auf dem Schwarzen Markt verwerten und dadurch die Versorgung der Bevölkerung zu normalen Preisen verhindern?

I. Vizepräsident: Ich erteile dem Herrn Staatsminister Dr. Schlögl das Wort.

Staatsminister Dr. Schlögl: Zur Frage 1 möchte ich mitteilen, daß es wahr ist, daß es am Müll-

ener Schlachthof wegen der Zuteilungen von Vieh zu Krawallen gekommen ist. Im einzelnen darf ich folgendes erklären: In der vergangenen Woche wurden von den jüdischen Metzgern 296 Stück Großvieh geschlachtet, davon allein 242 geschächtet. Ich möchte hier erwähnen: Normalerweise stehen den jüdischen Metzgern nur 60 Stück Großvieh zu.

(Lebhaftes Hört, hört!)

Nach Mitteilung der Städtischen Veterinärdirektion halten sich die jüdischen Metzger schon seit längerer Zeit nicht mehr an die von Staatskommissar Dr. Auerbach herausgegebene Vereinbarung, wonach bei jeder Schächtung die beiden Hinterviertel an die Exportschächter zur Verwendung auf dem Fleischgroßmarkt abzuliefern sind.

(Hört, hört!)

Ich muß erklären, daß zwei jüdische Metzger bis jetzt außerordentlich korrekt gearbeitet haben, die übrigen acht sich aber nicht an die Bestimmungen halten. Ich habe mich daher veranlaßt gesehen, gegen diese Metzger einzuschreiten, weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß wir überhaupt nur so den Schwarzen Markt bekämpfen können.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Diesen Metzgereien wird vielleicht die Lizenz entzogen.

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Ortloph.

Ortloph (CSU): Ist die Staatsregierung bereit, die sogenannten Tierseuchenbeiträge, die von den Tierbesitzern als völlig zwecklos angesehen werden, und die von den Nationalsozialisten eingeführten Kadaververwertungsgenossenschaften aufzuheben und die Differenz zwischen dem ersten und zweiten Getreidepreis an die Erzeuger nachzuzahlen, die ihr Getreide zum ersten um rund 2 DM niedrigeren Preis verkauft haben?

I. Vizepräsident: Ich erteile dem Herrn Staatsminister Dr. Schlögl das Wort.

Staatsminister Dr. Schlögl: Meine Damen und Herren! Ich bin zwar nicht für die Beantwortung sämtlicher Fragen zuständig, aber soweit meine Zuständigkeit reicht, werde ich die Fragen beantworten.

Zur Frage 1: Die Landwirtschaft hat an der Erhaltung der Tierseuchenkasse erhebliches Interesse. Bei der letzten Maul- und Klauenseuchen-Katastrophe wurden rund 16 Millionen Reichsmark ausgezahlt. Durch die feinerzeitige Belastung ist die Tierseuchenkasse sehr in Schulden geraten und konnte diese Verpflichtungen erst im Laufe der Jahre wieder abtragen. Die Hilfe, die damals der Landwirtschaft zuteil wurde, war für die Erhaltung der Existenz sehr vieler Betriebe maßgebend.

(Sehr richtig!)

In unserer sehr schnelllebigen Zeit hat man das leider vergessen und sieht im Augenblick nur die Zahlungen, die zu leisten sind. Das Bestehen der Tierseuchenkasse ist für größere Seuchentatastrophenfälle unbedingt erforderlich, weil für solche Schäden eine Sicherung vorhanden sein muß. Eine Tierseuchenkasse besteht nicht nur in Bayern, sondern in allen Ländern der Bizone.

(Staatsminister Dr. Schlögl)

Die Frage wegen der Aufhebung der Kadaververmertergenossenschaften kann ich nicht beantworten, weil hierfür das Innenministerium zuständig ist.

Zur Frage 3: Die Nachzahlung des Unterschiedsbetrags, der sich durch die neue Getreidepreiserhöhung ergibt, ist nach einer mündlichen Mitteilung der Zweizonenverwaltung sichergestellt. Die Art und Form der Nachzahlung ist noch nicht bekannt. Sie soll in kürzester Zeit von der Zweizonenverwaltung mitgeteilt werden.

I. Vizepräsident: Herr Staatsminister Dr. Unterkmüller ergänzt die Beantwortung der Anfrage.

Staatsminister Dr. Unterkmüller: Das Staatsministerium des Innern, das als Gesundheitsministerium in dieser Frage auch zuständig ist, wird auf Grund der Anfrage die ganze Angelegenheit einer genauen und gewissenhaften Nachprüfung unterziehen und dem hohen Hause gegebenenfalls gelegentlich wieder berichten.

I. Vizepräsident: Es folgt Herr Abgeordneter Dr. Winkler.

Dr. Winkler (CSU): In der Vorwoche hat die Landeszentralbank von Bayern durch ihre Filialen den Geldinstituten mitgeteilt, daß 35 Prozent der seinerzeit gewährten Erstaussstattung in neuem Geld zurückzufordern sind. Ich bitte um Auskunft, auf Grund welcher Rechtstitel und von wem diese Anweisung mit ihrem ungeheuer schweren Folgen an die Landeszentralbank ergangen ist.

I. Vizepräsident: Ich erteile Herrn Staatssekretär Dr. Müller das Wort.

Staatssekretär Dr. Müller: Von den Vorgängen ist dem Finanzministerium im einzelnen nichts bekannt. Ich nehme an, daß die Rückforderung auf Grund des 4. Währungsumstellungsgesetzes erfolgt ist. Ich werde die Sache nachprüfen und in der nächsten Sitzung, in der kurze Anfragen gestellt werden, dem hohen Hause Auskunft geben.

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Wilhelm.

Wilhelm (SPD): Meine Anfrage richtet sich an das Finanzministerium und betrifft die Unterhaltszuschüsse für Beamte im Vorbereitungsdienst. Durch eine Anordnung des Finanzministeriums Nr. 51054 vom 17. August 1948 wurden die Bezüge der Beamten im Vorbereitungsdienst wesentlich herabgesetzt. Dieser Personenkreis steht im Alter von 18 bis 34 Jahren. Die Einstellung erfolgte seinerzeit nach TO. A VIII. Es wurde eine Ausbildungszeit von 18 Monaten vereinbart, die in der Zwischenzeit auf 3 Jahre erhöht wurde. Die Beamtenanwärter sind nun in großer Sorge, da sie diese 3 Jahre ohne genügende Existenzmittel durchhalten müssen.

Ich frage an: Ist der Herr Finanzminister bereit, wieder die alten Sätze von 140 DM für Ledige und 200 DM für Verheiratete zur Auszahlung zu bringen oder was gedenkt der Herr Finanzminister sonst zu tun, um diese unbilligen Verhältnisse gerecht und sozial zu ordnen?

I. Vizepräsident: Ich erteile Herrn Ministeraldirektor Dr. Ringelmann das Wort.

Ministeraldirektor Dr. Ringelmann: Im Zuge der Einsparungsmaßnahmen, zu denen sich das Finanzministerium infolge der durch die Währungsumstellung veranlaßten Verknappung der Finanzlage gezwungen sah, mußte auch die bisherige Regelung der Unterhaltszuschüsse für Staatsdienstsanwärter einer Nachprüfung unterzogen werden. Der Aufwand für die Unterhaltszuschüsse im bayerischen Staatshaushalt war von 1 247 000 Mark für 4644 Anwärter im Jahre 1933 auf 6 844 000 Mark für 6570 Anwärter im Jahre 1948 gestiegen. Zur Abminderung dieser Aufwendungen wurde nun in § 6 der Ersten Verordnung zur Sicherung der Währung und der öffentlichen Finanzen vom 17. August 1948 vorgeesehen, daß die den Staatsdienstsanwärttern ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse bisher nach den im Jahre 1941 festgesetzten Sätzen gewährten Unterhaltszuschüsse mit Wirkung vom 1. September 1948 an auf die im Jahre 1939 festgesetzten Sätze, die fortan als Höchstsätze gewährt werden sollen, herabgesetzt werden. Für die Anwärter des höheren Dienstes betrug der bisherige Satz für Ledige 200 DM, für Verheiratete 260 DM im Monat, während die Sätze des Jahres 1939 135 bzw. 200 Mark betragen. Für die Anwärter des gehobenen Dienstes betragen die Sätze des Jahres 1941 für Ledige 140 DM, für Verheiratete 200 DM, während die Sätze des Jahres 1939 für Ledige nur 115 Mark und für Verheiratete nur 175 Mark vorsehen. Es ist zuzugeben, daß durch den Übergang auf die erheblich niedrigeren Sätze des Jahres 1939 eine große Zahl von Staatsdienstsanwärttern hart getroffen wurde. Das Finanzministerium hat deshalb bereits eine Nachprüfung der Frage eingeleitet, inwieweit unbeschadet der Notwendigkeit, den Gesamtaufwand an Unterhaltszuschüssen nachhaltig auf ein tragbares Maß zurückzuführen, bei jenen Staatsdienstsanwärttern, die am 1. September bereits im Vorbereitungsdienst standen, diese Härten gemildert werden können. Wir hoffen eine den Übergang erleichternde Regelung bereits in allernächster Zeit treffen zu können. Diejenigen Staatsdienstsanwärter aber, die in Kenntnis der abgeminderten Sätze in den Vorbereitungsdienst eingetreten sind, können nicht damit rechnen, daß eine Erhöhung der nach dem Stand vom Jahre 1939 festgesetzten Sätze für sie Platz greifen wird.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hauptleiter.

Hauptleiter (CSU): Ich erlaube mir, den Herrn Landwirtschaftsminister zu fragen, ob er darüber informiert ist, daß von dem staatlichen Weingut Weitschöchheim während der ganzen Weinbewirtschaftung nichts abgeliefert wurde.

(Hört, hört!)

Ich möchte weiter fragen, ob der Herr Landwirtschaftsminister eine Untersuchung eingeleitet hat und ob diese Untersuchung zu einem Ergebnis geführt hat.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Landwirtschaftsminister Dr. Schögl.

Staatsminister Dr. Schlögl: Es ist tatsächlich richtig, daß das Staatsgut Weitschöchheim in der Zeit der

(Staatsminister Dr. Schlögl)

Weinbewirtschaftung keinen Wein der Bewirtschaftung zugeführt hat.

(Hört, hört! — Dr. Hoegner: Wer hat dann den Wein gesoffen?)

Ich habe durch einen Revisor die Dinge genau feststellen lassen. Zunächst war eine Anordnung der Militärregierung maßgebend und dann wurde durch den damaligen Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner eine weitere Anordnung herausgegeben. Wer in Wirklichkeit den Wein im einzelnen bekommen hat, ist sehr schwer festzustellen,

(Heiterkeit)

weil die Belege zum Teil nicht mehr vorhanden sind.

(Hört, hört!)

Ich habe nur feststellen können, daß größere Mengen von Wein an Privatpersonen und an eine Münchener Firma gegangen sind.

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Drechsel.

Drechsel (SPD): Ich habe folgende Anfrage an den Herrn Justizminister: Im Juli dieses Jahres erging an die Justizbehörden die Anweisung, Wirtschaftsvergehen mit harten Strafen, unter Umständen mit Zuchthaus, zu bestrafen. Nach den geltenden Bestimmungen können aber die Schöffengerichte, die in erster Instanz für Wirtschaftsvergehen zuständig sind, nur Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis aussprechen. Nachdem sich die Schnellgerichte mit Wirtschaftsvergehen nicht befassen, möchte ich den Herrn Justizminister fragen, wie er seiner Anordnung Geltung verschaffen will.

I. Vizepräsident: Die Anfrage beantwortet Herr Staatssekretär Dr. Lacherbauer.

Staatssekretär Dr. Lacherbauer: Der Fragesteller ist in einem Irrtum befangen, wenn er annimmt, daß die Schöffengerichte nur eine Strafgewalt bis zu einem Jahr besitzen. Die Strafgewalt des Einzelrichters ist beschränkt. Ich möchte Ihnen die Zuständigkeit, die sich auf Grund des Strafgerichtsverfassungsgesetzes von 1946 ergibt, mitteilen. Die Amtsgerichte sind zuständig in der Besetzung mit einem Einzelrichter und in der Besetzung als Schöffengerichte für Strafsachen, die sich aus dem Strafgerichtsverfassungsgesetz von 1946 ergeben. Dort heißt es:

Den Amtsgerichten stehen an sich Einzelrichter vor. In Strafsachen sind die Amtsgerichte zuständig für Übertretungen, Vergehen und Verbrechen, soweit nach der Auffassung des Amtsgerichts mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen ist, daß seine Strafgewalt ausreicht.

Die Strafgewalt ist folgendermaßen bestimmt:

Der Amtsrichter kann erkennen auf Zuchthaus bis zu 2 Jahren und bis zur Wiederaufnahme der Tätigkeit der Strafkammern bis zu 5 Jahren Gefängnis.

Auf Grund der Verordnung 126 über die Wiedereinführung der Schöffengerichte ist die Strafgewalt, die den Schöffengerichten übertragen ist, folgendermaßen umschrieben:

Die Schöffengerichte sind zuständig,

1. wenn die Staatsanwaltschaft Anklage vor dem Schöffengericht erhebt,
2. wenn zu erwarten ist, daß auf Zuchthaus, Sicherungsverwahrung oder eine Gefängnisstrafe von mehr als einem Jahr erkannt werden wird.

Ich glaube also, daß es gerade umgekehrt ist, Herr Abgeordneter. Die Strafgewalt der Schöffengerichte ist durchaus nicht mit einem Jahr erschöpft, so daß also die Schöffengerichte die an sich erwünschte und geforderte Strafe durchaus verhängen können.

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Treppenbach.

Treppenbach (CSU): Durch die Umstellung der Versicherungsverträge bei den privaten Rentenversicherungen sowie den Pflicht-, Lebens- und Rentenversicherungen mußten alle laufenden Renten im Verhältnis 10:1 gekürzt werden. Eine besondere Härte ergibt sich bei denjenigen Rentenversicherungen, die auf Zwangsmitgliedschaft infolge gesetzlicher oder arbeitsrechtlicher Verpflichtungen beruhen, so vor allem für die Versorgungsanstalt der deutschen Presse, für die Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen, der Kulturorchester, in Bayern für die Pflichtversorgungsanstalten der Ärzte, Zahnärzte, Dentisten und Apotheker.

Ich gestatte mir die Anfrage: Ist der Staatsregierung bekannt, ob Schritte unternommen sind, um die großen sozialen Härten, die die Währungsreform gerade für diese Versicherungskreise mit sich bringt, wenigstens zu mildern?

I. Vizepräsident: Die Anfrage beantwortet Herr Staatssekretär Dr. Müller.

Staatssekretär Dr. Müller: Durch die Währungsreform sind auch die deutschen Versicherungsunternehmen schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Infolge Umstellung der Versicherungsverträge sind die kleinen Rentenempfänger besonders hart getroffen, da die laufenden Renten auf Grund des Gesetzes im Verhältnis 10:1 umgestellt werden mußten. Eine besondere Härte ergibt sich bei jenen Rentenversicherten, die auf Zwangsmitgliedschaft infolge gesetzlicher oder arbeitsrechtlicher Verordnungen beruhen. Zur Beseitigung dieser Härten haben sich wiederholt schon die Versicherungsaufsichtsbehörden der Länder der Westzonen zusammengesetzt. Im Auftrag dieser Behörden hat das Reichsaufsichtsamt in Hamburg den Entwurf einer weiteren Durchführungsverordnung zum Währungsgesetz dem Büro für Währungsfragen in Frankfurt am Main zwecks Vorlage bei der alliierten Bankenkommision eingereicht. In diesem Entwurf ist nicht nur eine günstigere Regelung für die privaten Rentenversicherungen vorgesehen, sondern auch für die Pflicht-, Lebens- und Rentenversicherungseinrichtungen eine günstigere Umstellung ihrer Prämienreserven beabsichtigt. Der Entwurf hat bereits die Zustimmung des Büros für Währungsfragen sowie der Währungsabteilung der Bank Deutscher Länder gefunden und wird nun der alliierten Bankenkommision zugeleitet werden.

I. Vizepräsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schefbeck.

Schefbed (CSU): Ich gestatte mir die Anfrage an den Herrn Innenminister, seit wann die Führung von Handelsvertragsverhandlungen zu seinem Ressort gehört. Pressenotizen zufolge soll sich der Staatsbeauftragte für die politisch, rassistisch und religiös Verfolgten nach Palästina begeben haben, um einen Handelsvertrag zwischen Bayern und dem neuen Staat Israel abzuschließen.

(Heiterkeit.)

I. Vizepräsident: Die Anfrage beantwortet Herr Staatsminister Dr. Anfermüller.

Staatsminister Dr. Anfermüller: Die Erklärung des Herrn Staatskommissars Dr. Auerbach, die er gelegentlich einer Pressekonferenz abgab und von der ich erst nachträglich erfuhr, er werde mit dem Staate Israel Handelsbesprechungen aufnehmen, ist bereits Gegenstand einer Untersuchung. Herr Staatskommissar Dr. Auerbach konnte wegen der derzeitigen israelitischen Feiertage zu diesen Äußerungen noch nicht Stellung nehmen. Ich stelle jedoch jetzt schon fest, daß er zur Abgabe einer solchen Erklärung vom Staatsministerium des Innern jedenfalls nicht ermächtigt war. Eine solche Ermächtigung hätte ja auch nicht ausgesprochen werden können; denn Außenhandelsfragen fallen, das steht fest, nicht in die Zuständigkeit des Bayerischen Staatsministeriums des Innern.

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Bodesheim.

Bodesheim (FDP): Nach einem Landtagsbeschuß vom 14. Mai sollen in allen Vermögensverwaltungs-Außenstellen und -Zweigstellen Ausschüsse eingesetzt werden. Ich frage an, in welchen Außen- und Zweigstellen der Landtagsbeschuß inzwischen durchgeführt wurde und wo noch nicht.

I. Vizepräsident: Ich erteile Herrn Ministerialdirektor Dr. Ringelmann das Wort.

Ministerialdirektor Dr. Ringelmann: Die Durchführung des Landtagsbeschlusses ist insofern gewissen Schwierigkeiten begegnet, als wir in der Zwischenzeit infolge der Währungsstellung eine sehr straffe Zusammengliederung der Außenstellen des Landesamts für Vermögensverwaltung durchführen mußten. Außerdem sind wir bestrebt, die Aufgaben, die sich aus der Vermögenskontrolle ergeben, in kürzester Frist noch weiter zusammenzulegen und zu verringern. Diese Arbeiten mußten zuerst erledigt werden, ehe die Bildung der Beiräte, die aber seit längerer Zeit schon im Gange und auch teilweise durchgeführt ist, abgeschlossen werden konnte. Wir hoffen in nächster Zeit hierüber berichten zu können.

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Brunner.

Brunner (FDP): Ich habe eine Anfrage an den Herrn Ernährungsminister. Nach Beilage 1650 habe ich am 25. Juli 1948 an den Herrn Ernährungsminister folgende kurze Anfrage gerichtet, die bis heute weder schriftlich noch mündlich beantwortet wurde:

In den „Nürnberger Nachrichten“ vom 24. Juli 1948 erschien eine festschriebene Mitteilung, die Bezug nimmt auf einen Artikel in der Gewerkschaftszeitung Nr. 12 (Organ der Bayerischen Gewerkschaften), wonach durch

die Firma Hans Bär, Versandschlachtereie, Fürth, zweimal 35 Viertel Fleisch in verdorbenem Zustand an die Tierkörperverwertungsanstalt Mattecca, Fürth, abgeliefert wurden.

1. Ist dem Herrn Ernährungsminister bekannt, daß die Firma Bär bereits am 14. Juli 1948 der Leitung der Gewerkschaftszeitung den wahren Sachverhalt mitgeteilt hat und trotzdem von der Gewerkschaftszeitung bis heute die unwahren Behauptungen noch nicht zurückgenommen worden sind, im Gegenteil diese Behauptungen von anderen Zeitungen übernommen und verbreitet werden und dadurch (bei einer monatlichen Zuteilung von 100 Gramm Fleisch pro Monat leicht begreiflich) erhebliche Unruhe unter die Bevölkerung getragen wird?
2. Was gedenkt der Herr Minister zu tun, um solche brunnenvergiftende unwahre Behauptungen zu unterbinden und um den Widerruf in der Gewerkschaftszeitung zu veranlassen?

Da ich bis heute, nach über 10 Wochen, vom Herrn Minister weder eine schriftliche noch eine mündliche Antwort bekommen habe, bitte ich um seine Stellungnahme.

I. Vizepräsident: Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Schögl.

Staatsminister Dr. Schögl: Ich habe diese Anfrage schon vor Wochen schriftlich beantwortet und dem Landtagsamt zugeleitet. Ich werde sofort der Sache nachgehen, um festzustellen, warum dem Herrn Abgeordneten die Beantwortung noch nicht zugegangen ist.

Zur Sache selbst kann ich aus dem Gedächtnis sagen: Ich habe leider keine Möglichkeit, solange kein Pressegesetz besteht, irgendwelche unwahren Behauptungen so zu berichtigen, wie das in diesem Falle notwendig gewesen wäre. Ich kann dem Hause mitteilen, daß die Angaben, die in der Gewerkschaftszeitung gemacht wurden, zum mindesten stark übertrieben waren.

I. Vizepräsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Michel.

Michel (CSU): Vor einiger Zeit wurde an den Herrn Innenminister die Anfrage gerichtet, was mit den Sparkassenbeamten geschehen soll, die im Jahre 1945 als Sparkassenleiter berufen wurden, aber keine Prüfung hatten. Der Herr Innenminister wollte zu gegebener Zeit dem Hause darüber Auskunft geben.

I. Vizepräsident: Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Anfermüller.

Staatsminister Dr. Anfermüller: Voraussetzung für die Einstellung als Sparkassenleiter ist, daß der Bewerber eine gewisse Sparkassen- oder Bankpraxis hinter sich hat und eine Sparkassenprüfung ablegt. An diesem Erfordernis wurde bisher, von ganz wenigen Fällen abgesehen, stets festgehalten. Nach dem Zusammenbruch wurden freilich viele Sparkassenleiter kommissarisch bestellt, ohne daß sie diese Voraussetzungen voll erfüllten. Ihnen wurde inzwischen die Möglichkeit gegeben, durch einen verkürzten Fernkurs bei der Bayerischen Verwaltungsschule sich die erforderlichen Kenntnisse nachträglich zu verschaffen und dann eine Prüfung abzulegen. Wer es ablehnt, an diesem Kurs teilzunehmen, oder die Prüfung nicht besteht, muß von der Leitung der Spar-

(Staatsminister Dr. Anfermüller)

lasse zurücktreten. Dieser Standpunkt wird nicht der Schablone wegen vertreten, worauf ich besonders hinweisen möchte, sondern ist in den schweren Aufgaben begründet, die die Sparkassen vor allem jetzt nach der Währungsumstellung zu erfüllen haben. Der Staat muß darüber wachen, daß ein Institut, das die Bezeichnung „mündelsicher“ führt und die Spargelder sammelt, von einem vertrauenswürdigen Mann geleitet wird. Die Ablegung einer Prüfung ist nach wie vor ein guter Maßstab für die Beurteilung eines Bewerbers. Bei der besonderen Stellung der Sparkassen muß an diesem Standpunkt festgehalten werden, auch wenn in anderen Verwaltungsbereichen, bei denen die Verhältnisse nicht gleich gelagert sind, auf die Ablegung von Prüfungen verzichtet wird oder verzichtet werden sollte.

I. Vizepräsident: Als letzter Fragesteller hat der Herr Abgeordnete Schütte das Wort.

Schütte (SPD): Meine Anfrage richtet sich an das Innenministerium. Ist dem Innenministerium bekannt, daß viele Gemeinden Schwierigkeiten bei der Auszahlung der Unterstützungsgelder an die Fürsorgeempfänger haben? Ist das Innenministerium bereit, dafür zu sorgen, daß die Gemeinden bis zum 5. jedes Monats einen ausreichenden Vorschuß zur Auszahlung bekommen?

I. Vizepräsident: Ich erteile Herrn Staatsminister Dr. Anfermüller das Wort.

Staatsminister Dr. Anfermüller: Das Staatsministerium hat stets dafür gesorgt, daß Schwierigkeiten auf diesem Gebiet vermieden werden. Ich bitte Herrn Ministerialrat Ritter hierzu das Wort zu erteilen.

I. Vizepräsident: Das Wort hat Herr Ministerialrat Ritter.

Ministerialrat Ritter: Von den gesamten Fürsorgeaufwendungen trägt der bayerische Staat 72 Prozent, während 28 Prozent die Selbstverwaltungskörper tragen. Bis zur Währungsreform reichten die Stadt- und Landkreise Nachweisungen ein und die Fürsorgeaufwendungen wurden nachträglich erstattet. Nach der Währungsreform war dieses Verfahren nicht mehr möglich, weil die Stadt- und Landkreise bzw. Gemeinden nicht über die nötigen Mittel verfügten, um die Fürsorgeaufwendungen bestreiten zu können. Das Staatsministerium des Innern hat daher im Einverständnis mit dem Staatsministerium der Finanzen Vorschüsse in Höhe der Staatsanteile gezahlt, wobei monatliche Fürsorgeaufwendungen von etwa 20 Millionen zugrunde gelegt wurden. Hieraus wurden 72 Prozent = 14,4 Millionen Mitte des Vormonats zahlbar gemacht. So wurden beispielsweise die Vorschüsse für den Monat September am 15. August zahlbar gemacht. Die Regierungshauptkassen haben diese Beträge dann ausbezahlt. Es sind bisher keine Beschwerden der vorgetragenen Art an uns gekommen. Ich nehme an, daß es wohl nur ein einmaliges Verfahren ist, wie es in Garmisch-Partenkirchen geübt wurde.

(Schütte: In anderen Landkreisen auch!)

Es ist mir bekannt geworden, daß einzelne Landratsämter diese als Vorschuß empfangenen Beträge nicht an

die Gemeinden als Vorschuß ausbezahlt, sondern abgewartet haben, bis die Gemeinden ihre Abrechnung geschickt haben. Das war natürlich nicht der Sinn unserer Vorschußgewährung; denn dann hätten wir überhaupt keine Vorschüsse zu zahlen brauchen, sondern hätten die Abrechnung an uns herankommen lassen und die Beträge dann hinterher bezahlen können. Wir haben Veranlassung genommen, die Regierungen darauf hinzuweisen, daß die Beträge, die vom Ministerium vorschußweise, und zwar rechtzeitig bezahlt werden, auch rechtzeitig von den Landräten an die Bürgermeister ausbezahlt werden. Ich nehme an, daß die Angelegenheit damit ihre Erledigung gefunden hat.

I. Vizepräsident: Ich erteile das Wort Herrn Staatsminister Dr. Schlögl zur Abgabe einer Erklärung.

Staatsminister Dr. Schlögl: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei Behandlung der Frage der Einstellung von Flüchtlingen ist der Zuzug gekommen: „Und der Landwirtschaftsminister?“ Ich möchte bekanntgeben, daß im Landwirtschaftsministerium und den dazugehörigen Dienststellen 13 Prozent der Angestellten und Beamten Flüchtlinge sind und daß die übrigen 7 Prozent demnächst zur Einstellung kommen, wenn der Abbau in meinem Ministerium durchgeführt ist.

I. Vizepräsident: Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich schlage dem hohen Hause vor, jetzt gleich Punkt 3 a, b und c und anschließend Punkt 4 vorwegzunehmen, nachdem der Senat am Freitag zu den hier einschlägigen Gesetzentwürfen Stellung nehmen soll. Erhebt sich hiergegen ein Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes (Beilage 1863).

Ich schlage dem Hause vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden und auf die erste Lesung unmittelbar die zweite Lesung folgen zu lassen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht. Es wird so verfahren.

Über die Ausschußverhandlungen berichtet der Herr Abgeordnete Dr. Wittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Wittmann (CSU) [Berichtersteller]: Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen behandelte in seiner Sitzung vom 29. September 1948 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes. Dem hohen Hause liegt dieser Entwurf in Beilage 1800 vor. Das Ergebnis der Ausschußberatungen führte zu dem Beschluß, der in Beilage 1863 niedergelegt ist.

In den Ausschußverhandlungen führte der Berichterstatter aus, daß im Bayerischen Sparkassengesetz vom 21. Dezember 1933 das Führerprinzip noch nicht zum Ausdruck kam. Nachdem dann im Jahre 1935 die Deutsche Gemeindeordnung verkündet worden war, die das Führerprinzip ausdrücklich festlegte, glaubte man es nicht länger mehr hinnehmen zu können, daß dieses Führerprinzip im Sparkassengesetz nicht berücksichtigt

(Dr. Wittmann [CSU])

wurde. Es folgten kurz nacheinander verschiedene Änderungen des Gesetzes, und zwar am 30. März 1935, am 10. November 1939 und am 4. Mai 1942. Am 4. Mai 1942 wurde das Bayerische Sparkassengesetz mit seinen Abänderungen textlich neu herausgegeben und bekanntgemacht. Die Änderung bestand in der Hauptsache darin, daß die Mitglieder des sogenannten Verwaltungsrats nicht mehr wie früher von den Gewährträgern zu wählen, sondern im Einklang mit dem Führerprinzip vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats zu bestimmen waren. Diese Bestimmung ist mit den heutigen demokratischen Grundsätzen nicht mehr vereinbar, weshalb die Regierung dem Bayerischen Landtag eine Änderung des Sparkassengesetzes vorschlägt, die hauptsächlich die Wiederherstellung des früheren Zustandes gemäß dem Sparkassengesetz vom Dezember 1933 insofern bezweckt, als der Verwaltungsrat nunmehr wieder vom Gewährträger der Sparkasse gewählt werden soll. Der Verwaltungsrat setzt sich gewöhnlich aus 3 bis 6 Mitgliedern zusammen. Diese Mitglieder sollen künftig die Gewährträger wählen. Gewährträger ist gewöhnlich der Kreis oder in kreisunmittelbaren Städten der Stadtrat.

Der vom Kabinett vorgelegte Entwurf hat in den Verhandlungen im Rechts- und Verfassungsausschuß nur wenige Änderungen erfahren.

Art. 1 wurde in den Ziffern 1, 2 und 3 Abs. I ohne Änderung angenommen. Eine längere Debatte entspann sich über Ziffer 3 Abs. II. Hier heißt es, daß die weiteren Mitglieder in der Weise gewählt werden sollen, daß zwei Drittel vom Gewährträger und ein Drittel von der Aufsichtsbehörde zum Amt berufen werden. In gleicher Weise ist bei der Wahl der Ersatzmänner zu verfahren. Der Verfassungsausschuß hat diesem Vorschlag zugestimmt. Der dritte Satz in Abs. II löste, veranlaßt durch die Bedenken des Abgeordneten Pittroff, eine ausgiebige Aussprache aus. Die Bestimmung besagt:

Der Ersatzmann tritt nicht bei vorübergehender Behinderung, sondern erst beim endgültigen Ausscheiden des Mitglieds in das Amt.

Der Abgeordnete Pittroff war der Auffassung, daß ein Ersatzmann ohne weiteres einrücken soll, sobald ein Verwaltungsratsmitglied in der Ausübung seines Amtes behindert ist. Diese Auffassung fand nicht die Billigung des Rechts- und Verfassungsausschusses, weil im Verwaltungsrat der Sparkasse ebensowenig wie etwa in einem Gemeinderat, Stadtrat oder im Landtag ein Mitglied, wenn es einmal bei einer Sitzung fehlt, ohne weiteres durch einen Ersatzmann ersetzt werden darf. Diese Bestimmung müsse grundsätzlich beibehalten werden. Um aber allenfallsigen Unzuträglichkeiten zu begegnen, wurde der Ausweg gewählt, daß ein Ersatzmann dann einberufen werden soll, wenn ein ordentliches Mitglied des Verwaltungsrats auf längere Zeit, nämlich auf mehr als drei Monate an der Ausübung seines Amtes verhindert ist. Die Neufassung liegt Ihnen in Ziffer 2 des Ausschußantrags auf Beilage 1863 vor.

Eine weitere kleine Änderung des Regierungsentwurfs ergab sich in Art. 1 Ziffer 3 Abs. IV und Abs. V. Es wurde bemängelt, daß es im Regierungsentwurf „Verwaltungskörper des Gewährträgers“ statt „Vertretungskörper des Gewährträgers“ heißt. Das Wort „Verwaltungskörper“ wurde jeweils durch das Wort „Vertretungskörper“ ersetzt.

Im übrigen glaube ich, hier von weiteren Ausführungen über die Behandlung des Entwurfs im Rechts- und Verfassungsausschuß absehen zu können. Zwar erfolgten eingehende Auseinandersetzungen über die verschiedenen Änderungsvorschläge, aber alle Artikel fanden schließlich mit den wenigen aus Beilage 1683 ersichtlichen Änderungen einstimmige Annahme. Mit Rücksicht auf diese Einstimmigkeit dürfte es nicht erforderlich sein, das hohe Haus mit den Einzelheiten der Beratung zu befassen. Ich bitte, dem Gesetzentwurf auf Beilage 1600 in der Fassung des Ausschußantrags auf Beilage 1863 die Zustimmung zu erteilen.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir treten in die erste Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. — Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf Art. 1.

In dem umfangreichen Wortlaut dieses Artikels ergeben sich nach den Beschlüssen des Ausschusses folgende Änderungen:

Art. 1. Ziffer 3 Abs. II erhält folgenden Wortlaut:

Von den weiteren Mitgliedern werden zwei Drittel vom Gewährträger, ein Drittel von der Aufsichtsbehörde zum Amt berufen. In gleicher Weise ist für jedes Mitglied ein Ersatzmann zu bestellen. Der Ersatzmann tritt beim endgültigen Ausscheiden des Mitglieds oder bei einer Behinderung des Mitglieds von mehr als drei Monaten für die Dauer dieser Behinderung in das Amt.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, stelle ich die Annahme dieser Abänderung fest. — Es ist so beschlossen.

Weiter hat der Ausschuß beschlossen, in Art. 1 Ziffer 3 Abs. IV und V jeweils das Wort „Verwaltungskörper(s)“ durch „Vertretungskörper(s)“ zu ersetzen.

Die beiden letzten Sätze des Absatzes IV lauten dann:

Die von der Aufsichtsbehörde zu berufenden Mitglieder des Verwaltungsrats dürfen dem Vertretungskörper des Gewährträgers nicht angehören. Mit der Annahme der Wahl in den Vertretungskörper des Gewährträgers endet die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Sparkasse.

Abs. V lautet dann:

Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden auf die Dauer der Wahlzeit des Vertretungskörpers des Gewährträgers bestellt. Sie bleiben bis zum Eintritt der neuen Mitglieder im Amt.

Wer dem Art. 1 mit den von mir bekanntgegebenen Änderungen in den Absätzen IV und V der Ziffer 3 die Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf Art. 2:

Die Worte „Staatsminister des Innern“ werden jeweils durch die Worte „Staatsministerium des Innern“ und das Wort „Regierungspräsident“ durch das Wort „Regierung“ ersetzt.

Widerspruch erfolgt nicht. — Ich stelle die Annahme des Art. 2 fest.

(I. Vizepräsident)

Ich rufe auf Art. 3:

Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der sich aus diesem Gesetz und einer neuen Gemeinde- und Landkreis- (Bezirks-)ordnung ergebenden Änderungen das Gesetz über die öffentlichen Sparkassen neu bekanntzugeben.

Mangels Widerspruch stelle ich auch hier die Zustimmung des Hauses fest.

Es folgt Art. 4:

Die Amtszeit der derzeitigen Mitglieder des Verwaltungsrats einer Sparkasse endet mit dem Ablauf der Amtszeit der im Jahre 1946 gewählten Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder, jedoch frühestens am Tage der Verkündung dieses Gesetzes. Sie führen die Geschäfte auch nach diesem Zeitpunkt bis zum Eintritt der neuen Mitglieder des Verwaltungsrates weiter.

Widerspruch erfolgt nicht. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Art. 5 lautet:

Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 1948 in Kraft.

Da kein Widerspruch erfolgt, ist auch Art. 5 angenommen.

Die erste Lesung ist damit beendet. Wir treten sofort in die zweite Lesung ein.

Ich eröffne die Aussprache. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf Art. 1 in der Fassung der ersten Lesung. — Da kein Widerspruch erfolgt, stelle ich die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf die Artikel 2, 3, 4 und 5. — Da kein Widerspruch erfolgt, stelle ich die Zustimmung des Hauses auch zu diesen Artikeln fest.

Wir kommen zur Schlußabstimmung über das ganze Gesetz. Ich schlage dem Hause vor, die Abstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Widerspruch erfolgt nicht. Ich werde so verfahren.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Gesetze in der Fassung der Beschlüsse der ersten und zweiten Lesung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle fest, daß das Gesetz die Zustimmung des Hauses gefunden hat.

Das Gesetz erhält die Einleitung:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat folgendes Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hienit verkündet wird.

Die Überschrift lautet:

Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes.

Ich stelle fest, daß Überschrift und Einleitungsworte keiner Erinnerung begegnen.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Entwurf eines Gesetzes über die Zuständigkeit und das Verfahren in Fideikommiß- und Stiftungssachen (Beilage 1864).

Ich schlage dem Hause vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden und auf die erste Lesung unmittelbar die zweite Lesung folgen zu lassen. — Widerspruch erfolgt nicht. Ich werde so verfahren.

Über die Ausschußverhandlungen berichtet Herr Abgeordneter Zietzsch. Ich erteile ihm das Wort.

Zietzsch (SPD) [Berichtersteller]: Meine Damen und Herren! Bei diesem Gesetzentwurf handelt es sich lediglich um die Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes hinsichtlich der Zuständigkeiten der Gerichte in Fideikommißsachen. Der Berichterstatter wies im Ausschuß auf diesen Umstand hin und erklärte, daß in erster Instanz die Oberlandesgerichte und in zweiter Instanz das Bayerische Oberste Landesgericht als Oberstes Fideikommißgericht zuständig sind. Es komme nur noch die Abwicklung von Restaufgaben im Zuge der Fideikommißauflösung in Frage. Der Berichterstatter beantragte Zustimmung zum Gesetzentwurf; der Mitarbeiter schloß sich seinem Antrag an.

Senatspräsident Dr. Gipsler vom Justizministerium betonte, daß in der britischen Zone die gleiche Regelung getroffen wurde.

Der Ausschuß nahm den vorliegenden Gesetzentwurf gemäß Beilage 1693 einstimmig an. Das hohe Haus wird gebeten, dementsprechend zu beschließen.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir treten in die erste Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf § 1:

§ 52 der 2. Kriegsmaßnahmenverordnung vom 27. September 1944 (RGBl. I Seite 229) wird aufgehoben.

Nachdem kein Widerspruch erfolgt, stelle ich die Zustimmung des Hauses fest.

Es folgt § 2:

Fideikommißgerichte des 1. Rechtszuges sind die Oberlandesgerichte (Fideikommißsenate).

An die Stelle des Obersten Fideikommißgerichts im vormaligen Reichsjustizministerium tritt für Bayern das Oberste Landesgericht; dieses entscheidet als Oberstes Fideikommißgericht über die sofortige Beschwerde gegen die Beschlüsse der Oberlandesgerichte (Fideikommißsenate).

Auch hier stelle ich mangels Widerspruchs die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf § 3:

Die bei den Landgerichten anhängigen Sachen gehen in dem Stande, in dem sie sich befinden, auf die Oberlandesgerichte über, in deren Bezirk das Landgericht seinen Sitz hat. Desgleichen gehen die beim Obersten Fideikommißgericht im vormaligen Reichsjustizministerium anhängig gewordenen, aber noch nicht rechtskräftig erledigten Sachen, in denen ein bayerisches Fideikommißgericht in 1. Instanz entschieden hat, auf das Oberste Landesgericht über.

Widerspruch erfolgt nicht. — Ich stelle die Annahme fest.

(I. Vizepräsident)

Ich rufe auf § 4:

Im übrigen finden die Vorschriften des Gesetzes zur Vereinheitlichung der Fideikommissauflösung vom 26. Juni 1935 (RGBl. I Seite 785) und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Vereinheitlichung der Fideikommissauflösung vom 24. August 1935 (RGBl. I Seite 1103) entsprechende Anwendung.

Da kein Widerspruch erfolgt, stelle ich die Zustimmung fest.

Ich rufe auf § 5:

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1948 in Kraft.

Auch hier stelle ich, nachdem kein Widerspruch erfolgt, die Zustimmung des Hauses fest.

Die erste Lesung ist damit beendet.

Wir treten gleich in die zweite Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen liegen nicht vor. — Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung:

Ich rufe auf § 1, § 2, § 3, § 4, § 5.

Da sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich fest, daß die fünf Paragraphen des Gesetzes die Zustimmung des Hauses auch in zweiter Lesung gefunden haben.

Wir kommen zur Schlußabstimmung über das ganze Gesetz. Ich schlage dem Hause vor, die Abstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Ich stelle fest, daß kein Widerspruch erfolgt.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem ganzen Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der ersten und zweiten Lesung die Zustimmung erteilen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle fest, daß das Gesetz die Zustimmung des Hauses gefunden hat.

Die Überschrift lautet:

Gesetz über die Zuständigkeit und das Verfahren in Fideikommiss- und Stiftungssachen.

Das Gesetz erhält die Einleitung:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat folgendes Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiemit verkündet wird:

Ich stelle fest, daß auch gegen Überschrift und Einleitungsworte keine Erinnerung erhoben wurde.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren in Binnenschiffahrtssachen (Beilage 1865).

Der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Dr. Hoegner, hat gebeten, den Punkt etwas zurückzustellen; er werde gleich wieder kommen.

(Zietsch: Ich will die Berichterstattung übernehmen!)

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Zietsch das Wort zur Berichterstattung.

Zietsch (SPD): [Berichterstatter]: Bei den Ausschußverhandlungen nahm der Berichterstatter auf die Begründung des Gesetzentwurfs Bezug, wonach bisher in Schiffahrtssachen für den Untermain das Amts-

gericht Mainz als Schiffahrtsgericht und das Oberlandesgericht Karlsruhe als Schiffahrtsobergericht bestellt war. Der vorliegende Gesetzentwurf schlägt vor, das Amtsgericht Würzburg als Schiffahrtsgericht für den gesamten Lauf des Mains innerhalb Bayerns und als Schiffahrtsobergericht das Oberlandesgericht Nürnberg zu bestellen, das bereits Schiffahrtsobergericht für das Donauschiffahrtsgericht Regensburg ist. Es handelte sich bei dem Gesetzentwurf um eine durch die staatsrechtlichen Veränderungen notwendig gewordene Vereinigung. Der Berichterstatter beantragte deshalb, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Der Mitberichtersteller schloß sich diesem Antrag an.

Senatspräsident Dr. Gipser ergänzte die Ausführungen dahin, daß das Amtsgericht Mainz, das als Schiffahrtsgericht für den Main von der Mündung bis einschließlich Aschaffenburg im Jahre 1941 bestellt worden ist, sich bereits seit längerer Zeit als unzuständig erklärt hat, weil es jetzt in der französischen Zone gelegen ist. Man habe nun auch vorgeesehen, daß an Stelle des bisherigen Schiffahrtsobergerichts Karlsruhe, das ebenfalls nicht unter die bayerische Gerichtsorganisation fällt, das Oberlandesgericht Nürnberg treten soll, obgleich das Amtsgericht Würzburg an sich zum Sprengel des Oberlandesgerichts Bamberg gehört. Da jedoch das Oberlandesgericht Nürnberg bereits Schiffahrtsobergericht für die ganze Donau ist und man in Bayern zweckmäßigerweise, um die Rechtspflege zu vereinheitlichen, nur ein einziges Schiffahrtsobergericht führen sollte, liege es nahe, auch für die Mainschiffahrtssachen das Oberlandesgericht Nürnberg als Schiffahrtsobergericht zu bestellen.

Der Ausschuß ist dem Gesetzentwurf einstimmig beigetreten. Ich bitte das hohe Haus, ebenso zu beschließen.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Ich schlage dem Hause vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden und auf die erste Lesung unmittelbar die zweite Lesung folgen zu lassen. — Widerspruch erfolgt nicht. Ich werde so verfahren.

Wir treten in die erste Lesung ein. — Ich eröffne die Aussprache. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf § 1. Er lautet:

In Abänderung des Art. 3 Abs. 1 Nr. 4 und 5 der 4. VO. zur Durchführung des Gesetzes über das Verfahren in Binnenschiffahrtssachen vom 26. Juni 1941 (Reichsgesetzblatt I Seite 351) wird zum Schiffahrtsgericht für den Main flussabwärts bis zur bayerisch-hessischen Grenze das Amtsgericht Würzburg und zum Schiffahrtsobergericht das Oberlandesgericht Nürnberg bestellt.

Widerspruch erfolgt nicht. — Ich stelle die Zustimmung fest.

Ich rufe auf § 2. Er lautet:

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1948 an die Stelle der VO. zur Durchführung des Gesetzes über das Verfahren in Binnenschiffahrtssachen vom 15. Januar 1948 (Bayer. Staatsanzeiger Nr. 10 vom 6. März 1948), die hiemit aufgehoben wird.

(I. Vizepräsident)

Auch hier stelle ich mangels Widerspruchs die Zustimmung des Hauses fest. Die erste Lesung ist damit beendet.

Wir treten gleich in die zweite Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. — Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf § 1 und § 2.

Widerspruch erfolgt nicht. — Ich stelle die Annahme von § 1 und § 2 fest.

Wir kommen zur Schlußabstimmung.

Ich schlage dem Hause vor, die Abstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Widerspruch erfolgt nicht. Ich stelle das fest. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem ganzen Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der ersten und zweiten Lesung die Zustimmung erteilen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle fest, daß das Gesetz angenommen ist.

Die Überschrift lautet:

Gesetz über das Verfahren in Birnenschiffahrtssachen.

Das Gesetz erhält die Einleitung:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat folgendes Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit verkündet wird:

Ich stelle fest, daß auch Überschrift und Einleitungsworte die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Damit ist dieser Punkt erledigt.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten zum Entwurf eines Gesetzes gegen mißbräuchliche Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen (Beilage 1873).

Ich schlage dem Hause vor, die allgemeine und die besondere Erörterung miteinander zu verbinden und auf die erste Lesung unmittelbar die zweite Lesung folgen zu lassen. — Widerspruch erfolgt nicht. Ich werde so verfahren.

Über die Ausschußverhandlungen berichtet Herr Abgeordneter Hauck Georg. Ich erteile ihm das Wort.

Hauck Georg (CSU) [Berichtersteller]: Meine Damen und Herren! Da das Gesetz zum Schutz vor Massenentlassungen vom Jahre 1920, das durch Zutaten zu einem nationalsozialistischen Gesetz geworden war, aufgehoben ist, erwies es sich als notwendig, ein Gesetz zu erlassen, das den Kündigungsschutz gewährleistet beziehungsweise Massenentlassungen vorbeugt. Ich möchte das unterstreichen, was Herr Staatssekretär Dr. Grieser hierzu vor dem Unterausschuß des Sozialpolitischen Ausschusses ausgeführt hat.

Der Vorsitzende brachte im Ausschuß für Sozialpolitik ebenfalls die Sprache auf diese Ausführungen von Staatssekretär Dr. Grieser zur Kündigungsschutzfrage usw. im Unterausschuß. Das Gesetz greife nicht in die Bestimmungen des bürgerlichen Rechts und nicht in die allgemeinen Schutzbestimmungen für die Arbeitnehmer ein. Die Kündigung im einzelnen müsse immer noch dem Arbeitsamt vorgelegt werden. Der Gesetz-

entwurf kehre vom nazistischen Recht zum demokratischen Recht von 1920 zurück und übertrage die Entscheidungsbefugnis vom Treuhänder auf einen paritätischen Ausschuß.

Als Grundzug ging durch die ganzen Verhandlungen der Wunsch, daß das Gesetz nicht in das bürgerliche Recht eingreifen, sondern Massenentlassungen vorbeugen solle. In den Verhandlungen des Sozialpolitischen Ausschusses wurden verhältnismäßig nur unwesentliche Änderungen vorgenommen. Die vom Ausschuß beantragte Fassung des Gesetzentwurfs liegt dem Hause in Beilage 1873 vor; ich glaube daher nicht, daß ich auf die einzelnen Paragraphen des Gesetzes näher einzugehen brauche. Nachdem der Ausschuß den Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit einstimmig angenommen hat, glaube ich auch dem hohen Hause die einstimmige Annahme empfehlen zu können.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bezold Otto.

Bezold Otto (FDP): Meine Damen und Herren! Ich habe den Gesetzentwurf eben erst in die Hände bekommen und nur eines an ihm anzusetzen. Die Männer in den Ausschüssen fungieren als eine Art Richter, und hier vermissen sie eine gesetzliche Bestimmung über die Möglichkeit der Ablehnung dieser Männer. Nach meinem juristischen Verständnis müßte eine Bestimmung in das Gesetz eingebaut werden, wonach derjenige, der vor dem Ausschuß steht, die Möglichkeit hat, eine amtierende Persönlichkeit abzulehnen, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer. Sonst könnten, soweit ich das jetzt übersehen kann, unter Umständen Konkurrenzkämpfe und sonstige wirtschaftliche Auseinandersetzungen, sei es zugunsten oder zuungunsten der einen oder der anderen der beiden Gruppen, auf dem Boden dieses Gesetzes stattfinden. Es müßte also in diesem Gesetz eine Bestimmung enthalten sein, wonach die jeweiligen amtierenden Männer genau so abgelehnt werden können wie ein Richter nach der einschlägigen Vorschrift der Zivilprozessordnung. Weiterhin müßte im Gesetz bestimmt sein, wer über diese Ablehnungen endgültig entscheidet.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wolf.

Wolf (SPD): Meine Damen und Herren! Das, was Herr Kollege Bezold in den Vordergrund gestellt hat, war schon mit vorgesehen. Bezüglich der Zusammensetzung der Ausschüsse sollte sogar nach der ursprünglichen Gesetzesvorlage die Wirtschafts- und Finanzverwaltung mit eingeschaltet werden. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß dieser Gesetzentwurf, der heute dem Landtag vorliegt, kein neues Gesetz darstellt, sondern daß ein solches Gesetz schon vor 1933 bestanden hat. Wir haben weiter aus diesem alten Gesetz, welches sich sehr gut bewährt hat, die Nutzenwendung gezogen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Besetzung dieser Ausschüsse genügen. Der Vorsitzende eines Arbeitsamtes wird in der Regel so viel Fingerspitzengefühl besitzen, daß er nur Leute zu diesen Ausschußsitzungen hinzuzieht, die weder direkt noch indirekt an einer Firma, welche einen einschlägigen Antrag stellt, beteiligt sind. Wenn man den Gesetzentwurf näher betrachtet, so findet man, daß jeder Arbeitnehmer ein Einspruchsrecht besitzt und in der zweiten Instanz beim Landesarbeitsamt zu seinem Recht kommen kann.

(Wolf [SPD])

Im allgemeinen ist zu diesem Gesetzentwurf wirklich nicht mehr viel zu sagen. Die darin enthaltenen Bestimmungen sind uns nicht neu. Wir müssen jetzt erreichen, daß geordnete Verhältnisse in der Wirtschaft eintreten und durch gesetzliche Grundlagen insbesondere eine befriedigende Regelung für die Arbeitnehmer geschaffen wird.

I. Vizepräsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Sch rufe auf § 1. Er lautet:

In Betrieben des privaten Rechts, die in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigen, sind die Arbeitgeber verpflichtet, dem zuständigen Arbeitsamt schriftlich Anzeige zu erstatten, bevor sie

- a) in Betrieben, die in der Regel weniger als 100 Arbeitnehmer beschäftigen, mehr als 9 Arbeitnehmer,
- b) in Betrieben, die in der Regel mindestens 100 Arbeitnehmer beschäftigen, 10 vom Hundert der regelmäßig im Betrieb Beschäftigten oder mehr als 50 Arbeitnehmer

innerhalb von vier Wochen entlassen.

Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

§ 2 lautet:

(1) Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes sind Arbeiter und Angestellte einschließlich der Lehrlinge.

(2) Gesetzliche Vertreter von juristischen Personen und Personengesamtheiten sind nicht Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes.

Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

§ 3 lautet:

(1) Entlassungen, deren Bevorstehen nach § 1 anzuzeigen ist, werden vor Ablauf von vier Wochen nach Eingang der Anzeige beim Arbeitsamt nur mit der Genehmigung des in § 7 bezeichneten Ausschusses wirksam. Unterbleibt die Anzeige, so sind die Entlassungen unwirksam.

(2) Das Recht zur fristlosen Entlassung bleibt unberührt.

Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

§ 4 lautet:

Der Ausschuß kann anordnen, daß die Entlassungen nicht vor Ablauf von längstens 2 Monaten nach Erstattung der Anzeige oder zu einem vor der Genehmigung liegenden Zeitpunkt wirksam werden.

Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

§ 5 lautet:

(1) Ist der Arbeitgeber nicht in der Lage, die Arbeitnehmer bis zu dem in den §§ 3 und 4 bezeichneten Zeitpunkt voll in Arbeit zu behalten, so kann der Ausschuß zulassen, daß der Arbeitgeber für die Zwischenzeit Kurzarbeit einführt. Hierbei

darf jedoch die Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers nicht unter 24 Stunden herabgesetzt werden.

(2) Der Arbeitgeber ist im Falle der Kurzarbeit berechtigt, Lohn oder Gehalt der mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigten Arbeitnehmer entsprechend zu kürzen. Die Kürzung wird jedoch erst von dem Zeitpunkt an wirksam, in dem das Arbeitsverhältnis nach den allgemeinen gesetzlichen oder den vertraglichen Bestimmungen enden würde.

Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

§ 6 lautet:

Soweit Entlassungen nicht innerhalb von vier Wochen nach dem Zeitpunkt durchgeführt werden, von dem an sie nach den §§ 3 und 4 wirksam sind, gilt die Anzeige als nicht erstattet.

Es erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

§ 7 lautet:

(1) Bei den Arbeitsämtern sind Ausschüsse zu errichten. Diese bestehen aus 1 Vertreter der Arbeitsverwaltung als Vorsitzendem sowie je 1 Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind durch den Leiter des Arbeitsamtes auf Vorschlag der wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitgeber und der Gewerkschaften zu bestellen. Sie sind auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten durch Handschlag zu verpflichten. Die Verordnung gegen Bestechung und Geheimnisverrat nichtbeamteter Personen in der Fassung vom 22. Mai 1943 — RGBI. I S. 351 — findet auf sie Anwendung.

(2) Das Arbeitsamt hat zur Vorbereitung der Entscheidungen des Ausschusses sofort, mindestens innerhalb 3 Tagen nach erfolgter Anzeige, aufzuklären, welche Umstände die beabsichtigten Entlassungen veranlassen. Es muß den Arbeitgeber und den Betriebsrat und kann weitere Auskunftspersonen und Sachverständige hören. Die Aufklärung hat sich auch darauf zu erstrecken, welche Hilfsmaßnahmen zur Behebung wirtschaftlicher Schwierigkeiten des Unternehmens angezeigt erscheinen.

(3) Das Arbeitsamt ist ermächtigt, alle Anordnungen zu treffen, die geeignet erscheinen, die tatsächlichen Verhältnisse des Betriebes aufzuklären und Zuwiderhandlungen gegen § 8 zu verhindern. Es kann insbesondere verlangen, daß ihm unverzüglich die im betroffenen Betrieb vorhandenen und die für ihn bestimmten Vorräte an Roh-, Betriebs- und Brennstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten vollständig und wahrheitsgemäß mitgeteilt werden. Ferner können Angaben über die finanzielle Lage des Betriebes, gegebenenfalls des Unternehmens, dem der Betrieb angehört, insbesondere über die Kreditversorgung verlangt werden.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

(Zuruf des Abgeordneten Bezold Otto.)

Herr Abgeordneter Bezold!

Bezold Otto (FDP): In § 7 Abs. 1 sind hinter dem Wort „Gewerkschaften“ die Worte „von Fall zu Fall“ einzusetzen. Die jetzige Fassung ist unklar.

I. Vizepräsident: Erhebt sich dagegen ein Widerspruch? — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

(Zuruf des Abgeordneten Zietzsch.)

Herr Abgeordneter Zietzsch!

Zietzsch (SPD): In § 7 Abs. 1 Satz 2 muß es statt „Vereinigung“ heißen: „Vereinigungen“.

Im zweiten Satz des § 7 Abs. 2 ist das Deutsch zu beanstanden. Es müßte heißen:

Es muß den Arbeitgeber und den Betriebsrat hören. Es kann weitere Auskunftspersonen und Sachverständige zuziehen.

In der Vorlage heißt es: Es muß den Arbeitgeber und den Betriebsrat und kann weitere Auskunftspersonen und Sachverständige hören.“ Diese Fassung muß irgendwie geändert werden.

I. Vizepräsident: Erhebt sich gegen diese Vorschläge ein Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Dann lasse ich über den § 7 in der Gesamtheit abstimmen. Wer für diesen § 7 in der nunmehr beschlossenen Fassung ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

§ 8 lautet:

Innerhalb der in § 3 festgesetzten Frist darf ohne Genehmigung des Ausschusses eine die ordnungsmäßige Führung des Betriebes beeinträchtigende Veränderung der Sach- oder Rechtslage nicht vorgenommen werden. Insbesondere darf über die in § 7 Abs. (3) genannten Vorräte nur im Rahmen der ordnungsmäßigen Führung des Betriebes verfügt werden.

Es erhebt sich kein Widerspruch. — Das Haus hat so beschlossen.

§ 9 lautet:

Das Arbeitsamt teilt dem Arbeitgeber die Entscheidungen des Ausschusses schriftlich mit.

Auch hier stelle ich, da kein Widerspruch erfolgt, die Zustimmung des Hauses fest.

§ 10 lautet:

(1) Gegen die Entscheidungen des Ausschusses ist binnen 8 Tagen nach Bekanntgabe die Beschwerde zum Beschwerdeauschuß beim Landesarbeitsamt zulässig.

(2) Der Beschwerdeauschuß besteht aus 1 Vertreter der Arbeitsverwaltung als Vorsitzendem, je 1 Vertreter der Finanz- und der Wirtschaftsverwaltung sowie je 1 Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind durch den Präsidenten des Landesarbeitsamtes auf Vorschlag der wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitgeber und der Gewerkschaften zu bestellen. § 7 Abs. (1) Satz 4 und 5 gilt entsprechend.

(3) Personen, die als Mitglieder des Ausschusses beim Arbeitsamt im gleichen Verfahren mitgewirkt haben, dürfen nicht als Mitglieder des Beschwerdeauschusses tätig werden.

(4) Der Beschwerdeauschuß kann weitere Erhebungen anordnen oder vornehmen.

(5) Der Beschwerdeauschuß entscheidet endgültig.

Wenn sich kein Widerspruch gegen § 10 erhebt — —

(Trettenbach: In Abs. 2 muß es statt „Vereinigung“ heißen: „Vereinigungen“!)

Erhebt sich dagegen ein Widerspruch? — Ich stelle die Zustimmung des Hauses sowohl hiezu wie zu § 10 im ganzen fest.

§ 11 lautet:

(1) Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf Entlassungen, die lediglich als Mittel in wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorgenommen werden.

(2) Für Betriebe, die regelmäßig in einer bestimmten Jahreszeit verstärkt arbeiten (Saisonbetriebe) oder regelmäßig nicht mehr als drei Monate im Jahre arbeiten (Kampagnebetriebe), finden die Vorschriften dieses Gesetzes auf Entlassungen, die durch diese Eigenart des Betriebes bedingt sind, keine Anwendung.

Erhebt sich dagegen ein Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Es ist so beschlossen.

§ 12 lautet:

(1) Wer den Vorschriften der §§ 1 und 8 oder den nach § 7 Abs. (3) ergangenen Anordnungen vorsätzlich zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 20 000 DM und mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit einer dieser Strafen bestraft. Bei Fahrlässigkeit tritt Geldstrafe bis zu 10 000 DM ein.

(2) Neben dieser Strafe können die Gegenstände, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, eingezogen werden ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Es erhebt sich kein Widerspruch. — Das Haus hat so beschlossen.

§ 13 lautet:

Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge erläßt die zur Durchführung dieses Gesetzes notwendigen Vorschriften. Die Berufung der in § 10 bezeichneten Vertreter der Wirtschafts- und Finanzverwaltung erfolgt durch die zuständigen Ministerien.

Es erhebt sich kein Widerspruch. — Es ist so beschlossen.

Die erste Lesung ist damit beendet. Wir treten gleich in die zweite Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. Herr Abgeordneter Bezold!

Bezold Otto (FDP): Ich widersetze mich der zweiten Lesung. Dieses Gesetz muß noch einmal überarbeitet werden; es ist absolut unmöglich, daß es in der Fassung hinausgeht. Es ist juristisch nicht in Ordnung. In § 10 heißt es: „Gegen die Entscheidungen des Ausschusses ist binnen 8 Tagen nach Bekanntgabe die Beschwerde zum Beschwerdeauschuß beim Landesarbeitsamt zulässig.“ Was heißt juristisch „Bekanntgabe“, noch dazu im Zusammenhang mit § 9, wo bestimmt ist, daß das Arbeitsamt dem Arbeitgeber die Entscheidungen des Ausschusses schriftlich mitteilt? Es müßte in § 10 Abs. 1 mindestens heißen: „nach Mitteilung“ statt „nach Bekanntgabe“.

I. Vizepräsident: Ich bitte um die Stellungnahme des Arbeitsministeriums. Herr Staatssekretär Dr. G r i e s e r !

Staatssekretär Dr. Grieser: Für den Beginn der Rechtsmittelfrist ist der Zeitpunkt maßgebend, an dem die Entscheidung zugestellt wird.

(Bezold Otto: Es ist lediglich von „Mitteilung“ die Rede!)

— Bitte, es ist ganz gleich, ob es heißt: Eine Entscheidung wird mitgeteilt, eine Entscheidung wird zugestellt, eine Entscheidung wird bekanntgegeben. Sachlich besteht hier nicht der geringste Unterschied. Gewiß, die Zivilprozeßordnung spricht nicht von Mitteilung, sie spricht von Zustellung, aber nichts hindert den Gesetzgeber, einmal zu sagen: Das Rechtsmittel beginnt mit dem Tag, an dem die Entscheidung mitgeteilt worden ist, oder: mit dem Tag, an dem die Entscheidung bekanntgegeben worden ist. Meiner Ansicht nach ist es nicht notwendig, hier etwa die Bezeichnungen der Zivilprozeßordnung anzuwenden. Derartige Formulierungen wie „Entscheidung“, „Mitteilung“, „Bekanntgabe“ finden Sie auch in anderen Gesetzen. In der Sache selbst sind wir uns einig. Ich glaube, wir sollten am Ausdruck keinen Anstoß nehmen.

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter Bezold !

Bezold Otto (FDP): Darf ich fragen: Ist die Bekanntgabe der Entscheidung in der Sitzung gemeint oder gilt als Bekanntgabe der Entscheidung die Zustellung durch Brief?

I. Vizepräsident: Herr Staatssekretär !

Staatssekretär Dr. Grieser: Wenn die Entscheidung in der Sitzung bekanntgegeben wird, beginnt die Rechtsmittelfrist von diesem Tage an. Das versteht sich von selbst.

I. Vizepräsident: Ich möchte den Herrn Staatssekretär noch fragen: Es bestehen keine Bedenken, daß wir in die zweite Lesung eintreten und das Gesetz verabschieden? — Die Staatsregierung ist damit einverstanden.

Ich lasse über den Antrag Bezold abstimmen, der dahin geht, die zweite Lesung zu verschieben. Wer für den Antrag des Herrn Abgeordneten Bezold ist, das Gesetz jetzt nicht zu verabschieden, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Der Antrag ist abgelehnt.

Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Wir kommen zur A b s t i m m u n g.

Ich rufe auf die §§ 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14.

(Zietsch: § 14 ist noch nicht behandelt!)

— Ja, der Tag ist noch festzusetzen:

Das Gesetz tritt am 1. November 1948 in Kraft. Nachdem kein Widerspruch erfolgt, stelle ich die Zustimmung des Hauses zu den 14 Paragraphen fest.

Wir kommen zur S c h l u ß a b s t i m m u n g über das ganze Gesetz. Ich schlage dem Hause vor, die Abstimmung auch hier in einfacher Form vorzunehmen. — Da kein Widerspruch erfolgt, werde ich so verfahren.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem ganzen Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der ersten und zweiten Lesung die Zustimmung erteilen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich

stelle die einmütige Zustimmung des Hauses zu diesem Gesetz fest.

Das Gesetz trägt die Überschrift:

Gesetz gegen mißbräuchliche Massenentlassungen und Betriebsstillegungen.

Die Einleitung lautet:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat folgendes Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiemit verkündet wird:

Ich stelle fest, daß sich gegen Überschrift und Einleitungsworte keine Erinnerung erhebt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Haußleiter und Genossen betreffend Behebung der Notlage des Fremdenverkehrs in der Fränkischen Schweiz (Beilage 1814).

Wer von den Unterschreibern verliest die Interpellation?

(Haußleiter: Ich bitte ums Wort!)

Ich bitte den Herrn Abgeordneten H a u ß l e i t e r, die Interpellation zu verlesen.

Haußleiter (CSU): Ich erlaube mir, dem hohen Hause folgende Interpellation an die bayerische Staatsregierung vorzutragen:

Die Fränkische Schweiz hat im wesentlichen vom Fremdenverkehr gelebt. Sie ist nun zum Notstandsgebiet geworden, weil durch Einquartierungen und Zweckentfremdungen die wirtschaftlichen Verhältnisse völlig zerrüttet wurden. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um in dieser Notlage helfend einzugreifen? Beabsichtigt die Staatsregierung, ebenso wie für Südbayern nun endlich auch für den nordbayerischen Fremdenverkehr die bescheidensten Arbeitsmöglichkeiten und Existenzgrundlagen sicherzustellen?

I. Vizepräsident: Ich frage die Staatsregierung, ob sie bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Staatssekretär Geiger: Ich bin bereit, die Interpellation zu beantworten; Herr Präsident.

(Haußleiter: Ich bitte um das Wort zur Begründung der Interpellation.)

I. Vizepräsident: Zur Begründung der Interpellation hat der Herr Abgeordnete H a u ß l e i t e r das Wort.

Haußleiter (CSU): Der Interpellation ist folgende schriftliche B e g r ü n d u n g hinzugefügt:

In der Fränkischen Schweiz ist eine Lage entstanden, die für die Einheimischen wie für die Neubürger in gleicher Weise zu unerträglicher Not geführt hat. Der Fremdenverkehr war der einzige wesentliche Erwerb dieses Gebietes. Deshalb ist es für die Neubürger, die hier untergebracht wurden, nicht möglich, hier Arbeit und eine neue Existenz finden zu können. Gleichzeitig steht aber der althergebrachte einheimische Erwerbszweig unmittelbar vor dem Ruin. Die Fränkische Schweiz, in der Generationen versucht haben, Fremdenverkehrswirtschaft großzuziehen, ist auf

(Haußleiter [CSU])

einen Stand zurückgedrängt worden, der bedeutlicher ist als jemals in den allerschwierigsten Zeiten. Mit über 400 000 Übernachtungen und dem Mehrfachen dieser Zahl an Passantenverkehr kam alljährlich ein Geldstrom in die Gegend, der allein ermöglichte, die zahlreiche Bevölkerung dieses Gebietes zu ernähren. Die Landwirtschaft ist dort bekanntlich sehr wenig ertragreich. Industrie fehlt und Gewerbe kann sich nur insoweit halten, als es den örtlichen und bezirklichen Bedürfnissen dient. Nun hat man aber die Haupterwerbsquelle, das Fremdenverkehrsgewerbe blockiert, indem man Gast- und Nebenzimmer beschlagnahmte, in die Fremdenzimmer Dauermieter setzte und durch Erschwerungen aller Art die Existenz des ziemlich zahlreich vertretenen Gaststättengewerbes gefährdet.

Daraus ergeben sich unhaltbare Zustände. In berühmten Wallfahrtsorten wie Gößweinstein, Bierzeihenheiligen, Schloß Banz, die mit einem Zustrom von Hunderttausenden gerechnet haben, fehlt nahezu jede Unterkunftsmöglichkeit. In den bekanntesten Fremdenorten war es bis vor kurzem kaum möglich, für die erholungsuchenden und wanderfreundigen Bewohner der angrenzenden Industriebezirke auch nur eine Suppe zu bekommen oder bei einem Wetterumschlag ein schützendes Dach über den Kopf, nicht vielleicht aus Unzulänglichkeit des Gewerbes, sondern eben aus den gegebenen Verhältnissen, die vielfach stärker waren als Menschenwille und Menschenkraft. Während in Südbayern der Fremdenverkehr allmählich wieder in Gang kommt, ist in Nordbayern, sowohl in der Fränkischen Schweiz wie im Fichtelgebirge wie im Bayerischen Wald, keine Möglichkeit gegeben, auch nur in der bescheidensten Weise ihn wieder in Gang zu bringen. Das trifft nicht nur das nordbayerische Fremdenverkehrsgewerbe, sondern auch die schaffende Bevölkerung Nordbayerns schwer, der auf diese Weise jede Möglichkeit zu Ausflügen in die Fränkische Schweiz, in den Bayerischen Wald und ins Fichtelgebirge genommen ist.

Ich darf hierzu mündlich noch auf einige Punkte hinweisen. Das Fremdenverkehrsgewerbe in der Fränkischen Schweiz, im Fichtelgebirge und im Bayerischen Wald ist die Industrie, von der dort die Bevölkerung lebt. Diese Industrie wird heute von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr zerstört, d. h. die Verkehrsbetriebe werden bankrott und sind nicht mehr in der Lage, sich in einer Form aufrechtzuerhalten, die noch einmal den Fremden Anreiz bieten würde, diese Gebiete überhaupt aufzusuchen. Diese Gemeinden haben vor dem Krieg in einer 50 und 80jährigen Tradition ihr Vermögen in den Bädern investiert, die sie gebaut, in den Pensionen, die sie errichtet haben.

Dieses Vermögen wird hier zerstört. Die Entwicklung hat aber auch auf der anderen Seite für die Flüchtlinge, für die Ausgewiesenen und Heimatvertriebenen eine sehr bedenkliche Seite. In Orten wie Gößweinstein, Muggendorf, Streitberg, Bischofsgrün kann man keine Industrie aufbauen. Dort haben die Neubürger also nicht die Möglichkeit, Arbeit zu finden. Die Fürsorgekosten für

diese Gemeinden sind nicht mehr zu tragen. Ich darf hier nur auf einige statistische Angaben hinweisen. Vor mir liegt der Bericht der Gemeinde Streitberg, der vielleicht das schrecklichste Bild einer elenden, einer verkommenen, verzweifeltsten Gemeinde bietet, das wir uns vorstellen können. Dort treffen auf einen Einheimischen zwei Neubürger. Dort sind 350 Fremdenbetten gewesen, von denen heute 340 nicht mehr zur Verfügung stehen. Selbst der bescheidenste Berufsreiserverkehr ist in dieser Gegend nicht mehr durchzuführen. Das gesamte im Fremdenverkehr investierte Kapital solcher Gemeinden wird jetzt einfach durch diese Entwicklung vernichtet. Nicht einmal mehr die bescheidensten Instandsetzungsarbeiten können geleistet werden. Ich darf darauf hinweisen, daß in der Gemeinde Behringersmühle auf 100 Einheimische 66,6 Neubürger treffen, in Pottenstein auf 100 Einheimische 74,8 Neubürger, in Gößweinstein auf 100 Einheimische 85,6 Neubürger. Das ist ein Elend auch für die Neubürger, das man sich im einzelnen kaum vorstellen kann. Sie sind nicht eingegliedert, sie können dort nicht eingegliedert werden. Sie sind in der gleichen provisorischen Lage, in derselben Notlage, in der sie schon vor zwei oder zweieinhalb Jahren bei ihrer Einführung in diese Gemeinden waren. Ich habe hier Stellungnahmen der Neubürger, die sich mit der Stellungnahme der Einheimischen vollkommen decken.

Es genügt nicht, wenn uns heute gesagt wird: Frei werdende Objekte sollen in Zukunft nicht mehr mit Dauermietern belegt werden. Im übrigen geschieht auch das nicht; die frei werdenden Objekte in der Fränkischen Schweiz sind auch in der letzten Zeit entweder wieder mit Dauermietern belegt oder für andere Zwecke als die des Fremdenverkehrs verwendet worden. Die Arbeiter in Nürnberg, in den mittelfränkischen Industriegebieten und in Oberfranken haben nicht mehr die Möglichkeit, einmal in diese Landschaft hinauszuziehen, weil die Gastzimmer belegt sind, so daß sie sich nicht einmal mehr eine Suppe kaufen können, wenn sie am Sonntag hinausfahren. So ist die Lage.

Wir müssen wenigstens das Notwendigste tun, was geschehen kann. Als die Währung kam, hat man uns gemeldet, daß aus Südbayern über 100 000 Gäste plötzlich obgereist sind. In Nordbayern sind keine abmarschiert, weil Nordbayern nämlich keine Gäste aufgenommen hat und keine aufnehmen konnte. So war der Sachverhalt. Wenn Herr Dr. Fischbacher heute den Tegernsee als Preußenaquarium bezeichnet, dann bedeutet das, daß dort schon wieder sehr viele Kurgäste zu sein scheinen. Und wenn Herr Dr. Fischbacher mit seiner Erklärung andeuten will, daß er gewillt ist, von uns Flüchtlinge aufzunehmen, damit bei uns in Nordbayern ebenfalls preußische Kurgäste erscheinen können, dann sind wir in einer solchen Richtung gerne bereit, mit der Bayernpartei zusammenzuarbeiten.

(Heiterkeit und Beifall.)

Ich erkläre mich jedenfalls gerne bereit, einen solchen Austausch durchzuführen.

Ich möchte also hier feststellen: Die Lage in Nordbayern ist auf diesem Gebiet um vieles schlechter als in Südbayern. Wenn wir bedenken, daß unsere Landwirtschaft in diesem nordbayerischen Gebiet kaum ertragsfähig ist, dann müssen wir sagen: Eine Bestimmung, frei werdende Objekte für den Fremdenverkehr zur Verfügung zu stellen, hilft nicht und reicht nicht aus. Wir haben Facharbeiter, Textilarbeiter, die arbeiten wollen, irgendwo auf

(Haußleiter [CSU])

den Jurahöhen sitzen, aber in den Fabriken fehlen sie. Es gibt hier nur eines: eine klare Siedlungsplanung. Wir müssen einmal dazu kommen, daß wir die Arbeiter, die auf dem Lande sind, die Neubürger, die arbeiten wollen, in die Fabriken bringen. Das Erste sind Werkstiedlungen an den Fabriken; dann werden wir den Ausgleich vornehmen können, der uns allein auch die Chance gibt, das einheimische Gewerbe und die Industrie über Wasser zu halten.

Wenn wir sehr lange warten, entsteht dort ein Glendgebiet, wie es der Bayerische Wald schon seit 30 und 50 und 100 Jahren darstellt. Bereiche, die sich in Generationen hochgearbeitet haben, verelenden in jeder Beziehung, und man wird wieder Generationen brauchen, um das aufzubauen, was heute auf diesem Gebiet zerstört wird.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Herr Staatssekretär Geiger beantwortet die Interpellation.

(Nagengast: Ich möchte zur Begründung noch etwas sagen!)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Nagengast das Wort.

Nagengast (CSU): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Interpellant, Herr Abgeordneter Haußleiter, hat bereits eingehend über die Notlage in der Fränkischen Schweiz gesprochen. Herr Staatssekretär Sühler, der Abgeordneter dieser Gegend ist, und meine Wenigkeit sind über die dortigen Verhältnisse sehr gut unterrichtet. Herr Staatssekretär Sühler kann heute nicht anwesend sein. Als Abgeordneter und zugleich als Angehöriger des Hotel- und Gaststättengewerbes möchte ich noch einige Ausführungen zu der Interpellation machen.

In den Orten der Fränkischen Schweiz sind, wie Herr Haußleiter schon sagte, die Hotels, Gaststätten und Pensionate bis zur Mansarde voll besetzt. Die Inhaber dieser Betriebe haben von ihren belegten Räumen nur ganz geringe Mieteinnahmen. Es sind dort größtenteils Flüchtlinge untergebracht, die keine Beschäftigung haben, nachdem Industrie nicht vorhanden ist und neue Betriebe nicht eröffnet werden können. Die Geschäftsinhaber können von diesen Einnahmen nicht leben. Der Fremdenverkehr ist auf ein Minimum zurückgegangen. Dieser Zustand dauert jetzt $3\frac{1}{2}$ Jahre. Es muß nun einmal Abhilfe geschaffen werden. Außer diesem Gewerbe sind auch andere Berufszweige in Mitleidenschaft gezogen. Besonders die heimische Landwirtschaft leidet sehr unter dem Rückgang des Fremdenverkehrs, während sie früher Gelegenheit hatte, ihre Erzeugnisse sehr gut an Ort und Stelle abzusetzen. Sie hatte keine Spesen, keine besonderen Unkosten und bekam auch bessere Preise.

Die Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen, Forchheim, Bamberg, Bayreuth und Kulmbach sind ebenfalls sehr stark an diesem Verkehrszentrum interessiert und setzen sich für die Wiederbelebung des dortigen Fremdenverkehrs sicherlich ein. Was für den Münchner zur Erholung das bayerische Oberland ist, das sind wegen ihrer großen Verkehrsnähe für die schaffenden Menschen in den Werkstätten und Fabriken der genannten Städte die Herbruder und die Fränkische Schweiz. Durch die bestehenden Verhältnisse müssen aber viele erholungsbedürftige Menschen jetzt darauf verzichten, am Wochenende in die Frän-

kische Schweiz zu gehen; denn es fehlt ja dort an Quartieren und Übernachtungsmöglichkeiten. Die Verhältnisse sind dort also sehr schlimm und es muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden.

Ich möchte nun denjenigen Kollegen, die die Fränkische Schweiz noch nicht kennen sollten, einen Überblick über sie geben. Sie ist nach dem bayerischen Oberland und dem Allgäu eine der schönsten Gegenden Bayerns, ich möchte sogar sagen Deutschlands. Sie erstreckt sich zwischen den Städten Nürnberg, Forchheim, Bamberg und Bayreuth und umfaßt einen Flächenraum von 750 Quadratkilometern. Die Fränkische Schweiz ist ein äußerst romantisches Ganzes, welches in der Hauptsache nur in den Tälern seine Naturschönheiten birgt und auf den Bergen zum Ausgleich für das Sterile und Einförmige eine prächtige Fernsicht nach dem Fichtelgebirge, dem Frankenswald und dem Thüringer Wald bietet, eine wunderschöne Aussicht auf die reizenden Täler und die in der Nähe liegenden Schlösser, Burgen, Felsen und Bergtuppen. Geologisch ist der Jura die in der Fränkischen Schweiz allein herrschende Gebirgsformation, die einen ungemein großen Reichtum an Versteinerungen zeigt, wie sie nicht leicht schöner entwickelt gefunden werden. Die Unterlage ist die Keuperformation. Darauf baut sich der Jura auf: der schwarze Jura, dann der braune Jura und darüber als Hauptmasse der weiße Jura. Die Fränkische Schweiz hat wunderbare Tropfsteinhöhlen. Sie zählt deren weit über 600. Ich nenne hier namentlich die Binghöhle bei Streitberg und die Teufelshöhle bei Pottenstein. Die Teufelshöhle ist eine derjenigen Höhlen, die bis in die vorjüngste Zeit zurückreichen, sie hat Ichthyosaurier und verschiedene andere Arten von Tieren enthalten. Die Fränkische Schweiz ist auch sonst reich an prähistorischen Funden. Die Binghöhle als solche weist die bemerkenswertesten Gebilde an Naturschönheiten auf. Auch die Flora in der Fränkischen Schweiz ist sehr reich und vielfältig; ich möchte sie fast der alpinen Flora gleichstellen. Viele Pflanzen und Blüten stehen unter dem Pflanzenschutzgesetz. Die Tierwelt hat hier besondere Arten aufzuweisen. Das Klima ist äußerst mild, die Luft ist sehr angenehm und rein und da keine Industrie vorhanden ist, ist die Gegend für den Erholungsuchenden sehr wertvoll.

Die dortige Bevölkerung ist sehr sparsam, fleißig und strebsam; sie hält noch viel auf ihre Sitten und Gebräuche. Besonders die Gegend um Forchheim und Effeltrich usw. ist darob bekannt.

Was in der Fränkischen Schweiz nicht rühmendwert ist, sind ihre mit wenigen Ausnahmen schlechten Straßen und Verkehrswege. Auch hier müßte die Staatsregierung einmal helfend eingreifen. Bei der Obersten Baubehörde des Innenministeriums ist bereits ein Projekt in die Wege geleitet, über Forchheim eine Straße nach dem Kurort Egloffstein zu bauen, um dort die Verbindung mit Pegnitz und mit der Autobahn und weiter die Verbindung mit der Regierungshauptstadt Bayreuth herzustellen. Auch dieses Projekt müßte einmal in Angriff genommen werden.

Aus dem Vorgetragenen ersehen Sie, wie schlecht wir in Franken wirtschaftlich und verkehrsmäßig gestellt sind, viel schlechter als der Süden unseres Landes. Ich bitte deshalb, die Interpellation zu unterstützen. Ich bitte weiterhin die Oberste Baubehörde des Innenministeriums, zu gegebener Zeit auch die Straßenverhältnisse in Ordnung zu bringen und bei der Finanzierung mitzuwirken.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Herr Staatssekretär Geiger beantwortet die Interpellation.

Staatssekretär Geiger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Fränkische Schweiz und die angrenzenden Gebiete sind wegen ihrer landschaftlichen Schönheiten, ihrer berühmten Wallfahrtsorte und Kunstdenkmäler, ihrer heilkräftigen Quellen und ihres gepflegten Gastwirtsgewerbes ein besonders wichtiges Fremdenverkehrsgebiet. Infolge der großen Zahl von gewerblichen Fremdenbetten wurde nach dem Zusammenbruch gerade dieses Gebiet, ebenso wie alle anderen Fremdenverkehrsgemeinden, mit einer außerordentlich hohen Zahl von Evakuierten und Ausgewiesenen belegt. Auch die Besatzungsmacht hatte eine große Zahl von Fremdenverkehrsbetrieben in der Fränkischen Schweiz beschlagnahmt. Nach dem gegenwärtigen Stand sind in der Fränkischen Schweiz, z. B. im Landkreis Pegnitz, etwa 70 Prozent der gewerblichen Friedensbettenzahl ausschließlich durch Flüchtlings- und Wohnungsbehörden zweckentfremdet, so daß nur 30 Prozent der Friedensbettenzahl dem Fremdenverkehr zur Verfügung stehen. Im Landkreis Ebermannstadt liegen die Verhältnisse noch ungünstiger; die Beschlagnahmungen schwanken dort zwischen 80, und 95 Prozent in den einzelnen Fremdenverkehrsorten. In den wichtigsten Luftkurorten der Fränkischen Schweiz zeigt sich, daß von rund 1700 vorhandenen Betten zur Zeit über 1400 mit Ausgewiesenen und Evakuierten zwangsbelegt sind, so daß für den Fremdenverkehr weniger als 300 Betten, das sind rund 16 Prozent, frei verfügbar sind.

Diese katastrophalen Verhältnisse haben das Wirtschaftsministerium seit langer Zeit immer wieder dazu veranlaßt, für das Fremdenverkehrsgewerbe in der Fränkischen Schweiz Erleichterungen zu schaffen. Ich führe die Maßnahmen im folgenden einzeln auf:

Schon Anfang 1946 hat das Wirtschaftsministerium an das Innenministerium die Forderung gestellt, 20 Prozent des Vorkriegsbettenbestandes in der Fränkischen Schweiz von der Belegung mit Ausgewiesenen und Dauermietern auszunehmen. Diese Forderung wurde wiederholt erhoben; insbesondere hat das Wirtschaftsministerium in einem Bericht vom 4. November 1947 eindringlichst auf die Notlage dieses Gebietes hingewiesen. Dem wiederholten Ersuchen hat das Innenministerium durch eine Ministerialentschließung vom 2. Dezember 1947 ertwisprochen, in der in Aussicht gestellt wurde, für eine Reihe von Heilbädern und heilklimatischen Kurorten Nordbayerns 20 Prozent des Vorkriegsbettenbestandes von der Beschlagnahme freizustellen. In Wirklichkeit ist dieser bescheidene Prozentsatz von 20 Prozent bis heute noch nicht erreicht worden.

Wesentlich erfolgreicher waren die Schritte des Wirtschaftsministeriums bei der Militärregierung. Das Wirtschaftsministerium hatte sich mit besonderem Nachdruck beim Amt der Militärregierung in München für die Freigabe der beschlagnahmten Fremdenverkehrsbetriebe verwendet und in der Tat erreicht, daß gerade im Gebiet der Fränkischen Schweiz nahezu der gesamte beschlagnahmte Beherbergungsraum von der Militärregierung freigegeben wurde. Jedoch hat das Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen bei der großen Not in der Unterbringung der Flüchtlinge diesen durch die Initiative des Wirtschaftsministeriums für den Gewerbebetrieb freigegebenen Beherbergungsraum wieder für Flüchtlings-

einweisungen in Anspruch genommen. Das Wirtschaftsministerium hat mehrmals, jedoch ohne nachhaltigen Erfolg, beim Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen Vorstellungen gegen die Belegung von durch die Militärregierung freigegebenen Fremdenbetten in der Fränkischen Schweiz erhoben und darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Basis dieses Gebietes, nämlich der Fremdenverkehr, auf diese Weise völlig ruiniert würde. Trotz der übereinstimmenden Auffassung der beteiligten Ministerien, daß der Wiederaufbau des Fremdenverkehrs besonders vordringlich zu behandeln sei, sind aber doch, zum Teil durch Übergriffe örtlicher Beauftragter der Flüchtlingsverwaltung, Beschlagnahmungen erfolgt, die, obwohl keine ausreichende rechtliche Grundlage hierfür gegeben war, wegen der großen Not der Ausgewiesenen nicht rückgängig gemacht werden konnten.

Soweit in der Fränkischen Schweiz Betriebe dem gewerblichen Fremdenverkehr zurückgegeben wurden, hat das Wirtschaftsministerium es sich ganz besonders angelegen sein lassen, den Wiederaufbau der durch die Zweckentfremdung nahezu vollständig heruntergewirtschafteten Betriebsräume zu unterstützen. Erhebliche Zuweisungen von bewirtschafteten Einrichtungsgegenständen wurden den Betrieben zuteil.

Das Wirtschaftsministerium hat ferner mit den zuständigen gewerblichen Organisationen von sich aus enge Fühlung gehalten, um dem Fremdenverkehr in der Fränkischen Schweiz Förderung zuteil werden zu lassen. Auf Veranlassung des Wirtschaftsministeriums ist die Fränkische Schweiz auch in den Ausländerreiseverkehr eingegliedert worden, so daß es möglich war, auch dort ein Ausländerreisehotel, und zwar in Behringersmühle, zu lizenzieren.

In der jüngsten Zeit hat das Wirtschaftsministerium das Innenministerium zu einer Entschließung veranlaßt, die vorsieht, daß frei werdende Räume des Hotel- und Gaststättengewerbes nicht mehr erneut belegt werden dürfen. Diese Entschließung des Innenministeriums ist jedoch erst am 9. dieses Monats im Bayerischen Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Die Entschließung besagt, daß in konzessionierten Betrieben mit mehr als 10 Betten künftig von der Neuinanspruchnahme durch Belegung im ganzen oder von einzelnen Fremdenzimmern abzusehen ist. Die frei werdenden Räume sind dem Betriebsinhaber gegebenenfalls unter Aufhebung der Erfassung zu belassen. Diese für das gesamte bayerische Fremdenverkehrsgewerbe geltende Entschließung wird künftig auch dem Fremdenverkehrsgewerbe in der Fränkischen Schweiz zugute kommen.

Das Wirtschaftsministerium hat auch bereits Maßnahmen getroffen, um die Durchführung der Bayreuther Festspiele im Jahre 1950 zu ermöglichen.

Das Eintreten des Wirtschaftsministeriums für den Wiederaufbau der nordbayerischen Bäder ist so allgemein bekannt, daß ich hier nicht mehr darauf hinzuweisen brauche. Durch diese Förderung haben z. B. Bad Rissingen und Bad Brückenau erfreulicherweise eine wesentlich günstigere Entwicklung nehmen können als verschiedene Bäder Südbayerns wie z. B. Bad Tölz, Bad Wörishofen oder Bad Mibling, wo die Eingriffe der Besatzungsmacht, der IRO und der Flüchtlingsverwaltung besonders hemmten.

Diese meine Darlegungen zeigen, daß das Wirtschaftsministerium keine Mittel unversucht gelassen hat, um dem

(Staatssekretär Geiger)

Fremdenverkehrsgewerbe in der Fränkischen Schweiz zu helfen. Die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse im bayerischen Fremdenverkehrsgewerbe sind nicht etwa auf die Gebiete der Fränkischen Schweiz oder Nordbayerns beschränkt. Auch wurden die Fremdenverkehrsgebiete Nordbayerns nicht etwa weniger gefördert als die Südbayerns, wie man aus dem Text der Interpellation herauslesen könnte. Ich habe vielmehr stets nach der Erkenntnis gehandelt, daß das Fremdenverkehrsgewerbe für ganz Bayern, von Bad Brückenau bis Berchtesgaden, von Passau bis Dinkelsbühl, von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung ist und daher in gleichmäßiger Weise gefördert werden muß.

Die große Frage ist, wie es gelingt, den bisher zweckentfremdeten Beherbergungsraum seiner eigentlichen Bestimmung zurückzugeben. Das Wirtschaftsministerium kann die Freimachung von Beherbergungsräumen von sich aus nicht anordnen. Eine fühlbare Entlastung wird sich für das Fremdenverkehrsgewerbe nur dann erreichen lassen, wenn eine Umquartierung der Flüchtlinge aus den übermäßig in Anspruch genommenen Fremdenverkehrsgemeinden, in denen sie sowieso keine Erwerbsmöglichkeiten haben, in Gebiete mit reicherer Industrie und dichterem Gewerbe erfolgen kann. Im Gebiet der Fränkischen Schweiz würde eine bezirkliche Umquartierung der Flüchtlinge in die Randgebiete mit ihrer großen Zahl industrieller und gewerblicher Betriebe schon Erleichterungen schaffen. In der Fränkischen Schweiz stünde auch noch eine Unterbringungsmöglichkeit in den Gebirgsdörfern zur Verfügung, die die Flüchtlingsverwaltung aber bisher nicht belegt hat, da sich die Flüchtlinge, auch die erwerbsunfähigen, aus verständlichen Gründen weigern, in entlegene Orte zu gehen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen besteht keine Handhabe, einen Flüchtling oder einen Evakuierten, der in einem Fremdenverkehrsbetrieb wohnt, in ein Industriegebiet, in dem er Beschäftigung finden könnte, oder in einen anderen Ort, wo er niemandem gewerblichen Raum wegnimmt, umzuquartieren. Vor allem wäre es auch notwendig, daß sich die Nachbarländer Württemberg-Baden und Hessen bereit erklären, durch Aufnahme in ihr Land das Los der Heimatvertriebenen zu erleichtern und das überbelegte Bayern zu entlasten, das durch fortgesetztes weiteres Einströmen von illegalen Grenzgängern und Flüchtlingen in eine geradezu hoffnungslose und für das Fremdenverkehrsgewerbe ruinöse Situation gebracht wird.

Ich werde mich auch künftig in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Ministerien, insbesondere dem Innenministerium und dem Finanzministerium, dafür einsetzen, daß die bayerischen Fremdenverkehrsgebiete in Nord und Süd wieder ihrem ursprünglichen Zweck zugeführt werden, soweit das irgendwie möglich ist. Die großen finanziellen Lasten der Gemeinden und des Landes können nur dann getragen werden, wenn alle Gewerbe, also auch das Fremdenverkehrsgewerbe, wieder zur Entwicklung gebracht werden. Und das Fremdenverkehrsgewerbe gehörte in Bayern stets mit zu den bedeutendsten Erwerbs- und Steuerquellen. Es hat alle Zweige der Wirtschaft und das kulturelle Leben des Landes befruchtet, das Ansehen Bayerns in aller Welt erhöht und seinen Ruf weit über seine Grenzen hinausgetragen.

I. Vizepräsident: Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zum nächsten Punkt:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Koste und Genossen betreffend Bildung einer gemeinsamen Spitzenverwaltung aller westdeutschen Länder für das Flüchtlingswesen (Beilage 1880).

Berichterstatter ist Frau Abgeordnete Dr. Probst. Frau Dr. Probst ist nicht da; ich stelle diesen Punkt der Tagesordnung zurück.

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Antrag der Abgeordneten Meigner und Genossen betreffend Schließung des Bayerischen Staatsschauspiels (Beilage 1857).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Meigner. Ich erteile ihm das Wort.

Meigner (CSU) [Berichterstatter]: Hohes Haus, meine Damen und Herren! In der Sitzung des Staatshaushaltsausschusses vom 28. September lag folgender Antrag vor:

Nach Mitteilungen der Presse wird infolge finanzieller Schwierigkeiten die Schließung des Bayerischen Staatsschauspiels in München erwogen. Der Landtag wolle beschließen, es sei die Bayerische Staatsregierung zu ersuchen, alle Schritte zu unternehmen, um diese für das kulturelle Leben Bayerns unerträgliche Maßnahme hintanzuhalten und gleichzeitig auch für die Provinztheater den Fortbestand ihrer Betriebe zu sichern.

Der Berichterstatter führte zu dem Antrag aus, die Pressemitteilung, daß der bayerische Finanzminister mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage des Staates die Schließung des Bayerischen Staatsschauspiels empfohlen habe, habe im ganzen Land Aufsehen und in kulturell interessierten Kreisen Bestürzung hervorgerufen. Er wies auf die Bedeutung des staatlichen Schauspielhauses hin, das das erste Kulturtheater im Lande sei und auch eine hohe erzieherische Aufgabe zu erfüllen habe. Das Schauspielhaus kämpfe gegenwärtig mit besonderen Schwierigkeiten deswegen, weil ihm kein entsprechender Theaterraum zur Verfügung stehe. Der kleine Raum im Brunnenhoftheater lasse eine rentable Geschäftsführung kaum zu. Ebenso sei der ganze Fundus des staatlichen Schauspielhauses dem Krieg und der nachfolgenden Plünderung zum Opfer gefallen, so daß heute jede Neueinstudierung zugleich eine Neuausstattung bedeute. Dazu komme der allgemeine Rückgang der Besucher des Theaters nach der Währungsreform. Es sei begreiflich, daß das Schauspielhaus ohne Zuschuß nicht bestehen könne. Das Theater habe schon von sich aus jeden möglichen Weg beschritten, um die Kosten herabzusetzen; so hätten die Schauspieler schon im Jahre 1945 auf einen Teil ihrer Gagen verzichtet und dies auch in der Zeit des Geldüberhangs weiter durchgehalten. Das Schauspielhaus habe auch schon im Jahre 1947 von seinem Zuschuß von 800 000 RM nur 430 000 RM in Anspruch genommen. Mit Rücksicht auf das Ansehen der Hauptstadt Bayerns als Stadt der Kunst und des Theaters, mit Rücksicht auf die Künstler — es bleibe eine Verpflichtung des States, gute Künstler dem Lande zu erhalten und für die Heranbildung eines künst-

(Meigner [CSU])

lerischen Nachwuchses besorgt zu sein — und mit Rücksicht darauf, daß die Aufwendungen für Zwecke der Kunst im bayerischen Staatshaushalt überdies nur ungefähr 1/4 Prozent der Gesamtausgaben, also eine sehr geringe Quote betrage, müsse mit allen Mitteln danach gestrebt werden, das staatliche Schauspielhaus zu erhalten.

Der Antrag bezwecke über das staatliche Schauspielhaus hinaus auch die Erhaltung der Provinztheater. Es sei wohl nicht möglich, so führte der Berichtstatter aus, alle derzeit in Bayern bestehenden, in der Zeit des Geldüberhangs entstandenen Theater nach der Währungsreform zu erhalten. Es beständen ungefähr 150 Theater. Der Staat solle die bescheidenen Mittel, die hiefür im Etat 1948/49 in Höhe von 690 000 RM vorgesehen waren — im ersten Vierteljahr nach der Währungsreform seien freilich nur 86 000 DM verteilt worden —, nur den wertvollen Provinzbühnen, die wirklich eine kulturelle Leistung aufweisen, zur Verfügung stellen, um sie so zu erhalten. Der Referent beantragte, seinem Antrag zuzustimmen.

Der Mitberichtstatter hielt den Vorschlag des Finanzministers für einen Versuchsballon, der den Zweck hatte, die Öffentlichkeit auf die ernste Finanzlage des Landes hinzuweisen.

Staatsminister Dr. Kraus gab eine eingehende Darstellung der Finanzlage Bayerns, welche es fraglich erscheinen lasse, ob alle kulturellen Einrichtungen des Staates ungefährdet über diese Zeit hinweggebracht werden können. Er habe sich über die scharfe Reaktion der Öffentlichkeit auf seine Anregung gefreut. Es sei ihm daran gelegen gewesen, mit dem Kultusministerium in ein Gespräch darüber zu kommen, ob man nicht auch auf dem Gebiete des Theaterwesens weitere Einsparungen erzielen könne. Er habe nicht unter allen Umständen verlangt, das staatliche Schauspielhaus zu schließen. Das Finanzministerium stehe aber auf dem Standpunkt, daß der bisherige Aufwand für die Staatstheater in München, von 3,8 Millionen auf 2 Millionen gesenkt werden sollte. Die guten Zeiten, in denen das Hoftheater durch das Haus Wittelsbach unterhalten wurde, und auch die Zeiten, in denen der Nationalsozialismus 12 Millionen für die Münchener Theater auswarf, seien eben vorbei. Trotzdem könne sich das Land Bayern wohl gegenüber anderen Ländern sehen lassen; so gebe Württemberg-Baden 1,2 Millionen und Hessen 1 Million für seine Theater aus. Der Staatsminister der Finanzen ging dann ausführlich auf die Gründe der mißlichen Finanzlage Bayerns ein, das eines der steuerschwächsten Länder sei. Der Ausgleich des Etats für das dritte Quartal werde größten Schwierigkeiten begegnen, trotzdem energische Sparmaßnahmen ergriffen worden seien. Er verwies vor allem auf die außerordentlich hohen Besatzungskosten, die 1947 mit einem Betrag von 803 Millionen eigentliche Besatzungskosten, 161 Millionen Aufwand für die DP's und 45,8 Millionen sonstige Kriegsfolgelasten, also mit insgesamt über 1 Milliarde einen Großteil der Einnahmen des Staates beanspruchten. Gegenüber den Haushaltsausgaben hätten im Jahre 1947 die reinen Besatzungskosten 28,1 Prozent und gegenüber dem Steueraufkommen 31,7 Prozent betragen. Für sämtliche Kriegsfolgelasten habe sich ein Prozentsatz von 35,9 bzw. 40,5 ergeben. Kreditbeschaffung sei dem Staate nicht möglich, die Lasten steigen ständig. In der gegen das Kultusmini-

sterium unternommenen Aktion komme eben die ganze Finanznot des Staates zum Ausdruck. Der Finanzminister verwies dann auf die Möglichkeit, von anderer Seite her Einnahmen für die notleidenden Kulturinstitute zu beschaffen. Er hob dabei vor allem die großen Einnahmen des Rundfunks hervor, die im Jahre 28 Millionen Mark betragen und von denen nach seiner Auffassung ein Betrag von ungefähr 20 Millionen für kulturelle Zwecke abgezweigt werden kann.

Staatssekretär Dr. Sattler trat dieser Auffassung mit der Feststellung entgegen, daß ein wesentlicher Teil der Rundfunktneinnahmen von der Post beansprucht wird. Vom Rundfunk sei ein so hoher Betrag nicht zu erwarten. Trotz aller Not müsse mit allen Mitteln versucht werden, die Kulturtradition Bayerns aufrechtzuerhalten. Denn was Bayern der zivilisierten Welt wertvoll mache, seien gerade seine kulturellen Einrichtungen. Sie lenkten auch alljährlich den Fremdenstrom nach München und nach Bayern. Eine Herabsetzung der Kosten des Theaters sei nur möglich, wenn das Niveau des Staatstheaters abgesenkt werde. Eine Schließung des Staatstheaters komme nicht in Frage; das hieße eine 150 Jahre alte Tradition abbrechen. Es müsse mit allem Ernst geprüft werden, ob nicht aus anderen Quellen Zuschüsse beschafft werden könnten. Der Staatssekretär verwies zum Schluß auf die verhältnismäßig sehr geringe Höhe — 0,24 Prozent — der für Kunst und Theater im bayerischen Staatshaushalt vorgesehenen Ausgaben.

Der Vorsitzende erklärte, das Echo, das der Vorschlag des Finanzministers nicht nur im Landtag, sondern auch im Volke gefunden habe, beweise, welch großen Wert Bayern auf die Erhaltung seines Staatstheaters legen muß. Bisher habe Bayern für seine kulturellen Einrichtungen viel getan; es müsse unter allen Umständen auf ihre Sicherung bedacht sein. Er verwies ebenfalls auf die hohen Besatzungskosten, die gesenkt werden müssen, wenn nicht das ganze kulturelle Leben Bayerns in Frage gestellt werden soll.

Der Abgeordnete Piehler vertrat die Auffassung, daß die Not des Volkes heute so groß sei, daß die Aufrechterhaltung der Theater in der bisherigen Form nicht mehr möglich sein werde, wenn nicht von anderer Seite, insbesondere vom Rundfunk her, Mittel beschafft werden könnten.

Der Mitberichtstatter schlug eine 10prozentige Erhöhung der Rennwettsteuer vor. Der Abgeordnete Zillibiller regte an, Zuschläge auf die Eintrittspreise zu Fußballspielen, Boxkämpfen usw. für kulturelle Zwecke zu erheben. Der Abgeordnete Dr. Stürmann verwies auf die Wechselwirkungen zwischen Kultur und sozialen Verhältnissen hin. Das gleiche tat der Abgeordnete Hausleiter, der auch auf die große Bedeutung kultureller Ausgaben für das politische Leben aufmerksam machte.

Der Abgeordnete Wimmer trat der pessimistischen Auffassung des Finanzministers entgegen. Die Steuereingänge im ersten Vierteljahr nach der Währungsreform seien doch wesentlich höher gewesen, als sie der Finanzminister geschätzt habe. Es sei zu hoffen, daß sie in Zukunft noch steigen werden. Der Redner wandte sich gegen das Palliativmittel der Besteuerung der Kinos und sonstigen Lustbarkeiten, die ohnedies durch die Lustbarkeitssteuer stark erfaßt seien, eine Steuer, die in den Städten sowieso schon sehr zurückgehe. Die Stadt Mün-

(Meigner [CSU])

chen gebe für die Staatsoper einen Zuschuß von 600 000 Mark. Für die eigenen Theater müsse sie jetzt 900 000 Mark aufwenden, so daß ein Zuschuß für das staatliche Schauspielhaus nicht mehr in Frage komme.

Staatsminister Dr. Kraus nahm zu den verschiedenen Finanzierungsvorschlägen Stellung und lehnte sie dem Wesen nach ab. Er verwies auch auf die allgemein gesunkene Steuermoral und auf die neuerdings gewährten Steuererleichterungen, die besonders für das Agrarland Bayern einen starken Rückgang der Steuern zur Folge haben würden.

Staatssekretär Dr. Sattler erklärte, auch von seiten des Theaters sei alles geschehen, um die Unkosten abzulassen. Er verwies insbesondere darauf, daß die wirkliche Ersparnis bei Schließung des staatlichen Schauspielhauses nur gering sei; sie betrage ungefähr 200 000 bis 300 000 DM. Demgegenüber stünden auf der Tagesordnung Anträge, die 80 bis 100 Millionen Mark erfordern. Es sei merkwürdig, daß über eine verhältnismäßig so geringe Summe eine stundenlange Debatte gepflogen werde, während andererseits Millionenbeträge bewilligt würden.

Schließlich beantragte der Mitberichterstatter, den Antrag bis zur Beratung des Nachtragshaushalts oder des Ordentlichen Haushalts zurückzustellen.

Der Berichterstatter beantragte, seinem Antrag mit dem Zusatz zuzustimmen:

Jedenfalls soll vor Beratung des Nachtrags zum Haushalt eine Entscheidung in dieser wichtigen Frage nicht getroffen werden.

Der Ausschuß trat diesem Antrag einstimmig bei. In dieser Form empfehle ich darum auch dem hohen Hause die Annahme.

I. Vizepräsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Ich eröffne die Aussprache. Zum Wort hat sich der Herr Abgeordnete Schneider gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Schneider (FDP): Meine Damen und Herren! Das deutsche und mit ihm das bayerische Volk ist arm geworden. Es gilt nun, die Güter zu erhalten, die wir noch in irgendeiner Form besitzen. Dazu zählen in erster Linie die kulturellen Güter unseres Volkes. Die Bemühungen, das Bayerische Staatsschauspiel um jeden Preis zu erhalten, werden wir unterstützen. Ich möchte nun aber ganz kurz auf die Notwendigkeit hinweisen, daß die Staatsregierung außerdem den Weg beschreitet, der dazu führen soll, auch die Provinztheater zu erhalten, soweit sie eine Tradition aufzuweisen haben. Wenn das Bayerische Staatsschauspiel eine 150jährige Tradition besitzt, besitzt das Coburger Theater eine 120jährige. Es hat sich über viele Notzeiten hinweg gehalten; ob es über die jetzige Notzeit hinwegkommen wird, bleibt eine Frage. Das hängt ganz von der Unterstützung der Staatsregierung ab. Es ist nicht Lokalpatriotismus, wenn ich für das Coburger Theater eintrete. Aber bedenken Sie, daß für das Ergebnis unserer Besprechungen über die Theater Bayerns das Coburger Theater doch eine wesentliche Rolle, eine Ausnahmestelle insofern spielt, als Coburg heute praktisch Grenzstadt geworden ist und man

von drüben auf uns herübersieht und jede Abminderung unseres kulturellen Willens propagandistisch ausnützt. Deshalb halte ich es für dringend erforderlich, daß sich der Landtag und die Staatsregierung überlegen, wie die Theater, insbesondere die heute so wichtig gewordenen Provinztheater, über die Not der Zeit hinwegkommen können.

Ich habe mich heute über die Erklärung der Staatsregierung gefreut, daß sie den Staatsvertrag zwischen Coburg und Bayern einhalten will. In diesem Staatsvertrag ist festgelegt, daß der Staat einen Teil der Lasten des Coburger Theaters trägt. Ich hoffe — das soll mein Appell sein —, die Erklärungen des Referenten und der Staatsregierung lassen sich dahin vereinigen, daß sich die Staatsregierung alle Mühe gibt, um das gefährdete Coburger Theater zu erhalten.

I. Vizepräsident: Zur Aussprache hat sich niemand mehr gemeldet. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Der Antrag des Ausschusses für den Staatshaushalt geht auf Zustimmung in folgender Fassung:

Nach Mitteilungen der Presse wird infolge finanzieller Schwierigkeiten die Schließung des Bayerischen Staatsschauspiels in München erwogen.

Der Landtag wolle beschließen, es sei die bayerische Staatsregierung zu ersuchen, alle Schritte zu unternehmen, um diese für das kulturelle Leben Bayerns unerträgliche Maßnahme hintanzuhalten und gleichzeitig auch für die Provinztheater den Fortbestand ihres Betriebes zu sichern. Jedenfalls soll vor Beratung des Nachtrags zum Haushalt eine Entscheidung in dieser wichtigen Frage nicht getroffen werden.

Wer für diesen Antrag des Ausschusses ist, behalte Platz; wer dagegen ist, wolle sich vom Platz erheben. — Ich stelle die einhellige Zustimmung des Hauses fest.

Herr Abgeordneter Dr. Ziegler hat gebeten, noch eine Erklärung abgeben zu dürfen. Ich erteile ihm hiezu das Wort.

Dr. Ziegler (fraktionslos): Seit dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie im Jahre 1918 kämpften die Sudetendeutschen um die Anerkennung des allen Völkern der Welt feierlich zugesicherten Rechtes der Selbstbestimmung, zu dem sich schon vor und während des ersten Weltkrieges die alliierten und assoziierten Mächte und in der Folgezeit alle Nationen der zivilisierten Welt mit ihren bedeutendsten Staatsmännern einschließlich eines Lenin und Stalin bekannten. Dieses Recht der Völker wurde weiterhin feierlich in der Atlantik-Charta proklamiert und in den Erklärungen des großen Präsidenten des amerikanischen Volkes Roosevelt vom 10. Mai 1940, vom 6. Januar 1941, vom 6. Januar 1942 und vom 24. März 1944 besonders betont und herausgestellt.

Daneben haben sich im Laufe der Jahrhunderte Rechte durchgesetzt, die heute allen Nationen der Welt als heilig und unantastbar gelten. Diese Menschenrechte fanden vor 1½ Jahrhunderten bereits Eingang in die amerikanische Verfassung, wurden dann von allen Kulturvölkern übernommen und sind heute Bestandteil des Völkerrechts. Zu ihnen gehört in erster Linie die Humanität, die Menschlichkeit. Sie fand internationale Anerkennung bereits in der Haager Landkriegsordnung vom

(Dr. Ziegler [fraktionslos])

Jahre 1907, ihre Durchsetzung war Kriegsziel der Vereinten Nationen im letzten Weltkrieg — ich verweise auf die Erklärungen des Präsidenten Roosevelt vom 6. Januar 1941, vom 20. Juni 1941, vom 6. Januar 1942, vom 24. Dezember 1943 und vom 24. März 1944 —, sie fand ihren gesetzlichen Niederschlag im Londoner Statut vom 8. August 1945, in dem gemäß Art. 6 Abs. c Mord, Ausrottung, Versklavung, Deportation oder andere unmenschliche Handlungen, begangen aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen, als Verbrechen gelten, sie ist Deliktstatbestand in Verfahren vor internationalen Gerichten, war erst jetzt wieder Gegenstand der Beratung und Neuformulierung in der UN-Kommission für soziale, humanitäre und kulturelle Probleme und fand ihre Enddefinition und neuerliche Anerkennung in der „Internationalen Erklärung über die Menschenrechte“ mit ihren 27 Artikeln. Trotz dieser klaren Rechts- und Sachlage verweigert die Welt der sudetendeutschen Volksgruppe mit ihren 3 1/2 Millionen Menschen auf geschlossenem, seit einem Jahrtausend eigenem Grund und Boden das Recht, über ihr Geschick selbst zu bestimmen, ja sie gab sogar die Einwilligung und Zustimmung, daß diese Menschen ihrer irdischen Güter beraubt und aus der tausendjährigen Heimat vertrieben werden durften. Diese Ausreibung mitsamt ihren Begleiterscheinungen ist ein Hohn auf die Menschenrechte und schreit den Unrechts wegen zum Himmel. Viele tausend, darunter Kinder im Säuglings- und unmündigen Alter, wurden gemartert und gemordet, Tausende geknechtet, versklavt und deportiert, Tausende schmachten heute noch in den Kerker oder sind Objekte eines modernen Sklavenhandels. Und das alles wegen ihrer Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk — dem deutschen.

Als parlamentarischer Vertreter und Angehöriger des sudetendeutschen Volkes, das — seit der Ausweisung aus der Heimat in alle Winde zerstreut — in der Hauptmasse in Bayern das Leben fristet, lege ich gegen diese beispiellose und unfassbare Vergeßlichkeit ein ganzes Volkes Verwahrung ein und appelliere

1. an die Welt, an die derzeit in Paris versammelten Vertreter der UN, an die Sieger des letzten großen Krieges und bitte sie, das dem sudetendeutschen Volk zugefügte Unrecht gutzumachen, ihm wie allen anderen, auch den kleinsten Völkern in der Welt, das Recht der freien Bestimmung einzuräumen, ihm die altangestammte Heimat zurückzugeben und bis dahin für die in der Heimat zwangsweise zurückgehaltenen Deutschen die Anerkennung der Menschenrechte durchzusetzen;
2. an alle Kirchen der Welt, sich dafür einsetzen zu wollen, daß im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit das meinem Volke widerfahrte Unrecht ehestens gutgemacht werde;
3. an das deutsche Volk, dieses hohe Haus und die Regierung des Freistaates Bayern, bei jeder Gelegenheit die Welt, besonders die Militärregierung auf das meinem Volke zugefügte Unrecht hinzuweisen und ihre Verwendung und Intervention für Wiedergutmachung zu erbitten.

Zugleich wende ich mich an das bayerische Volk mit der eindringlichen Bitte, den Lebensforderungen der Heimatvertriebenen überhaupt mehr Wert zu setzen und mehr

Aufgeschlossenheit entgegenzubringen, als dies bisher vielfach der Fall war. Wir sind nicht freiwillig und gerne hierher gekommen, sondern nur auf Grund eines harten Muß. Wir sind auch nicht infolge eigener Schuld obdach-, existenz-, brot- und freudlos, sondern als Teil des deutschen Volkes. Gelingt es nicht, das Flüchtlingselend in den Grenzen der Möglichkeiten wenigstens zu lindern, dann ist die Zukunft des ganzen Volkes in Frage gestellt. Wir wollen mit ehrlicher Absicht und eingedenk der Schwierigkeiten an die Dinge herangehen, die unaufschiebbar sind. Ich wünsche und hoffe, daß auf der Gegenseite die gleiche Bereitwilligkeit herrscht.

I. Vizepräsident: Das Haus nimmt diese Erklärung zur Kenntnis.

Die Plenarsitzung wird um 15 Uhr fortgesetzt.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 10 Minuten unterbrochen.)

Die Sitzung wird um 15 Uhr 10 Minuten durch den I. Vizepräsidenten wieder aufgenommen.

I. Vizepräsident: Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Ich habe dem hohen Hause den Beschluß des Ältestenrats mitzuteilen, als Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehrsfragen an Stelle des bisherigen Vorsitzenden, des Abgeordneten Stiller, den Abgeordneten Brunner vorzuschlagen.

(Schesbeck: Zur Geschäftsordnung!)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Chesbeck.

Schesbeck (CSU): Nach der Geschäftsordnung und der bisherigen parlamentarischen Übung wählt der Ausschuß selbst seinen Vorsitzenden, nicht das Plenum.

I. Vizepräsident: Wir nehmen dies zur Kenntnis. Ich bitte dann den stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses, diese Angelegenheit zu regeln.

(Dr. Binnert: Was der Abgeordnete Chesbeck sagt, stimmt nicht ganz. Mindestens muß ein anderer Abgeordneter der betreffenden Partei in den Ausschuß entsendet werden. Das geschieht hier. Dann kann der Ausschuß bestimmen, wer Vorsitzender ist.)

Die Angelegenheit wird im Verkehrsausschuß geregelt werden.

Sodann hat der Ältestenrat beschlossen, den Ausschußvorsitzenden nahezu legen, an den Montagen und Samstagen möglichst keine Ausschußsitzungen zu halten.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein und fahren fort mit dem

Bericht des Wirtschaftsausschuß-Vorsitzenden Abgeordneten Chesbeck über den Empfang der Gewerkschaften am 15. September 1948 durch den Wirtschaftsausschuß anlässlich der Preissteigerungen; hiezu Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag des Abgeordneten Chesbeck betreffend Maßnahmen zur Unterbindung von ungerechtfertigten Preissteigerungen (Beil. 1803).

Zunächst erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Chesbeck.

Schefbeck (CSU): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Der Bayerische Gewerkschaftsbund hat am 25. August 1948 zu einer Massenprotestkundgebung auf dem Königsplatz in München gegen die nach der Währungsumstellung eingetretenen Preissteigerungen aufgerufen. Dort wurde eine Entschliebung gefaßt, in welcher unter anderem der Erlaß eines Preiswuchergesetzes gefordert wird. In der Entschliebung wird ferner gefordert, daß der Bayerische Landtag zu der Entschliebung Stellung nehmen und vor seiner Stellungnahme eine Abordnung der Gewerkschaften zum Vortrag ihrer Forderungen empfangen solle.

Da zur Behandlung des Preisproblems der Wirtschaftsausschuß des Landtags zuständig ist, habe ich diesem Ausschuß als sein Vorsitzender die Entschliebung der Gewerkschaftskundgebung zur Kenntnis gebracht. Der Ausschuß hat dann auf meinen Vorschlag hin beschlossen, eine Unterkommission von fünf Mitgliedern mit mir als Vorsitzendem zu bestellen, welche die Gewerkschaftsabordnung empfangen und anhören solle. Dieser Empfang der Gewerkschaftsabordnung fand am 15. September 1948 vormittags 11 Uhr im Landtagsamt statt. Die Gewerkschaftsabordnung stand unter Führung des Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, unseres Kollegen Hagen Lorenz, seines Stellvertreters Schiefer und des Bundessekretärs Wöbner. Eingang wurde der Passus der Resolution zur Sprache gebracht, in welcher man erklärte, daß neben der Staatsregierung, dem Senat usw. alle Abgeordneten über die Forderungen der Gewerkschaften befragt werden sollten und daß jeder der also Befragten, der es ablehnen sollte, zu den gestellten Forderungen Stellung zu nehmen, damit zum Ausdruck brächte, daß er auf der Seite der Preiswucherer gegen die Interessen der schaffenden Massen stehe.

(Zuruf: Unverschämtheit!)

Ich wies als Vorsitzender darauf hin, daß dieser Passus als nicht sehr glücklich bezeichnet werden könnte und abgelehnt werden müßte. Von den Sprechern der Gewerkschaftsabordnung wurde einmütig zum Ausdruck gebracht, daß die Preissteigerungen für alle Güter des lebenswichtigen Bedarfs einen derartigen Umfang angenommen haben, daß die schlimmsten sozialen Erschütterungen zu befürchten seien. Durch die Preissteigerungen sei die Kaufkraft der Löhne derart vermindert, daß ein großer Teil des Volkes seinen lebenswichtigen Bedarf an Wirtschaftsgütern nicht mehr decken könne. Sie ersuchten den Bayerischen Landtag um beschleunigte Abhilfe und um Beseitigung dieses Mißstandes.

Ich erklärte als Kommissionsvorsitzender, daß sich der Wirtschaftsausschuß in seiner nächsten Sitzung mit dem Preissteigerungsproblem beschäftigen und der Vollversammlung des Landtags entsprechende Vorschläge unterbreiten werde. Ich wies auch darauf hin, daß die Zuständigkeit des Landtags im vorliegenden Falle äußerst beschränkt sei. Die Preisbildung und Preisüberwachung sei durch die Proklamation Nr. 5 der amerikanischen Militärregierung ausschließlich der Zweizonenwirtschaftsverwaltung in Frankfurt übertragen worden. Der Bayerische Landtag könne nur über die Staatsregierung und diese im Länderrat der Zweizonenwirtschaftsverwaltung auf die Frankfurter Entscheidungen Einfluß nehmen. Der weiter mögliche Einfluß auf die Abgeordneten des Wirtschaftsrates sei Sache der politischen Parteien.

Der Wirtschaftsausschuß hat sich dann in seiner Sitzung vom 17. September 1948 mit der Resolution der Gewerkschaften und dem Problem der Preissteigerungen eingehend befaßt und einen diesbezüglichen Antrag angenommen, der dem hohen Hause heute zur Annahme vorliegt und über den Ihnen Abgeordneter Emmert als Berichterstatter referieren wird.

I. Vizepräsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Emmert das Wort zur Berichterstattung über den Antrag des Abgeordneten Schefbeck auf Beilage 1803.

Emmert (CSU) [Berichterstatter]: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Bayerischen Landtags vom 17. September 1948 gab der Vorsitzende zunächst einen kurzen Umriss der mit den Gewerkschaften am 15. September 1948 gepflogenen Verhandlungen.

Der Abgeordnete Hagen Lorenz legte nochmals eingehend die Stellungnahme der Gewerkschaften dar, welche in den bekannten in der Presse veröffentlichten acht Programmpunkten gipfelt. Er geißelte das bisherige Verlagen amtlicher Bekämpfung der Preistreiberi und verwies in diesem Zusammenhang auf den veröffentlichten Preispiegel, von dem das schaffende Volk nach seinem bisherigen Einkommen praktisch keinen Nutzen hatte. Mit der Feststellung der ungeheuren Diskrepanz zwischen Löhnen und Preisen fand er allgemeine Zustimmung.

Der Abgeordnete Krempf betonte, daß das Schwergewicht nicht in Bayern, sondern in Frankfurt liege. Dort müsse der Hebel angefaßt werden. Zweifellos gebe es auch im Handel Elemente, die das Ansehen des seriösen Kaufmanns schädigen. Der Handel distanziere sich mit aller Entschiedenheit von einem Geschäftsgebaren, das der Volkswirtschaft schädlich sein könnte.

Der Abgeordnete Piechl verlangte ein stärkeres Durchgreifen der Staatsorgane. Er wies darauf hin, daß schon wieder Aufkäufer aus West- und Norddeutschland in Bayern zu Hause seien, nicht nur um Lebensmittel fortzuschaffen, sondern auch um gleichzeitig die Preise in die Höhe zu treiben.

(Dr. Hundhammer: Scheinbar sind die Lebensmittel außerhalb Bayerns noch teurer als bei uns!)

Der Abgeordnete Emmert knüpfte hierauf an die Ausführungen des Abgeordneten Hagen an und stimmte ihnen zu. Die Währungsreform sei bisher auf Kosten des Spartapitals gegangen. Zu gleicher Zeit zögen aber die Preise auf allen Gebieten an, so daß damit die verbliebene Kaufkraft praktisch noch einmal zusammenschmelze. Wenn der Sparwille, schon immer die Kreditquelle unserer Wirtschaft, durch solche Methoden vollends getötet werde, so werde die blutleere deutsche Wirtschaft den ausländischen Kreditbedingungen restlos ausgeliefert. Das Lohn- und Preisgefälle zwischen Bayern und Westdeutschland bedürfe größter Aufmerksamkeit, wenn die bayerische Wirtschaft nicht erneut geschädigt werden solle. Die Arbeitskraft habe nicht horten können. Es verdichte sich im Volke immer mehr die Überzeugung, als ob alle bisherigen Handlungen, noch mehr aber die Unterlassungssünden darauf hinauslaufen, die Kapitalgüter zu bevorzugen beziehungsweise für sie günstigere Positionen für den Lastenausgleich vorzubereiten.

(Emmert [CSU])

Frau Abgeordnete Dr. Probst lenkte die Aufmerksamkeit auf die ungeheure Diskrepanz zwischen den Leistungen der sozialen Fürsorge aller Schattierungen und dem Preisniveau. Sie verlangte langfristige und billige Kredite für industrielle Betriebe, eventuell mit Hilfe des Marshall-Plans.

Der Abgeordnete Weidner betonte, daß alle Preisfragen nur auf bizonaler Basis geregelt werden könnten, während die Frau Abgeordnete Gröber fragte, ob es für die armen Leute nur Punkte, für die Reichen aber die freie Wirtschaft gebe.

Der Abgeordnete Piehler verwies auf die schon wieder erkennbaren Hortungstendenzen und geißelte das Verhalten mehrerer Obstgroßhändler der hiesigen Großmarkthalle. Wer horte, betrüge auch den Staat durch offenkundige Steuerhinterziehungen.

Der Abgeordnete Dr. Beck bestritt, daß Angebot und Nachfrage wieder den Preis regeln könnten. Das heute geltende Gesetz des Dschungels sei unmoralisch in höchster Potenz. Er könne die CSU von der Verantwortung für die nun allgemein beklagte wirtschaftliche Entwicklung nicht freisprechen. In Holland seien die Eier heute noch rationiert, während man sie bei uns freigab mit dem Erfolg, daß sie fürs Volk unerschwinglich wurden.

Der Abgeordnete Emmert begrüßte das Bestreben, alle Fragen immer mehr auch vom sozialen Standpunkt aus zu behandeln. Er stellte fest, daß zwischen an sich richtiger Wirtschaftstheorie und davon abweichender Praxis unterschieden werden müsse. Die CSU habe Professor Dr. Erhard keinen Blankowechsel ausgestellt.

Staatssekretär Geiger verwies in seiner kritischen Beleuchtung aller Fragen auf die Proklamation Nr. 5, wonach die Preisbildung ausschließlich der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt vorbehalten ist. Kein Zweifel, daß man dort von der Entwicklung nach der Währungsreform selbst überrascht wurde. Daher auch das Bemühen, durch das Gesetz gegen Preistreiberei einen wirksamen Riegel vorzuschieben. Durch drei Gegenmaßnahmen hoffe man, auf die Entwicklung wieder Einfluß zu gewinnen:

a) durch die regelmäßige Veröffentlichung des Preisspiegels, welche sowohl dem Produzenten als auch dem Konsumenten dienen soll;

b) durch Produktionsprogramme für die Wirtschaft, wonach hauptsächlich Bedarfsgüter in großem Ausmaß billigst in guter Qualität auf den Markt geworfen werden sollen;

c) indem man die STEG-Waren, auf einzelnen Gebieten immerhin bedeutende Mengen, mit vorgeschriebenem Preis bis zum letzten Verbraucher durchsteuert.

Auch die Gewerkschaften könnten viel dazu beitragen, die Kaufdisziplin zu stärken und Preiserhöhungen möglichst abzustoppen. Bayern könne zur praktischen Lösung der Frage nur insofern beitragen, als es seinen ganzen Einfluß in Frankfurt dahin geltend macht, daß das Preistreibergesetz wirksamer gestaltet wird, obwohl politische Maßnahmen allein kaum den gewünschten Erfolg zeitigen werden.

Die Diskussion über die Streichung des Wortes „unlauter“ in § 1 des Gesetzes und über die genauere Festlegung des Begriffs „unangemessene Entgelte“ findet ihren Niederschlag in dem dem Hause vorliegenden An-

trag des Abgeordneten Schefbeck (Beilage 1803), erweitert durch einen Zusatzantrag von Frau Dr. Probst über die Bereitstellung langfristiger und billiger Kredite. Der Antrag Schefbeck samt dem Zusatzantrag Dr. Probst wurde mit 12 gegen 4 Stimmen angenommen. Abgeordneter Dr. Beck bezieht sich namens seiner Fraktion vor, einen eigenen Antrag zu den besprochenen Fragen im Plenum einzubringen, um so den eingangs erwähnten acht Forderungen der Gewerkschaften mehr Wirksamkeit zu verleihen.

I. Vizepräsident: Ich eröffne die Aussprache.

(Zietsch: Zur Geschäftsordnung!)

Herr Abgeordneter Zietsch zur Geschäftsordnung!

Zietsch (SPD): Meine Damen und Herren! Die Angelegenheit, die hier behandelt werden soll, ist unserer Auffassung nach derart wichtig, daß sie sehr gründlich besprochen werden muß. Es braucht wohl kaum bemerkt zu werden, daß draußen im Lande gerade die Preissteigerungen größte Erregung ausgelöst haben. Dies wissen Sie alle selbst. Wir halten es daher nicht für möglich, daß eine solch wichtige Aussprache stattfinden kann, wenn die Staatsregierung abwesend ist und nur vom Staatssekretär im Wirtschaftsministerium vertreten wird. Wir halten es auch für durchaus unschön, daß die Staatsregierung durch dieses Benehmen nahezu ihre Gleichgültigkeit gegenüber dieser Frage zum Ausdruck zu bringen scheint. Wir bitten deshalb, diese Aussprache bis morgen vormittag zu vertagen, damit die Staatsregierung, vor allem der Herr Wirtschaftsminister, Gelegenheit hat, hier anwesend zu sein.

I. Vizepräsident: Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Zietsch möchte ich folgendes feststellen: Dem Herrn Ministerpräsidenten ist es mit Rücksicht auf eine dienstliche Angelegenheit noch nicht möglich gewesen, persönlich zu erscheinen. Er hat mich hievon in Kenntnis gesetzt. Gleichzeitig ist Herr Staatsminister Dr. Antermüller dienstlich verhindert. Der Vorwurf des Herrn Abgeordneten Zietsch trifft also auf diese Herren bestimmt nicht zu.

(Zietsch: Auch der Herr Landwirtschaftsminister und Herr Wirtschaftsminister fehlen! —

Dr. Hundhammer: Ich bitte ums Wort!)

— Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Zur Behandlung dieser Frage ist in erster Linie das beteiligte Ressortministerium, also hier das Wirtschaftsministerium, zuständig. Das Wirtschaftsministerium ist durch den Staatssekretär vertreten, der als politischer Staatssekretär in diesem Ministerium sitzt und ausdrücklich den Minister zu vertreten hat. Es könnte sodann in zweiter Linie die Anwesenheit des Ministerpräsidenten verlangt werden. Dieser ist aber aus Gründen entschuldigt, gegen die wohl kaum etwas einzuwenden sein wird. Deshalb möchte ich von meiner Fraktion aus die Behauptung, daß das Kabinett dieser Frage nicht das notwendige Interesse entgegenbringt, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Ich bitte, daß jetzt der Herr Vertreter des Wirtschaftsministeriums spricht. Wenn wir ihn als Vertreter des Ministeriums gehört haben, werden wir uns darüber

(Dr. Hundhammer (CSU))

schlüssig werden, ob eine Vertagung der weiteren Beratung zweckmäßig erscheint oder nicht.

(Dr. Hoegner: Zur Geschäftsordnung!)

I. Vizepräsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD): Ich würde dem hohen Hause vorschlagen, diesen Punkt der Tagesordnung zurückzustellen, bis der Herr Wirtschaftsminister selbst Gelegenheit hat, hier anwesend zu sein. Es entspricht nicht den Gepflogenheiten des Hauses, wenn eine große Fraktion eine Zurückstellung wünscht, diesem Wunsche entgegenzutreten. Vielleicht ist es zweckmäßig, zunächst einen anderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Wir haben noch eine ganze Reihe von Angelegenheiten, die vorweg erledigt werden können. Bis dahin besteht dann vielleicht die Möglichkeit, daß der Herr Wirtschaftsminister selbst zu diesem Gegenstande Stellung nimmt.

(Dr. Hundhammer: Ich bitte ums Wort.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Mir ist bekannt, daß der Herr Staatssekretär im Wirtschaftsministerium zu dieser Frage beachtliche Mitteilungen zu machen hat. Nachdem er ausdrücklich hiezu beauftragt ist, wünscht meine Fraktion, daß er angehört wird.

I. Vizepräsident: Ich werde in der Zwischenzeit nachfragen lassen, ob es dem Herrn Ministerpräsidenten möglich ist, baldigst hierher zu kommen. Ich würde Sie daher bitten, damit einverstanden zu sein, daß wir zunächst den Vertreter des Wirtschaftsministeriums, Herrn Staatssekretär Geiger, hören.

(Zietsch: Ich bitte ums Wort.)

Herr Abgeordneter Zietsch!

Zietsch (SPD): Ich beantrage, gemäß dem Vorschlag von Herrn Dr. Hoegner die Angelegenheit zunächst zurückzustellen. Unsere Tagesordnung ist noch keineswegs erschöpft. Wir können dann im Laufe des Nachmittags die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Geiger hören. Es ist durchaus möglich, daß der Herr Ministerpräsident inzwischen hierher kommen kann.

(Zuruf.)

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer!

Dr. Hundhammer (CSU): Ich widerspreche diesem Vorschlag und bleibe dabei, daß es zweckmäßig erscheint, zunächst die Mitteilungen des Herrn Vertreters des Wirtschaftsministeriums zu hören.

(Dr. Hoegner: Ich bitte ums Wort.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD): Ich bedauere es außerordentlich, wenn meinem Vermittlungsvorschlag entgegengetreten wird, den ich in dieser Angelegenheit um des Friedens des Hauses willen gemacht habe. Ich ersuche den Vorsitzenden der CSU-Fraktion, diesem unserem ziemlich

bescheidenen Wunsche entgegenzukommen. Wir können einstweilen andere Punkte behandeln. Wenn der Herr Ministerpräsident dann hier ist, kann mit der Beratung dieser außerordentlich bedeutsamen Frage begonnen werden.

I. Vizepräsident: Herr Dr. Hundhammer, ich möchte Sie bitten, zuzustimmen, daß zunächst die Ziffer 6 b 2 und 3 der Tagesordnung behandelt wird. Mittlerweile lasse ich anfragen, ob es dem Herrn Ministerpräsidenten möglich ist, baldigst im Hause zu erscheinen. Er wird wohl auch ein Interesse daran haben, die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs zu hören.

Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer!

Dr. Hundhammer (CSU): Der Herr Ministerpräsident ist über die Tatsachen, die der Herr Staatssekretär vorzutragen hat, bereits im Bilde. Ich sehe also nicht ein, warum er bei den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs unbedingt anwesend sein müßte. Andererseits muß ich sagen, daß die gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe und Angriffe mich veranlaßt haben, diese Haltung einzunehmen.

I. Vizepräsident: Sie sind also damit einverstanden, Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer, daß ich so verfare?

(Dr. Hundhammer: Aber nur damit, daß dieser eine Punkt der Tagesordnung inzwischen behandelt wird.)

— Ich rufe dann auf den

Mündlichen Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hoegner und Genossen betreffend Bereitstellung von Mitteln für die von Typhusepidemien heimgesuchte Stadt Neuötting (Beilage 1858);

b) zu dem Antrag der Frau Abgeordneten Dr. Probst betreffend Bereitstellung ausreichender Mittel zur Verhütung weiterer Typhusepidemien in Bayern (Beilage 1859).

Berichterstatterin ist Frau Dr. Probst. Ich bitte sie, das Wort zu ergreifen.

Dr. Probst (CSU) [Berichterstatterin]: Meine Damen und Herren! Es handelt sich zunächst um den Antrag der Abgeordneten Dr. Hoegner und Genossen betreffend Bereitstellung von Mitteln für die von Typhusepidemien heimgesuchte Stadt Neuötting (Beilage 1751). Berichterstatter war im Ausschuß Abgeordneter Dr. Winkler, Mitberichterstatter Abgeordneter Wimmer.

Der Berichterstatter gab seiner Erschütterung über das Ausmaß der Typhusepidemie in Neu- und Altötting Ausdruck. Er schilderte an Hand der einschlägigen Eingaben des Bayerischen Städteverbandes und des Bürgermeisters von Neuötting die Ursachen des Unglücks, die in der Verunreinigung der Wasserleitung, bedingt durch das Aufeinanderliegen der Wasser- und Abwasserrohre, und des Möhrenbaches zu suchen sind. In der Zeit vom November 1946 bis Mai 1948 seien nahezu tausend Personen erkrankt, von denen 77 starben, während 311 als geheilt entlassen werden konnten. Durch diese Katastrophe seien den Gemeinden und dem Landkreis so ungeheure Aufwendungen erwachsen, daß ihnen der Staat unbedingt helfen müsse. Der Bayerische Städte-

(Dr. Probst [CSU])

verband berechne die ungedeckten Ausgaben zum 1. August 1948 auf rund 100 000 DM. Zuschüsse hätten bisher gewährt das Staatsministerium des Innern mit 20 000 DM und die Allgemeine Ortskrankenkasse Neuötting mit 10 000 DM, so daß am 1. August noch 70 000 DM ungedeckt waren. Altötting benötige für die zur Seuchenbekämpfung eingerichteten Hilfskrankenhäuser 30 000 DM. Der Stadtrat Neuötting und das Landratsamt hätten einen voraussichtlichen Bedarf von 200 000 bis 250 000 DM errechnet und um Übernahme dieser Kosten auf die Staatskasse gebeten. Bis zum rechnungsmäßigen Nachweis des Fehlbetrags sollten Vorschüsse gewährt werden. Der Berichterstatter bat die Staatsregierung um Aufschluß, welche Vorschüsse bisher geleistet wurden. Zur Beseitigung der Ursachen der Epidemie seien auch langfristige Kredite notwendig. Das vorliegende Projekt erfordere in seinem ersten Bauteil 65 000 DM, im zweiten 92 000 DM und im dritten 111 000 DM. Der Berichterstatter gab dann an Hand der Darlegungen des Berichts der Behördenvertreter, die unter der Leitung von Medizinaldirektor Dr. Aub von der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums Untersuchungen vorgenommen haben, Aufschluß über die Ursachen der Epidemie und stellte fest, daß zur Hintanhaltung weiterer Gefahren unbedingt für eine hygienische Abwässerbeseitigung sowie eine einwandfreie Wasserversorgung und eine Sanierung des Möhrenbachs gesorgt werden muß.

Der Mitberichterstatter hielt es für selbstverständlich, daß der Landtag helfend einspringt; denn weder die Gemeinden noch der Landkreis könnten diese außerordentlichen Ausgaben tragen. Das Vordringlichste sei die sofortige Schaffung einer einwandfreien Wasserversorgung und Abwässerbeseitigung. Auch hiezu würden Landkreis und Gemeinden kaum in der Lage sein, so daß ihnen zunächst ein entsprechender Kredit gewährt werden muß. Inwieweit dieser dann in einen Zuschuß umgewandelt werden kann, entziehe sich seiner Beurteilung.

Abgeordneter Dr. Hoegner stellte heraus, daß bei Schaffung des Gesetzes, das die Gemeinden zur Tragung der Kosten bei Seuchen verpflichtet, niemand daran gedacht habe, daß in unserer Zeit eine derartige Epidemie überhaupt noch möglich sei. Die Epidemie habe zunächst 50 Todesopfer gefordert und bei ihrem Wiederaufleben 93. Die Seuche sei durchaus noch nicht erloschen. Man könne sich von dem Ausmaß des Unglücks kaum eine richtige Vorstellung machen. Verschiedene Bauernhöfe seien verödet, viele Waisenkinder müßten betreut werden. Das Wichtigste sei die Beseitigung der Ursachen, die zur Epidemie geführt haben, was schon bei ihrem ersten Auftreten hätte geschehen müssen, aber wohl in einem gewissen Optimismus versäumt wurde. Der Redner begrüßte es, daß die Staatsregierung Neuötting schon mit namhaften Mitteln unterstützte. Er setzte sich auch für die in dem Zusatzantrag Mayer Gabriel geforderte Hilfeleistung für Altötting ein.

Frau Dr. Probst erblickt in dem Umstand, daß die Wasserversorgung in ganz Bayern infolge des Krieges sehr gelitten hat, einen außerordentlichen Gefahrenherd, zumal bei der Überbelegung der Gemeinden mit Flüchtlingen. Sie verwies insbesondere auf die Zustände in Unterfranken. Dem Landesamt für Wasserversorgung müßten unbedingt die nötigen Mittel zur Verfügung

gestellt werden, damit es die notwendigen Instandsetzungen an den Wasserleitungen und auch Neuerstellungen ausführen könne. Bedauerlicherweise seien aber im Gegenteil die Mittel des Landesamts so gekürzt worden, daß es den Beamten nicht einmal mehr möglich ist, Besichtigungsfahrten vorzunehmen, wenn die Gemeinden nicht selbst die Reisekosten tragen.

Der Vorsitzende bestätigte die für ganz Bayern bestehende Seuchengefahr. Auch in seinem Landkreis seien schon Typhuserkrankungen infolge der Mängel in der Wasserversorgung aufgetreten.

Regierungsdirektor Dr. Barbarino gab sodann Aufschluß über die bisherigen Leistungen der Staatsregierung.

Abgeordneter Dr. Hoegner änderte mit Rücksicht darauf, daß der Staat den Gemeinden bereits mit erheblichen Mitteln beigeprungen ist, seinen Antrag wie folgt:

Die Staatsregierung wird ersucht, der in kurzer Frist schon zweimal von einer schweren Typhusepidemie heimgesuchten Stadt Neuötting weiterhin Hilfe angedeihen zu lassen und durch Bereitstellung von weiteren Mitteln aus dem Außerordentlichen Staatshaushalt an der Beseitigung der Ursachen der Epidemie mitzuwirken.

Er hielt es auch für zweckmäßig, die beiden vorliegenden Anträge miteinander zu verbinden.

Frau Dr. Probst bat um Aufschluß, welche Mittel dem Landesamt für Wasserversorgung nach dem Staatshaushaltsplan 1948 im Vergleich zum Jahre 1947 bzw. zu den Friedenszeiten zur Verfügung stehen. Regierungsdirektor Dr. Barbarino gab die hiezu einschlägigen Zahlen bekannt.

Frau Dr. Probst beantragte daraufhin:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung ist zu ersuchen, dem Bayerischen Landesamt für Wasserversorgung ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit durch Reparaturen und Neubau von Wasserleitungen der Ausbruch weiterer Typhusepidemien in Bayern verhütet wird.

Nachdem Regierungsdirektor Dr. Barbarino darauf verwiesen hatte, daß im Haushaltsplan des Landesamts keine Zweckausgaben vorgesehen sind, regte Abgeordneter Dr. Hoegner an, im Antrag zu sagen: „... aus dem Außerordentlichen Haushalt oder aus sonstigen zur Verfügung stehenden Mitteln...“

Der Mitberichterstatter beantragte Zustimmung zu dem geänderten Antrag samt Zusatzantrag.

Der Berichterstatter schloß sich diesem Antrag an und legte besonderen Wert darauf, daß Wasserleitung und Kanalisation ehestens in Ordnung gebracht werden, damit nicht im kommenden Winter oder Frühjahr eine neue Epidemie ausbricht. Er verwies darauf, daß auch in Sulzbach-Rosenberg schon eine Typhusepidemie auszubrechen drohte, so daß es dringend notwendig sei, daß das Landesamt für Wasserversorgung überall nach dem Rechten sieht.

Regierungsdirektor Seiberger stellte fest, daß sich die umfangreichen Arbeiten in Neuötting vor allem durch den Arbeitermangel verzögerten. Nachdem aber der erste Abschnitt im Juli beendet werden konnte, sei die größte Not behoben. Leider könnten die Gemeinderäte, der Feuerlöschfonds und die Versicherungskammer keine Zu-

(Dr. Probst [CSU])

schüsse geben. Trotzdem werde es möglich sein, Neuötting zu sanieren. Im Jahre 1947 habe die Zahl der Seuchenträger das Siebzehnfache der Friedenszeit betragen. Die Seuchengefahr sei also ganz ungeheuer gestiegen. Trotz aller Bemühungen sei es nicht möglich gewesen, an den Wasserleitungen, die während des Krieges sehr vernachlässigt wurden, die notwendigen Reparaturen auszuführen, weil vor allem die Materialien nicht zur Verfügung standen. Bayern stehe da ein sehr großes Programm bevor; denn sämtliche Ortschaften müßten ihre Anlagen erweitern, da die Anforderungen an die Wasserwerke um 50 bis 100 Prozent gestiegen sind. Dann würden sehr viele Anträge auf staatliche Unterstützung einlaufen.

Abgeordneter **Dr. L o p h** verlangte, daß mit Rücksicht auf die große Seuchengefahr — er verwies auch auf die Zunahme der spinalen Kinderlähmung, von der vor allem Erwachsene betroffen werden — die Hauseigentümer angehalten werden sollten, für eine bessere Reinigung der Höfe usw. zu sorgen.

Abgeordneter **B i c k e d e r** forderte zur Berringerung der Seuchengefahr eine entsprechende Lösung des Flüchtlingsproblems.

Der **Vorsitzende** gab folgende Neufassung des Antrags bekannt:

Die Staatsregierung wird ersucht, der in kurzer Frist schon zweimal von einer schweren Typhusepidemie heimgesuchten Stadt Neuötting weiterhin Hilfe angedeihen zu lassen und nötigenfalls durch weitere Bereitstellung von Mitteln aus dem Außerordentlichen Staatshaushalt an der Beseitigung der Ursachen der Epidemie mitzuwirken. Ebenso möge die Staatsregierung der in Auswirkung der Typhusepidemie in Neuötting finanziell schwer belasteten Stadt Alttötting durch weitere Bereitstellung von Mitteln aus dem Außerordentlichen Staatshaushalt zu Hilfe zu kommen.

Der Ausschuß nahm den Antrag in dieser Fassung einstimmig an, ebenso folgenden Zusatzantrag Dr. Probst:

Die Staatsregierung ist zu ersuchen, aus dem Außerordentlichen Haushalt oder sonstigen Quellen ausreichende Mittel bereitzustellen, um durch Reparaturen und Neuerstellungen von Wasserleitungen und Kanalisationsanlagen den Ausbruch weiterer Typhusepidemien in Bayern zu verhüten.

I. Vizepräsident: Ich danke der Frau Abgeordneten Dr. Probst.

Ich eröffne die Aussprache. Zum Wort ist niemand gemeldet. — Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag des Ausschusses auf Beilage 1858 ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich stelle die einheitliche Zustimmung des Hauses fest.

Damit sind die einschlägigen Eingaben Nr. 3768 und Nr. 3988 erledigt. Widerspruch erhebt sich nicht. — Ich stelle dies fest.

Sie haben ferner den Antrag des Ausschusses auf Beilage 1859 gehört, der auf Zustimmung lautet. Ich lasse darüber abstimmen.

Wer für den Antrag des Ausschusses ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich stelle auch hier die Zustimmung des Hauses fest.

Wir kehren zurück zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht des Wirtschaftsausschuß-Vorsitzenden Abgeordneten Schefbed über den Empfang der Gewerkschaften am 15. September 1948 durch den Wirtschaftsausschuß anlässlich der Preissteigerungen; hiezu: Mündlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft zum Antrag des Abgeordneten Schefbed betreffend Maßnahmen zur Unterbindung von ungerechtfertigten Preissteigerungen (Beilage 1803).

Der Herr Ministerpräsident hat mitteilen lassen, er werde sofort kommen, er sei bereits auf dem Wege. Mittlerweile sind auch die weiteren Herren Vertreter der Staatsregierung eingetroffen. — Es erhebt sich kein Widerspruch gegen meinen Vorschlag.

Ich bitte Herrn Staatssekretär **Geiger** das Wort zu ergreifen.

Staatssekretär Geiger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zum Beschluß des Wirtschaftsausschusses, nach dem die Staatsregierung ersucht werden soll, bestimmte Schritte zur Unterbindung ungerechtfertigter Preissteigerungen zu unternehmen, ist folgendes zu sagen:

Zunächst soll nach diesem Beschluß die Staatsregierung veranlaßt werden, im Länderrat der Zweizonenverwaltung darauf hinzuwirken, daß das Preistreibereigesetz durch eine Abänderung und Ergänzung verschärft wird. Dem Wirtschaftsministerium ist gestern nachmittag ein Rundschreiben Nr. 26 des Direktors für Wirtschaft zugegangen, mit dem diese Verschärfung bereits eingetreten ist. Die Situation hat sich also seit der Beschlußfassung im Wirtschaftsausschuß wesentlich geändert.

In dem erwähnten Erlaß, der an die zuständigen Länderministerien gerichtet ist, sind in der Form einer Durchführungsanleitung die vielfach als unklar kritisierten Begriffe des Preistreibereigesetzes eindeutig umrissen, und zwar in einer Art und Weise, daß sich hieraus gleichzeitig eine ganz wesentliche Verschärfung des Gesetzes ergibt. Diese Verschärfung geht so weit, daß das Gesetz nunmehr nicht nur gegen vereinzelte krasse Preisauswüchse angewendet werden kann, sondern ganz allgemein gegen die Bildung volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigter Knappheitspreise. Mit diesem Erlaß wird also auch weitestgehend den Wünschen und Forderungen Rechnung getragen, die in der letzten Zeit besonders aus Gewerkschaftskreisen in zunehmendem Maße laut wurden.

Im einzelnen ergeben sich aus dem Erlaß Nr. 26 folgende Verschärfungen des Preistreibereigesetzes:

1. Der kritisierte Begriff „unlauter“ im § 1 des Gesetzes wurde in einer Weise definiert, daß sich aus ihm Schwierigkeiten in der Anwendung des Gesetzes voraussichtlich nicht mehr ergeben werden. Als „unlauter“ wurde ein Verhalten erklärt, das dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden des Verkehrskreises widerspricht, in dem sich der Fall ereignet.
2. Den Begriff des „unangemessenen Preises“ kommentiert der Erlaß unter anderem wie folgt:
 - a) Unangemessen ist ein Preis insbesondere dann, wenn er den Normalpreis, wie er im Preispiegel bekannt-

(Staatssekretär Geiger)

gegeben ist, oder den Marktpreis übersteigt oder wenn er einer gerechtfertigten Kosten- und Gewinnlage nicht entspricht.

- b) Wenn sich die Material- und Lohnkosten verändern, dürfen dabei die absoluten Gemeinkostenzuschläge nicht unbegründet erhöht werden. In solchen Fällen sind die prozentualen Zuschlagsätze entsprechend zu ändern. Diese Bestimmung unterbindet eine ungerechtfertigte Erhöhung der Herstellerpreise.
- c) Im Handel dürfen erhöhte Einstandspreise nicht zu ungerechtfertigten Gewinnen führen. Bei Steigerungen des Einkaufspreises müssen die prozentualen Handelsspannen gesenkt werden.
- d) Materialverbilligungen, Mehrleistungen der Betriebsangehörigen und höhere Kapazitätsausnutzung müssen bei den Kostenätzen berücksichtigt werden. Das heißt, die Kostenätze müssen im gegebenen Fall gesenkt werden.

Neben diesen wichtigen Festlegungen enthält der Runderlaß noch eine ganze Anzahl von Begriffsbestimmungen und Beurteilungsmaßstäben, die eine einheitliche Anwendung des Preistreibereigesetzes nunmehr überall dort ermöglichen, wo jemand in Ausnützung der Mangelage einen Preis fordert oder annimmt, der nach der betrieblichen Kosten- und Gewinnlage nicht gerechtfertigt ist. Für Güter und Leistungen, für die in einem Preispiegel Normalpreise bekanntgegeben wurden, ist nach dem Runderlaß der Verdacht der Preistreiberei und damit die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens dann begründet, wenn der geforderte Preis nach fachkundigem Urteil des Prüfers den Normalpreis offenbar ungerechtfertigt überschreitet. Im übrigen ist nach dem Preistreibereigesetz nicht nur derjenige strafbar, der unangemessene Entgelte fordert oder annimmt, sondern auch, wer wissentlich solche Entgelte verspricht oder gewährt. Daß das Preistreibereigesetz auch die Warenzurückhaltung zur Erzielung höherer Preise und den ungerechtfertigten verteuernenden Kettenhandel unter Strafe stellt, darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Das Gesetz gegen Preistreiberei ist bisher noch nicht in Kraft getreten, da die Zustimmung des Zweimächtekontrollamts noch fehlte. Diese Zustimmung ist jetzt erteilt worden. Nach einer gestrigen Mitteilung der Verwaltung für Wirtschaft wird das Gesetz nunmehr in Kürze in Kraft treten.

Zu den weiteren Beschlüssen des Wirtschaftsausschusses, die Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß in Bayern eine strenge Verwaltungskontrolle der Preise auf ihre Angemessenheit hin dauernd durchgeführt, daß die Einhaltung der bestehenden allgemeinen Preischutzbestimmungen schärfstens überwacht und daß durch entsprechende kreditpolitische Maßnahmen eine Rationalisierung und Preissenkung in der lebenswichtigen Produktion ermöglicht wird, ist folgendes zu bemerken:

1. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft hat die ihm fachaufsichtlich unterstellten Preisüberwachungsbehörden bereits mehrfach mit allem Nachdruck angewiesen, weiterhin eine strenge Preiskontrolle durchzuführen und auch die von den früheren Preisvorschriften gelösten Preisgebiete sorgfältig zu überwachen. Mein Ministerium hat

ferner die Preisüberwachungsbehörden bereits nachdrücklichst angewiesen, die unverzügliche Beachtung des Preistreibereigesetzes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu erzwingen, sobald es Rechtskraft erlangt hat. In eingehenden Dienstbesprechungen wurde das leitende Personal der Überwachungsstellen schon mit den neuen Verfahrensbestimmungen vertraut gemacht, die bei Anwendung des Preistreibereigesetzes zu beachten sind. Die Bestrafung von Verstößen gegen das Gesetz erfolgt bekanntlich, soweit ein öffentliches Interesse vorliegt, durch die ordentlichen Gerichte, andernfalls durch die Verwaltungsbehörden, die Ordnungsstrafen verhängen können. Die verschärfenden Bestimmungen des neuen Erlasses werden den Überwachungsbehörden sofort zugeleitet.

2. Eine dringliche Anweisung an die Überwachungsstellen, daß die Beachtung der Preisauszeichnungspflicht, des Verbots von Preisbindungen und Preisabreden und des Koppelungsverbots scharf überwacht wird, hat das Wirtschaftsministerium schon vor geraumer Zeit erlassen. Es hat darüber hinaus in Frankfurt angeregt, die bisherigen Ausnahmen von der Preisauszeichnungspflicht, soweit sie mit der gegenwärtigen Preisentwicklung nicht mehr in Einklang standen, aufzuheben, zum Beispiel die Ausnahmebestimmung, daß Schuhe mit einem Preis von über 25 DM nicht auszuzeichnen sind. Dieser Anregung ist gleichfalls entsprochen worden.

Im übrigen wurde die Öffentlichkeit durch Bekanntmachungen noch einmal ausdrücklich auf die Weitergeltung dieser Preischutzbestimmungen hingewiesen.

Durch eine Anordnung aus Frankfurt ist nunmehr auch vorgeschrieben worden, daß der Einzelhandel die Normalpreise, wie sie im Preispiegel bekanntgegeben werden, zum Ausgang bringt.

3. Eine Rationalisierung der lebenswichtigen Produktion und damit eine Senkung der Produktionskosten, die eine Preisherabsetzung ermöglicht, wird in erster Linie von einer Verbesserung der Rohstoffversorgung und einer Steigerung der Arbeitsleistung abhängen. Soweit das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft dazu beitragen kann, wird es nichts unversucht lassen, ebenso wie es bereit ist, alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um die diesem Zweck dienende Kreditversorgung zu fördern.

Zusammenfassend darf ich feststellen: Es ist selbstverständlich nicht möglich, das allgemeine Preisniveau in absehbarer Zeit auf etwa den Vorkriegsstand herabzudrücken. Zahlreiche Ursachen betrieblicher und außerbetrieblicher Natur, die alle letzten Endes auf den Krieg und den Zusammenbruch zurückzuführen sind, haben die Produktionskosten der deutschen Wirtschaft erheblich erhöht. Es wird langer Zeit angestrebter Arbeit und zielbewußten Strebens bedürfen, um die reale Kaufkraft wieder den Vorkriegsverhältnissen anzunähern. Aber durch den neuen Runderlaß sind nunmehr die Voraussetzungen für eine Rückführung der überhöhten Preise auf eine volkswirtschaftlich gerechtfertigte Höhe geschaffen. Es darf nun gehofft werden, daß die Justiz in Zusammenarbeit mit der Verwaltung in der Lage sein wird,

(Staatssekretär Geiger)

mit den nunmehr gegebenen Rechtsgrundlagen alle volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden Preisverteuerungen wirksam zu bekämpfen.

I. Vizepräsident: Zum Wort ist Herr Abgeordneter Fischer Wilhelm gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Fischer Wilhelm (SPD): Meine Damen und Herren! Der Antrag Schefbeck, der hier zur Aussprache steht, geht insbesondere dahin, die Staatsregierung zu ersuchen, Maßnahmen zur Unterbindung von Preissteigerungen zu ergreifen, welche nicht durch die Angleichung des niedrigeren deutschen Inlandpreisniveaus an das höhere Weltmarktpreisniveau, sondern durch wirtschaftlich untragbare Gewinne hervorgerufen werden. Dieser Antrag, aber auch die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Dr. Geiger haben uns nur wiederum davon überzeugt, daß man einem Problem von so grundsätzlicher Bedeutung, wie es gerade die Frage der Preisgestaltung ist, mit Palliativmitteln absolut unzureichender Art beizukommen versucht. Vor allem die Preisentwicklung nach dem berüchtigten Tag X reizt dazu, die grundsätzliche Bedeutung dieser Frage mehr hervorzukehren, als es bisher geschehen ist. Ich möchte dabei gar nicht lange bei einer Darstellung verweilen, die Sie selbst zur Genüge kennen. Unser Volk hat seit mehr als drei Jahren auf diese Währungsreform gewartet.

(Zuruf: Voriz hat vor dieser Währungsreform immer wieder gewarnt!)

— Was Voriz sagt, ist für mich ganz bedeutungslos. Wir selbst haben die Währungsreform gewünscht, allerdings unter anderen Voraussetzungen. Es wäre unangebracht, heute den Gründen der Verzögerung der Währungsreform nachzuspüren. Wir wissen alle, daß die Zwangswirtschaft mit ihren üblen Begleitererscheinungen eben eine Mangelwirtschaft war, die ihre Begründung darin fand, daß durch sie eine gerechte Verteilung der vorhandenen Güter gesichert werden sollte. Rückblickend muß man aber feststellen, insbesondere im Zusammenhang mit einer gewissen Auflockerung der Zwangswirtschaft und dem vorliegenden Übergangsstadium zur vielgepriesenen freien Wirtschaft, daß die gleichen Kräfte, die in der Zeit der Mangelwirtschaft, also der Zwangswirtschaft, das Prinzip einer gerechten Verteilung durchbrachen, auch heute den Versuch unternehmen, die Wirtschaft nach ihrem Geschmack aufzubauen, nämlich demjenigen, der die höchsten Preise zahlen kann, zu liefern, während der Nichtzahlungsfähige dabei ruhig zugrunde gehen kann.

Keine Polizei und keine Regierung und keinerlei Erlaß des Wirtschaftsrats in Frankfurt konnte und kann diese Kreise daran hindern, nach dieser besonderen Moral vorzugehen. Jeder von uns weiß, daß gerade die Hortung von Bedarfs Gütern eines der schlimmsten Verbrechen an unserem Volk und unserer Wirtschaft war. Flüchtlinge, Ausgebombte und Lohn- und Gehaltsempfänger hatten wirklich den letzten Rock am Körper. Sie waren nicht imstande, sich etwas zu kaufen, weil die Waren zurückgehalten wurden, und zwar von Kreisen, die sich nicht genug tun konnten, nach der berühmten freien Wirtschaft zu schreien.

(Zuruf des Abgeordneten Brunner.)

Auch hier war es diesen Kreisen vollkommen gleichgültig, auf welchem Niveau die Mehrheit der deutschen Bevölkerung lebte. Es war ihnen vollkommen gleichgültig, daß ein Verbrechen am deutschen Volk begangen wurde, das seine Bestätigung gerade durch Männer gefunden hat, denen der Zwischenrufer, der Herr Kollege Brunner, sehr nahesteht, wie z. B. durch Herrn Professor Dr. Erhard. Man hat durch die Hortung dem deutschen Volk auch äußerlich den Anschein des Armenhauses in der Welt gegeben. Das ist ein sehr wesentliches Verdienst des Demokraten oder CSU-Mannes — ich weiß heute noch nicht, wo er steht —

(Dr. Sinnert: Wir wissen es auch nicht!)

Dr. Erhard. Und gerade bei der Hortung beginnt die Tragödie. Professor Dr. Erhard, zuständig für die Aufgaben der Wirtschaft, hat es noch immer Zeit seines Lebens verstanden, sich auf die Seite zu stellen — auch im Dritten Reich —, wohin sozusagen der große Strom ging.

(Sehr gut!)

Dieser Mann, der sich zunächst offiziell noch nicht entschieden hat, kann seine Prinzipien sowohl auf dem Parteitag der CSU als auch der CDU und, wenn ich recht informiert bin, nach wie vor —

(Dr. Sinnert: Da sind Sie falsch informiert!)

— Dann kann ich zum mindesten feststellen, daß sich die große Liebe unserer Freien Demokraten zu ihm in einen unbändigen Haß verwandelt hat. Ich kann aber immerhin auch feststellen, daß in Frankfurt selbst die Vertreter der Freien Demokratischen Partei bei der Verteidigung der wirtschaftspolitischen Theorien eines Herrn Professors Dr. Erhard absolut durch dick und dünn mit der CSU/CDU gegangen sind. Die Einmütigkeit läßt sich auch dann nicht wegleugnen, wenn aus irgendwelchen Gründen Herr Professor Dr. Erhard am 24. Oktober nicht auf dem Parteitag der FDP sprechen sollte.

(Dr. Sinnert: Das haben wir gar nicht nötig.)

— Haben Sie nicht nötig? Dann sind wir wirklich neugierig, was nun aus Ihrem Schoß geboren wird. Hoffentlich nicht etwas Gleichartiges!

(Dr. Sinnert: Wir werden den Vortrag von Dr. Zorn vortragen.)

— Immerhin haben Sie dem Vortrag Dr. Zorns bis jetzt das höchste Lob ausgestellt.

(Dr. Sinnert: Das tun wir wieder.)

Wir sind allerdings nicht in der Lage, Ihrem Gesinnungsfreund Professor Erhard, das gleiche Lob zu spenden. Herr Dr. Erhard war der Mann, der vor dem berühmten Tag X das Wort geprägt hat: Die Währungsreform braucht ein Warenpolster. Wir können heute, wenn wir objektiv sein wollen, feststellen, daß Dr. Erhard damit den größten Raubzug legalisiert hat, der auf die schaffende Bevölkerung verübt worden ist. Man hat so wunderschöne Stimmen gehört, daß wir am Tage X, dem 20. Juni, alle gleich arm gewesen sind. In einer moralischen Anwendung sind Vorschläge laut geworden, daß nun der Anfang zu einem neuen Wirken und zu einer neuen Gesinnung gegeben wäre.

(Zuruf: Bis auf die freie Wirtschaft!)

Wir haben über Nacht volle Schaufenster erlebt und wir können sagen: Nicht der wirtschaftlich Lüchtigste — nach dem Prinzip der Anhänger der freien Wirtschaft — hat

(Fischer Wilhelm [SPD])

sich dabei durchgesetzt, sondern die gewissenlosesten Freibeuter haben die D-Mark-Geschäfte gemacht.

(Sehr gut!)

Das ist eine unbestreitbare Tatsache. Wir alle haben oft im Landtag zu hören bekommen, die Zwangswirtschaft durchlöchere die Moral. Ich sehe keinen Unterschied und kann nicht feststellen, daß die Moral dieser Wirtschaftskrise durch die Inangabelegung der freien Wirtschaft auch nur im geringsten gehoben worden wäre.

(Zurufe: Sehr gut! — Im Gegenteil!)

Die U n m o r a l ist heute Trumpf in Kreisen, die unmittelbar mit den Bedarfsgütern der Bevölkerung zu tun haben. Man umschreibt das mit dem Wort: Die Preise müssen sich auspendeln. Die Preise pendeln sich aus, für Schuhe und Textilwaren, aber bis zum heutigen Tage nur nach oben, niemals nach unten! Wir haben noch rationierte Waren, Fleisch, Fett, Brot. Insbesondere bei Fleisch, Fett und Eiern — —

(Zuruf von der SPD: Da pendeln sie sich auch aus!)

Wenn man davon spricht, daß die Eier waggonweise nach dem so umstrittenen Norden unseres Zonengebiets gehen,

(Zuruf: Preußisches Geld stinkt nicht!)

dann muß man sich doch fragen,

(Dr. Linnert: ob die Bayernpartei nicht recht hat!)

von wem denn die Eier überhaupt geliefert werden. Wer bekommt die 1,20 Mark — oder vielleicht inzwischen noch mehr —, die heute von norddeutschen Eierhämstern bezahlt werden?

Ich stelle fest: Wenn man moralische Urteile abgeben und moralisch wägen will, dann kommt man nicht darum herum, zu sagen, daß es die arbeitenden Schichten sind, die bisher wirklich die höchste Moral an den Tag gelegt haben. Das wird bei den Preisdebatten, von denen die Lohndebatten nicht zu trennen sind, immer wieder vergessen. Gewiß, es hat große Demonstrationen gegeben. Man könnte sagen, solche Demonstrationen lassen sich organisieren. Wer aber die allgemeine Mißstimmung der Gesamtbevölkerung kennt, weiß, daß sich hunderttausend Menschen nicht einfach auf einem Platz in München organisieren lassen.

(Zurufe: Oho! — Eine Million!)

— Mein lieber Herr Dr. Linnert, ich kann verstehen — —

(Zuruf.)

— Hitler hat die Massen befohlen. Das werden Sie uns niemals nachweisen können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linnert.)

— Herr Dr. Linnert, einer Freien Demokratischen Partei wird es natürlich nicht möglich sein, die Massen auf die Straßen zu bringen.

(Dr. Linnert: Gott sei Dank!)

Aber wenn die Not nicht so augenscheinlich wäre, würden die Massen auch dem Rufe der Gewerkschaften nicht folgen. Darüber müssen Sie sich klar sein.

(Widerspruch bei der FDP. — Dr. Linnert: Die Stadt München hat die Büros geschlossen.)

Wir haben oft davon gesprochen — ich weiß nicht, warum Sie sich dabei so aufregen — —

(Dr. Linnert: Ich nicht; ich marschiere doch nicht mit.)

— Sie scheinen doch kein besonderer Freund von solchen Erregungen der Bevölkerung zu sein.

(Dr. Linnert: Die habe ich zwölf Jahre lang mitgemacht.)

Sie möchten haben, daß alles schön scheidlich und friedlich weitergeht, so wie dies Ihre Freunde in Frankfurt ja auch kraft ihrer Stellung und politischen Haltung und Einstellung zu den Problemen für sich in Anspruch nehmen möchten. Sie glauben, durch schöne Verordnungen, durch G e s t e n wie Preisveröffentlichungen die Massen befriedigen zu können. Sie glauben vor allen Dingen, damit die Ursachen solcher Preissteigerungen aus der Welt schaffen zu können. Wir haben oft gehört, daß unser Schiff in Not sei. Wir haben oft gehört, daß wir uns gemeinsam zusammenfinden müssen, um diese Not zu meistern. Ich höre aber nie, daß gerade die Kreise, die so gerne Zwischenrufe machen, sich bei einem Ausgleich solcher Preissteigerungen durch gerechte Lohnzahlung auch nur einmal aktiv gezeigt hätten.

(Brunner: Wer sagt Ihnen das?)

Wenn wir schon meinen, daß unser Schiff in Not ist, dann darf ich Ihnen vergleichsweise sagen: Wenn man sich auf einem Schiff von kleinen Vorräten ernähren muß und ein Teil der Besatzung glaubt, er könne das Doppelte der Portionen nehmen, dann wird man diese Leute als Freibeuter erschlagen.

(Zustimmung.)

Das ist eine Tatsache, die wir nicht aus der Welt schaffen können, während wir hier sehen, daß ein Professor Dr. Erhard sich ein Verbrechen nach dem andern an unserer Volkswirtschaft erlauben kann, ohne auch nur im geringsten zur Rechenschaft gezogen zu werden. Das ist der Unterschied. Dieser Herr Professor Dr. Erhard sagt u. a.: „Geld ist der einzige Bezugsschein“. Wir erleben aber bereits drei oder vier Monate nach dem Tage X die z w e i t e H o r t u n g s w e l l e. Man hat uns ausgelacht, als wir kurz vor der Währungsreform auf die Gefahr der zweiten Hortungswelle hinwiesen. Man hat erklärt, das sei unmöglich. Man brauche dieses Warenpolster, um mit der Durch die Währungsreform geschaffenen Kaufkraft auch Produkte erwerben zu können. Wir erleben heute — ich will gar nicht von Autos reden; da ist es nur symptomatisch —, daß da und dort schon wieder Zurückhaltungen in größtem Umfang zu beobachten sind, auch in den Maschinenfabriken. Wir hat erst im Verlauf der vergangenen Woche — —

(Dr. Linnert: Was sagt der Betriebsrat dazu?)

— Der hat ja kein Mitbestimmungsrecht. Das verweigern Sie ihm ja als Anhänger der freien Wirtschaft.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linnert.)

Wir haben beispielsweise — und ich glaube, daß sich die Zahl solcher Fälle vervielfältigen läßt — heute folgendes paradoxe Verhältnis, daß die M a c h t l o s i g k e i t u n s e r e r B e r w a l t u n g gegenüber solchen Wirtschaftspiraten am besten kennzeichnet: Ein kleiner Geschäftsmann in Fürth, der jahrelange Beziehungen zu einer nahe gelegenen größeren Textilfabrik hat, versucht, dort wieder Ware zu bekommen. Kalkschmäuzig erklärt ihm der Direk-

(Fischer Wilhelm [SPD])

tor dieser Firma, die doch eine alte Geschäftsverbindung darstellt: Ja, Sie haben recht, mein Lager ist voll. Ich gebe Ihnen aber nichts ab, Sie bekommen nichts; mein Lager bleibt gesperrt, und daran kann mich keine Regierung hindern.

(Dr. Sinnert: Wer ist denn das?)

— Diese Dinge werden verfolgt. Sie können sich darauf verlassen. Ich werde versuchen, gerade in diesem speziellen Fall Nachforschungen anzustellen, und das Ergebnis weiterleiten. Ich bin aber der Auffassung, daß die Mittel der Regierung gar nicht dazu ausreichen, hier einzugreifen. Unsere Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß neuerdings die Sachwertbesitzer wieder versuchen, alle Sachwerte an sich zu reißen. Das Urteil der Sozialdemokraten ist bei Ihnen nie besonders hoch geschätzt, weil Wahrheit immer etwas schmerzlich empfunden wird. Ich will Ihnen nur einmal ganz kurze Auszüge aus einer Rede bringen, die ein Mann von anderer Couleur zu dem gleichen Problem vor ganz wenigen Wochen gehalten hat. Er sagte u. a.:

Die Kaufkraft ist aber zur Zeit sehr ungleichmäßig verteilt. Einer übermäßigen Begünstigung gewisser Kreise steht ein akuter Mangel anderer Schichten gegenüber. Die Erlöse aus gehorteten Warenlagern drängen, soweit sie nicht in den Schubladen neuerdings wieder gehortet werden, in stürmischer Weise auf den Markt.

Dann sagt er an anderer Stelle:

Im Zusammenhang mit diesem traurigen Ergebnis der Geldreform dürfte der Wirtschaftsmoral der Todesstoß veretzt sein, weil der an und für sich sehr kleinen Zahl von verantwortungsbewußten Wirtschaftlern ebenso wie allen ehrlichen Sparern nun erneut bewiesen worden ist, daß der Anständige wiederum der Dumme gewesen ist und daß die rücksichtslosen Egoisten allen schönen Versicherungen zum Trotz doch die unbestrittenen und unanfechtbaren Gewinner sind.

Ich könnte Ihnen noch manche interessante Stelle aus dieser Rede vorlesen. Sie stammt von einem Mann, der im Wirtschaftsrat in Frankfurt war, und zwar als Vertreter der bayerischen CSU, nämlich von Herrn Generaldirektor Dr. Seeling aus Fürth. Er ist mir als einer der bedeutendsten Wirtschaftler Bayerns immerhin Zeuge genug, wenn er selbst zu den gleichen Ergebnissen kommt wie wir. Die Kreise der Wirtschaft, von denen auch Dr. Seeling spricht, sind diejenigen, denen die gehortete Ware mehr wert ist als die neugeschaffene deutsche Mark, die sie innerhalb der letzten vier Monate zunächst oft zum Schaden der Finanzämter und damit des Staates angehaugt haben. Es liegt klar auf der Hand, daß eine tiefgehende Verelendung und Verarmung breiterer Schichten, auch der des Bürgertums, um sich gegriffen hat. Diese Dinge werden zu leicht verkannt. Die Parole „Rette sich, wer kann!“, eine der schäbigsten Parolen, die man sich für einen anständigen und ordentlichen Kaufmann denken kann, ist heute Trumpf. Nicht nur, weil man einen Schnitt von 10:1 gemacht hat, nicht nur, weil man die Streichung von 70 Prozent der noch verbleibenden fünf Prozent vorgenommen hat, sondern auch wegen des Verhaltens der eigenen deutschen Wirtschaftler ist heute das Vertrauen zur Währungsreform

weitgehend und aufs tiefste in der Bevölkerung erschüttert worden. Es hat gar keinen Sinn, über diese Dinge hinwegzusehen. Interessant ist dabei immerhin, daß selbst die Verwaltung für Wirtschaft — und das sind immer wieder die Kreise der FDP und der CDU/CSU — vor einer Freigabe der fünf Prozent gewarnt haben. Heute werden sie wahrscheinlich in Versammlungen draußen ebenso gegen die Maßnahmen der Befehlsmacht, d. h. dagegen opponieren, daß man diesen harten Abstrich gemacht hat. Ich glaube, die Berechtigung dazu fehlt vollkommen.

Ich habe noch andere Zeugen. Der Herr Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl hat nach einer Pressenotiz — ich war nicht selbst dabei, ich muß mich hier auf die Presse verlassen — von einem „Laumel der freien Wirtschaft“ gesprochen, der sich auch auf die Ernährungswirtschaft ausgedehnt habe. Die freie Wirtschaft möge bei der gewerblichen Wirtschaft noch ohne schwerste Schädigungen hingehen, auf dem Gebiete der Ernährung aber sei die völlig freie Wirtschaft gleichbedeutend mit Mord und Totschlag. Das ist ja auch die wirkliche Situation. Es ist ein Tanz auf dem Vulkan, der natürlich von den schwierigen außenpolitischen Problemen noch geheizt wird, die unser ganzes Volk belasten. Aber man muß sich die Dinge einmal auch nur kurz durch den Kopf gehen lassen: Was will man denn eigentlich? Wie glaubt man denn, daß die Dinge weitergehen sollen? Der Ernährungsrat in Frankfurt beschäftigt sich beispielsweise heute mit dem Problem, ob man unter Umständen die Brotration wieder herabsetzen könnte: Wenn man es schon nicht fertig bringt, die Schere Preis—Lohn zu schließen, dann soll man doch dazu übergehen, die Rationen zu kürzen, vielleicht kommt man dann zu dem „Realeinkommen“, auf das wir Anspruch erheben? Das wäre der bequemere Weg. Man bräuchte sich nicht den Kopf zu zerbrechen. Die Maßnahmen, die bis jetzt angedeutet worden sind, sind nach unserer Auffassung nicht dazu geeignet, die Verhältnisse grundlegend zu bessern.

Gestern abend hat der Herr Landwirtschaftsminister Dr. Schlögl im Rundfunk gegen Vorwürfe der Gewerkschaften gesprochen. Dabei hat, wenn ich recht gehört habe, auch ein Rundschreiben des Bauernverbandes eine Rolle gespielt. Ich weiß, daß wir uns im Hause hundertprozentig einig sind, daß die Bauern heute für ihre Produkte keineswegs den Ausgleich erhalten, den auf der anderen Seite die gesteigerten Industriepreise erfordern. Aber ich bin im Zusammenhang mit dem Gesamtproblem doch der Meinung, daß derartige Äußerungen nicht gerade förderlich sind, um die Atmosphäre, in der wir augenblicklich leben, endlich zu reinigen. Da heißt es nämlich unter anderem:

Bauern, haltet nunmehr Verkaufsdisziplin! Der Preis ist gesetzlich festgelegt. Kein Bauer kann zur Verantwortung gezogen werden, wenn er seine Kartoffeln nicht unter dem Festpreis von 4,60 Mark verkauft.

Glauben Sie mir, falls Sie es noch nicht wissen sollten: Es gibt Menschen, die sich heute den Kopf zerbrechen, ob sie überhaupt in der Lage sind, die 4,60 Mark anzulegen.

(Zustimmung.)

Sie sind nicht in der Lage, die Kartoffeln zu kaufen. Sie sind nicht in der Lage, sie einzukellern. Ich glaube, man sollte es in diesem Fall denn doch den Bauern

(Zuruf)

(Fischer Wilhelm [SPD])

— wenn sie die Kartoffeln zurückhalten sollen,

(Zuruf: dann lassen sie sie verfaulen!)

dann hieße das, daß sie kein Geld brauchen —, wenn sie Geld brauchen, zugunsten der Verbraucher freistellen, zu welchem Preis sie ihre Kartoffeln verkaufen wollen.

(Zurufe.)

Ich möchte damit nur folgendes charakterisieren: Es ist allgemein der Zug festzustellen, daß man zwar eine freie Entwicklung wünscht, diese freie Entwicklung aber nur nach oben gehen darf. In dem Augenblick, wo man fürchten muß, daß sich die Preisbasis nach unten verschiebt, wird von irgendeiner Seite rechtzeitig die Bremse angezogen.

Man hat immer wieder Angst, entscheidend an das Lohnproblem heranzutreten, mit der uralten Behauptung, daß durch Lohnerhöhungen die bekannte Spirale, die ins Unendliche und damit in die Inflation führt, erzeugt würde. Ich glaube, es ist notwendig, im Zusammenhang mit den Preiserhöhungen das eng damit verbundene Lohnproblem auch kurz zu streifen. Ein Teil der Preiserhöhungen wird beispielsweise damit begründet, daß man erklärt, die Rohstoffpreislage, die Weltmarktpreislage erfordere es. Ich habe noch keinen gehört, der etwa auf den Gedanken gekommen wäre, daß man dann, wenn man auf der einen Seite Weltmarktpreise zugrunde legt, auf der anderen Seite auch Weltmarktlöhne zum Vergleich heranziehen muß,

(sehr gut!)

um auf einen tragbaren Renner zu kommen.

(Dr. Sinnert: Da kommen Sie aber arg schlecht weg.)

— Dann haben Sie wahrscheinlich

(Dr. Sinnert: Es gibt außer Amerika noch andere Länder!)

niemals Vergleiche darüber angestellt, welche Kaufkraft die Löhne in Amerika, selbst in England und Frankreich und besonders in Schweden und Dänemark

(Dr. Hoegner: und in der Schweiz!)

— und in der Schweiz im Vergleich zu den deutschen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sinnert. — Bezold

Otto: Wir haben den Krieg nicht gewonnen, das ist der Unterschied.)

— Wer hat den Krieg gewonnen?

(Zurufe.)

II. Vizepräsident: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen.

Fischer Wilhelm (SPD): Sie wissen ganz genau, daß diese Länder, wenn auch nicht im gleichen Umfang, ebenfalls unter den Auswirkungen des Krieges schwer zu leiden und schwierige wirtschaftliche Probleme zu meistern haben.

(Zuruf des Abgeordneten Brunner.)

— Ich will Ihnen eines sagen. Ich bin mir vollkommen darüber klar — und mit mir die sozialdemokratische Fraktion —, daß all diesen Betrachtungen die Auswirkungen der nationalsozialistischen Diktatur vorangestellt werden müssen: der Verschleiß von Maschinen und Gü-

tern durch den Krieg, der Verlust unseres Exports, der auch nicht annähernd wieder wettgemacht werden konnte, die Zerstörung unserer Industrie, der Verlust unserer Patente, die Belastung durch die Reparationen, Demonstrationen usw. Es ist ganz klar und auch für uns verständlich, daß daraus ein Warenmangel entstanden ist, der zwangsläufig höhere Preise nach sich zieht. Aber in diesem Zwiespalt zwischen den Gegebenheiten und den sozialen Notwendigkeiten müssen wir, um zu einer sozialen Gerechtigkeit zu kommen, energisch fordern — und wir vertreten das allüberall —, daß Einschränkungen, wenn sie schon notwendig sind, nicht ausschließlich auf dem Rücken der Lohn- und Gehaltsempfänger, auf dem Rücken der breiten Verbraucherschichten ausgetragen werden.

(Sehr richtig!)

Unbekümmert um diese Erkenntnis sagt Ihr Professor Dr. Erhard in seinem „Jedermann-Programm“

(Zuruf von der FDP)

— geistig gehört er zu Ihnen — erst vor einigen Tagen: Wir müssen die guten Nerven haben, unseren marktwirtschaftlichen Kurs kompromißlos zu Ende zu führen.

(Zuruf: Bis zum Untergang!)

— Ja, bis zum Untergang. Ich kann nichts dafür, daß der Mann ebenfalls aus Fürth stammt.

(Heiterkeit und Zurufe.)

— Wenn Sie schon sagen, daß von dort nichts Gutes kommen kann, so glauben Sie mir das eine: Er kann auch nicht mehr zurückkommen. Wir wollen ihn nicht mehr in Fürth. Dazu ist er uns zu gut bekannt, insbesondere aus seiner eigenen Vergangenheit. Wenn aber hier davon gesprochen wird, „unseren marktwirtschaftlichen Kurs kompromißlos zu Ende zu führen“, dann möchte ich mit Heinrich Heine sagen:

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
Ich kenn auch die Herren Verfasser,
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein —
Und predigten öffentlich Wasser.

Was Herr Professor Dr. Erhard vertritt, ist die Sprache der Raubritter von 1945 bis 1948. Diese Raubritterpolitik soll fortgesetzt werden, obwohl tagtäglich die Schrecken einer solchen Politik für jeden, der sehen will, auf der Hand liegen. Mit diesen verstaubten Methoden einer freien Wirtschaft, die es vor 1933 längst nicht mehr gegeben hat, können die Verhältnisse heute nicht gemeistert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Brunner.)

— Mein lieber Freund Brunner, wir müssen uns einmal grundsätzlich darüber unterhalten, was wir an der freien Wirtschaft auszusetzen haben und was Sie von der Planwirtschaft verstehen; das wird notwendig sein. Was wir brauchen, ist nicht etwa, auf dem Verordnungsweg diese oder jene fragwürdige Einschränkung zu schaffen, von der wir wissen, daß sie auch in der Vergangenheit niemals zu einem Erfolg geführt hat,

(Zuruf: sondern?)

sondern wir sollten uns auf eine andere Wirtschaftsgegnung besinnen, wie sie auch in der Bayerischen Verfassung vorgesehen ist. Wir sollten uns auf eine andere Wirtschaftsgegnung besinnen, die davon spricht, daß „die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dem Gemeinwohl zu dienen hat, insbesondere der Gewährleistung eines

(Fischer Wilhelm [SPD])

menschenwürdigen Daseins für alle, und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten". Wer glaubt denn, daß mit diesen Seeräubermethoden, wie sie in Frankfurt üblich waren, etwas erreicht werden kann? Notwendig ist zweifellos das Eingreifen der Volksvertretung. Man geht der sozialen Ausgestaltung einer Marktwirtschaft bewußt aus dem Wege, weil man sich sonst zu sehr in Gegensatz zu all den Kreisen setzen würde, die Sie auf der Rechten zu Ihren Anhängern und Wählern rechnen müssen. Wegen dieser Schwierigkeiten sind Sie niemals dazu zu bringen, einer neuen Wirtschaftsgesinnung, der Sie in der Bayerischen Verfassung zugestimmt haben, auch nur im geringsten wirklich die Wege zu ebneten.

(Widerspruch bei der CSU.)

Im heutigen Zeitpunkt ist eine Umlenkung des Stromes der Bedarfsgüter notwendig, ohne daß deshalb die Bürokratie die Vorherrschaft haben muß, durch eine Kombination, wie sie gerade von dem vorhin in einem Zwischenruf zitierten Dr. Jörn vertreten wird, dem wir uns vollinhaltlich anschließen, durch eine Kombination der Lohn-, Steuer- und Preispolitik. Nach unserem Dafürhalten ist eine absolute Anpassung der Löhne an die gestiegenen Preise notwendig. Denn niemand wird behaupten können, daß das Lohnniveau im gesamten um mehr als 15 bis 20 Prozent gegenüber dem Vorkriegsstand gestiegen wäre. Die Preise der Mehrzahl der Bedarfsgüter sind dagegen ums Doppelte und Dreifache erhöht worden. In anderen Ländern, wie beispielsweise in Skandinavien, gibt man solchen Phasen der Entwicklung Raum, indem man das System der gleitenden Löhne zur Anwendung bringt. Wir halten es aber für notwendig, daß gerade die untersten Löhne nachgezogen werden. Von unserer Seite wird als eine der Voraussetzungen zur Einleitung einer vernünftigeren Bewirtschaftung vorgeschlagen, daß die gesamte Verbrauchsgüterproduktion, die nicht unbedingt lebensnotwendig ist, mit hohen Steuern belastet und andererseits die Herstellung von billigen Bedarfsgegenständen — aber in wirklich großen, umfassenden Auflagen, nicht mit dem schüchternen Versuch des Jedermann-Programms, wie es augenblicklich gestaltet wird — durch Rohstoffzuweisungen und Verbilligungsaktionen ermöglicht wird, wenn es not tut, auch unter Festsetzung von besonderen Produktionsauflagen. Vor allen Dingen verlangen wir aber auch ein System von Kalkulationsvorschriften. Wir brauchen uns nicht zu scheuen, gewisse Dinge zu übernehmen, weil sie etwa im Dritten Reich schon einmal angewandt worden sind, nämlich dann nicht, wenn sie uns einen Erfolg verbürgen. Gerade die Anwendung von bestimmten Kalkulationsvorschriften wäre unserer Ansicht nach auch heute wieder unbedingt angebracht.

Wir denken aber auch daran — das wäre ein Appell an die Genossenschaften —, den Weg vom Hersteller zum Verbraucher entschieden zu verkürzen

(sehr richtig!)

und die hohen Zwischengewinne mehr und mehr auszuscheiden.

(Sehr gut!)

Wenn wir uns hier einmal zusammenfinden würden

natürlich ohne die Freie Demokratische Partei, die ja nicht mitmacht —,

(Heiterkeit)

dann würden wir zugunsten unserer Bevölkerung wahrhaftig etwas geleistet haben.

Auch Professor Dr. Erhard kommt nun, wie ich schon erwähnt habe, auf das Jedermann-Programm. Wir betrachten es aber als vollkommen ungenügend und glauben, daß er nicht den Mut haben wird, etwas Entscheidendes zu tun.

(Zuruf: Abwarten!)

Immerhin ist es interessant, daß nun der exponierte Vertreter der freien Wirtschaft scheinbar den Versuch unternimmt, sich mit einer Art von geplanter Wirtschaft zu beschäftigen. — Man könnte sagen „Abwarten!“. Ich habe aber das Gefühl, daß wir schon zu lange gewartet haben,

(sehr gut!)

daß höchste Eile not tut, wenn nicht alles und jedes Vertrauen zur Währung sowohl wie zur Regierung beziehungsweise Verwaltung endgültig zusammenbrechen soll. Das, was uns von Frankfurt beschert worden ist, ist unserer Auffassung nach nichts anderes als der Versuch eines Dr. Erhard und der hinter ihm stehenden Parteien, zeitbedingte wirtschaftliche Umwälzungen aufzuhalten.

Heute liest man in der Presse, daß sich die CSU damit beschäftigt, gegen Herrn Dr. Schlange-Schöningen Stellung zu nehmen. Ich habe noch recht gut in Erinnerung, wie mitteilidig lächelnd die Walze von 104 Abgeordneten den Antrag der Sozialdemokratischen Partei damals niedergestimmt hat.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Man hat so getan, als wäre es ein rein parteipolitisches Manöver der Sozialdemokratie. Man wird natürlich jede Rede eines Sozialdemokraten — das wissen wir, wenn wir hier das Podium betreten — als bloße Propaganda verschreien. Aber dazu empfinden wir die Not und die Notwendigkeiten viel zu sehr, als daß wir alles vom Gesichtspunkt der Propaganda aus sehen wollten. Die CSU überlegt sich heute noch, wie sie sich zu Herrn Dr. Erhard stellen wird. Der Herr Berichterstatter hat zwar vorhin gesagt, Herrn Dr. Erhard sei seitens der CSU kein Blankowechsel ausgestellt worden. Das mag wohl zutreffen. Dieser Dr. Erhard konnte aber diese Politik nur durch die Billigung und Duldung der CSU/CDU durchführen.

(Lebhafter und anhaltender Beifall bei der SPD.)

Insofern halten wir diese Gemeinschaft — sie nennt sich ja auch Union — für eine verschworene Gemeinschaft, nicht für eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, sondern für voll verantwortlich für all das, was mit ihrem und in ihrem Namen geschieht. Genau so wenig wie diese Anträge, diese Palliativmittelschen, wird auch ein Personenwechsel an der grundsätzlichen Haltung Ihrer Partei zu wirtschaftspolitischen Problemen etwas ändern. Mit dem Abzug von Personen, die sich mit ihrem Egoismus zu stark ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gestellt haben, können Sie die Verhältnisse unter keinen Umständen ändern. Es kommt mir vor, als versuche man, auf diese Weise mit dem Daumen den starken, trübten Strom der freien Wirtschaft einzudämmen. Das wird Ihnen so nicht gelingen.

(Fischer Wilhelm [SPD])

Was in Frankfurt getan worden ist und getan wird, ist nicht nur Politik eines Dr. Erhard oder eines Schlangenschönings schlechthin; es ist vielmehr die Politik, die Gemeinschaftsarbeit der Besitzbürgerparteien, vereinigt in der Freien Demokratischen Partei und in der CDU/CSU. Es ist die Politik der Sachwertbesitzer und der Horter. Darüber müssen wir uns klar sein. Es ist, wie früher einmal gesagt worden ist — und das mag Ihnen weh tun — der Bürgerkrieg mit wirtschaftlichen Mitteln gegen diejenigen, die als die wirtschaftlich Schwächsten zu bezeichnen sind.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Wenn Sie glauben, daß das nur Demokraten sagen, dann entsinnen Sie sich bitte des Ausschnitts in der „Neuen Zeitung“, der aus der „Times“ stammt, einer Zeitung, deren Bedeutung Sie bestimmt nicht bestreiten können. Sie sagt unter anderem — allerdings als Vorwurf gegen die Befragungsmacht, es paßt aber in diesen Zusammenhang —:

(Aha! bei der CSU.)

— Bitte sehr, was heißt hier „Aha!“?

Die Befragungsmächte gehen leider mit dieser kapitalistischen Freibeuterpolitik zu sehr einig.

(Stürmischer Beifall bei der SPD.)

Die Befragungsmächte vergessen, daß sie den Kommunismus bekämpfen wollen, daß sie aber durch die Unterstützung einer solchen Freibeuterpolitik den Kommunismus in Europa nur fördern.

(Stürmischer Beifall bei der SPD.)

Uns Sozialdemokraten fällt die undantbare Aufgabe zu, zwischen diesen beiden Extremen zu stehen und dem Versuch ausgesetzt zu sein, auf der einen Seite durch den Kommunismus aufgerieben zu werden, auf der anderen aber durch die kapitalistischen Kräfte in Deutschland und in der Welt. Aber ich glaube, daß die Sozialdemokratische Partei und ihre Ideen stark genug sind, um diesen Prozeß nicht nur zu bestehen, sondern schließlich auch zu überwinden.

(Bravo! bei der SPD.)

Nun, verehrte Anwesende, ich sagte: „Bürgerkrieg mit wirtschaftlichen Mitteln“. Schon einmal ist durch die falsche Handhabung einer Währungsreform die entsprechende politische Reaktion in Deutschland entstanden; denn gerade durch die Enteignung der Sparer, durch die Verarmung unseres Volkes und die ungenügenden Maßnahmen dagegen konnte es so weit kommen, daß das Dritte Reich mehr und mehr an Anhängern gewann und schließlich den Boden vorfand, auf dem es seine Terrorherrschaft aufrichten konnte. Unserer Meinung nach sind neue Wirtschaftsformen erforderlich. Wir müssen den Mut haben, uns einmal dazu zu bekennen.

Sedenfalls wird die Sozialdemokratische Partei niemals den Weg verlassen, diese neuen Wirtschaftsformen zu suchen, nicht etwa, weil sie das für ein unverrückbares Dogma hält, sondern weil sie es für eine unbedingte Notwendigkeit zum Schutze der breiten arbeitenden Schichten in Stadt und Land erachtet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

II. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Scheffed.

Scheffed (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Das Phänomen der Preissteigerungen, wie sie nach der Währungsreform eingetreten sind und wie sie sich noch laufend fortsetzen, bedarf unserer stärksten Aufmerksamkeit als Volksvertretung.

(Dr. Hille: Ausgezeichnet!)

— Es kommt noch mehr, Herr Dr. Hille. — Das Problem der Preissteigerungen beschäftigt das Volk zur Zeit am meisten, viel mehr als etwa die Verleihung der Kreisunmittelbarkeit an die Gemeinde Hintertupfing oder die Ausbildung der Hebammen.

(Zuruf: Verleihung des Hungerordens!)

Die Volksvertretung muß das Ohr am Pulsschlag des Volkes haben. Das Volk kann mit Recht verlangen, daß wir uns in erster Linie mit den Problemen beschäftigen, die das Volk am tiefsten berühren und aufwühlen. Wir von der CSU sind mit der SPD durchaus darin einig,

(Zuruf von der SPD: na also!)

daß das heutige Preisniveau vollkommen überhöht ist,

(Dr. Hille: also endlich!)

daß die Preise eine Höhe erreicht haben, die nicht mehr tragbar ist. In einer geordneten Volkswirtschaft müssen die Preise einerseits und die Löhne und Einkommen andererseits in einem gewissen harmonischen Verhältnis stehen.

(Dr. Hille: Sehr richtig!)

Entsteht aber zwischen Preisen und Einkommen ein Mißverhältnis, dann verliert das Preis- und Lohnproblem seinen wirtschaftlichen Charakter und es tritt hinaus in die politische und soziale Ebene. Es können dann soziale und politische Erschütterungen eintreten, die an den Grundlagen des Staates rütteln. Wir als Volksvertreter müssen daher diesem Problem unsere stärkste Aufmerksamkeit zuwenden.

Für die Preissteigerungen und den Preiswucher, den wir jetzt sehen, und damit für die Ausbeutung der Lohn- und Gehaltsempfänger wird von vielen Seiten die sogenannte neue freie Marktwirtschaft verantwortlich gemacht. Das scheint mir vollkommen falsch zu sein. Gerade unter der Befehls- und Kommandowirtschaft der letzten Jahre ist die menschliche Arbeitskraft ungeheuer ausgebeutet worden. Unter der Befehls- und Kommandowirtschaft ist der Arbeiter mit einer vollkommen wertlosen Papiermark bezahlt worden, die keinerlei Kaufkraft mehr hatte. Unter diesem Wirtschaftssystem hätte sich ein ehrlich verdienender Arbeiter z. B. nie mehr einen Anzug kaufen können,

(Haas: kann er heute auch nicht!)

weil er sich nie mehr hätte genug erübrigen können, um die Schwarzmarktpreise zu bezahlen. Auf einen Bezugsschein konnte er nicht warten, weil er das dazu nötige Alter wahrscheinlich nicht erreicht hätte. In den vergangenen Jahren der Befehls- und Kommandowirtschaft haben daher diejenigen, welche die Verfügungsmacht über die Güterproduktion hatten, Gewinne und Profite erzielt, wie sie unter der freien Marktwirtschaft nie hätten erreicht werden können.

(Zuruf: Glauben Sie? — Haas: Heute genau so!)

(Scheffel [ESU])

Bei den nach der Währungsreform eingetretenen Preissteigerungen muß man unterscheiden zwischen wirtschaftlich gerechtfertigten und wirtschaftlich nicht gerechtfertigten Preissteigerungen. Wirtschaftlich gerechtfertigt sind die Preiserhöhungen, soweit sie darauf zurückzuführen sind, daß sich die niedrigeren deutschen Inlandspreise an das höhere Preisniveau des Weltmarkts anzugleichen versuchen. Seit dem sogenannten Preisstopp der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik ab Oktober 1936 wurde Deutschland eine Preisinsel innerhalb der Weltwirtschaft. Die deutschen Inlandspreise für Rohstoffe und Fertigwaren sind gegenüber den Weltmarktpreisen zurückgeblieben. Mit der Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft muß sich naturgemäß auch das niedrige deutsche Preisniveau dem allgemeinen Preisniveau des Weltmarkts angleichen. Soweit Preissteigerungen auf diesen Angleichungsprozeß zurückzuführen sind, müssen sie von der deutschen Wirtschaft und den Konsumenten hingenommen werden; denn diese Wiedereingliederung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft ist eine Existenzfrage für die deutsche Wirtschaft. Sie ist darüber hinaus sogar eine Frage der politischen, ja sogar der biologischen Existenz des deutschen Volkes überhaupt. Daher müssen auch alle wirtschaftspolitischen Konsequenzen dieser Wiedereingliederung in Kauf genommen werden.

Neben diesen wirtschaftlich gerechtfertigten Preissteigerungen gibt es aber auch wirtschaftlich nicht berechnete Preissteigerungen, nämlich diejenigen, die auf übermäßig hohen Gewinnnahmen der Warenproduzenten und der Händler beruhen.

(Zuruf links: Wieviel Prozent sind das?)

Es ist wirtschaftlich untragbar, wenn der Groß- und Kleinhandel Gewinne nimmt, die den Fabrikpreis einer Ware um 100 Prozent verteuern.

(Zuruf links: Viel mehr noch!)

In einer normalen Wirtschaft war es früher unmöglich, daß der Groß- und Kleinhandel einen Gewinn nimmt, der das Produkt um 100 Prozent verteuert. Man hat z. B. festgestellt, daß Schuhe um 40 DM verkauft wurden, während der Fabrikpreis nur 20 DM betragen hat. Das billigere Auslandsobst wurde zu den viel höheren Inlandspreisen verkauft und der Obsthandel hat Riesengewinne eingeschoben.

Meist ist aber auch der Fabrikpreis überhöht. Die Fabriken haben z. B. bei einer Vertauung des Rohstoffes um das Doppelte dann auch gleich den Preis für das Fertigprodukt verdoppelt, obwohl feststeht, daß in einem Produkt nicht nur Rohstoff und Material, sondern auch der Arbeitslohn enthalten ist.

Meine Damen und Herren! Die Christlich-Soziale Union verurteilt ein solch hemmungsloses Gewinn- und Profitstreben der Unternehmer und Händler. Freie Marktwirtschaft bedeutet für uns nicht hemmungslose Profitwirtschaft. Eine derartige Auffassung können wir nicht decken. Sie würde unserer christlichen Wirtschafts- und Sozialauffassung strikt widersprechen. In der klassischen freien Marktwirtschaft drückt die Konkurrenz — ich sage: in der klassischen freien Marktwirtschaft — die Preise von selbst auf die niedrigsten Produktionskosten. In unserer derzeitigen Wirtschaft fehlt

aber noch diese Konkurrenz, da infolge ungenügender Produktion das Angebot an Waren und Gütern im Verhältnis zur Nachfrage viel zu gering ist. Nur durch das Fehlen der Konkurrenz, des genügenden Angebots, sind diese übermäßigen Gewinnnahmen möglich. Durch diese übermäßigen Gewinnnahmen wird die durch die Angleichung der Inlandspreise an die Preise des Weltmarkts eingetretene Preissteigerung noch wesentlich verschärft. Dieses Fehlen der Konkurrenz, des ausreichenden Warenangebots, ist auf eine ungenügende Produktion der heutigen Wirtschaft zurückzuführen. Diese wiederum ist zurückzuführen auf den Mangel an Rohstoffen, deren die deutsche Wirtschaft im erschreckendem Maße entbehrt. Auf die notwendigen Rohstofflieferungen haben aber die deutschen Stellen fast keinen Einfluß.

Ich fühle mich nicht berufen, die Wirtschaftspolitik von Dr. Erhard zu verteidigen. Das kann er persönlich vielleicht viel besser. Aber eines kann man wohl sagen: Diesen Mangel an Rohstoffen und diese mangelnde Güterproduktion hat Dr. Erhard meiner Ansicht nach nicht zu vertreten. Jedem Fachmann war klar, daß das Experiment der Währungsstellung nur gelingen, daß das neue Geld seine Kaufkraft und damit seinen Wert nur behalten würde, wenn der deutschen Wirtschaft gleichzeitig genügend Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden, damit die notwendigen Güter und Waren hergestellt werden können; denn das Geld muß durch Waren und Güter gedeckt sein, wenn es seinen Wert und seine Kaufkraft behalten soll.

Ich habe vor einigen Tagen mit dem früheren Wirtschaftsdirektor Dr. Semler gesprochen. Er hat mir erzählt, daß er schon zu Beginn dieses Jahres, im Januar, die Besatzungsmächte darauf aufmerksam gemacht hat, daß sie für den Fall einer Währungsregulierung im Laufe des Jahres unbedingt dafür sorgen müssen, daß gleichzeitig die nötigen Rohstoffe eingeführt werden, um die Produktion sofort zu erhöhen. Direktor Dr. Erhard war meiner Ansicht nach sicher des guten Glaubens, daß die Besatzungsmächte gleichzeitig mit der Einführung des neuen Geldes auch dafür sorgen würden, daß die deutsche Wirtschaft die notwendigen Rohstoffe erhält. Tatsächlich sind aber bisher im Rahmen der Marshallplanlieferungen fast gar keine Rohstoffe in die deutsche Wirtschaft hineingeströmt. Ohne eine entsprechende Rohstoffpolitik muß aber die ganze Währungspolitik scheitern.

Sie wissen aber auch, meine Damen und Herren, daß die deutschen Stellen die Verantwortung für die neue Währungspolitik abgelehnt haben. Über eines müssen wir uns nämlich alle im Klaren sein: Einen Zusammenbruch der neuen deutschen Währung würde die neue deutsche Demokratie nicht überleben.

(Dr. Rief: Sie ist ja schon zusammengebrochen!)

Mit dem Zusammenbruch der neuen deutschen Währung aber würde auch die ganze Besatzungspolitik der westlichen Besatzungsmächte zusammenbrechen. Solange die freie Marktwirtschaft nicht funktioniert, solange die preisdrückende Konkurrenz durch entsprechendes Warenangebot nicht wirksam gemacht werden kann, so lange muß eben der Staat eingreifen. Direktor Dr. Erhard sucht nun die jetzt noch fehlende preisdrückende Konkurrenz durch eine besondere Maßnahme zu ersetzen, nämlich durch das sogenannte Utility-Programm oder, wie es auch genannt wird, das Jedermann-Programm. Es

(Scheffel [CSU])

werden; vertragliche Abmachungen mit Fabriken getroffen, die lebenswichtige Güter in Serienfabrikation herstellen, und zwar zu angemessenen Preisen. Es sollen keine Waren minderwertiger Qualität hergestellt werden, sondern Qualitätswaren. Von dieser Serienfabrikation erhofft man sich eine preisdrückende Wirkung auf die Waren derjenigen Unternehmen, die nicht in dieses Jedermann-Programm eingeschaltet sind.

Eine weitere wirtschaftspolitische Maßnahme zur Herabsetzung der Preise stellt die Veröffentlichung des sogenannten Preis spiegels dar, die periodische Veröffentlichung sogenannter Normalpreise oder Richtpreise für die lebenswichtigsten Gebrauchsgüter. Dieser Spiegel ist aber ein Spiegel wie jeder andere auch; man kann in ihn hineinschauen oder auch nicht. Manche Unternehmer und Händler werden vermutlich nicht hineinschauen. Hier muß eben der Staat nachhelfen. Das Nehmen unangemessener Gewinne muß schärfstens bestraft werden, eventuell im Wiederholungsfall sogar mit Entzug der Konzession.

(Sehr richtig!)

Durch die Erklärung der Staatsregierung, des Herrn Staatssekretärs Geiger, ist Ziffer 1 des Antrags des Wirtschaftsausschusses erledigt. Der Wirtschaftsrat in Frankfurt hat in der Zwischenzeit genau diejenigen Vorschriften erlassen, die der Wirtschaftsausschuß in seinen Beratungen verlangt hat. Deshalb erkläre ich hiermit Ziffer 1 meines Antrags für erledigt; ich ziehe ihn zurück. Ziffer 2 wird aber aufrechterhalten. Wenn auch der Herr Regierungsvertreter zugesichert hat, daß die bayerische Staatsregierung die Preiskontrolle schärfstens durchführen wird, so wollen wir doch heute durch Annahme des vorliegenden Antrags noch einmal zum Ausdruck bringen, daß die Volkvertretung von der bayerischen Staatsregierung verlangt, daß auf dem Gebiet der Preisüberwachung in Bayern schärfstens durchgegriffen wird. Die Staatsregierung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß eine laufende Kontrolle der Preise auf ihre Angemessenheit hin durchgeführt wird. Die Staatsregierung wird ferner beauftragt, die Einhaltung der sonstigen noch bestehenden Preisvorschriften in Bayern schärfstens zu überwachen.

Durch die Anordnung des Wirtschaftsrats vom 25. Juli 1948 über Preisbildung und Preisüberwachung sind nämlich nicht alle bisherigen Preisvorschriften außer Kraft gesetzt worden. Es gibt vor allem noch die sogenannte Preisauszeichnungspflicht und die Verordnung über Preisbindungen vom 23. November 1940, welche insbesondere die Verabredung von Mindestpreisen, soweit sie nicht behördlich genehmigt werden, unter Strafe stellt. Mit dem vorliegenden Antrag wird die Regierung beauftragt, für die Einhaltung dieser beiden äußerst wichtigen Preisvorschriften Sorge zu tragen. Die gesetzlich festgelegte Pflicht zur Preisauszeichnung soll dem Käufer vor allem die sogenannte Marktorientierung erleichtern. Sie soll es ihm ermöglichen, die Preise zu vergleichen, bevor er zum Kauf schreitet, und somit den für ihn günstigsten Preis festzustellen. Die Preissteigerungen sind nämlich zu einem großen Teil auch darauf zurückzuführen, daß von den Konsumenten wahllos alles gekauft worden ist, ohne daß sie die Preise miteinander verglichen hätten. Man hat z. B. festgestellt, daß in einer Straße in München ein Produkt 5 DM gekostet hat, während

in der nächsten Straße das ganz genau gleiche Produkt um 8 DM verkauft worden ist. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Käufer auch in Zukunft mehr sogenannte Marktdisziplin zeigen.

Aber nicht nur die preistreibenden Tendenzen sollen in der Volkswirtschaft bekämpft werden, sondern man soll auch die preismindernden Tendenzen der Wirtschaft stärken. Es ist allgemein bekannt, daß durch die Rationalisierung der Unternehmungen die Produktion und damit die Waren verbilligt werden können. Die deutsche Industrie ist heute zum größten Teil technisch veraltet und muß sobald als möglich rationalisiert werden, weil sie sonst überhaupt gegenüber dem Ausland nicht mehr konkurrenzfähig ist und ein deutscher Export, auf den wir dringend angewiesen sind, unmöglich sein wird. Der Wirtschaftsausschuß hat daher den Antrag der Frau Abgeordneten Dr. Probst, wonach zur Rationalisierung von lebenswichtigen Produktionsunternehmungen langfristige und billige Kredite zur Verfügung gestellt werden sollen, angenommen und Ihnen zur Annahme empfohlen. Bei einem Zinssatz von 9 bis 10 Prozent, wie er heute besteht, kann diese Rationalisierung nicht durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren! Ein abschließendes Urteil über die neue Wirtschaftspolitik kann heute noch nicht gefällt werden. Nach 15jähriger Kommando- und Befehlswirtschaft kann man nicht schon den Stab über eine neue Wirtschaftspolitik brechen, die erst seit drei Monaten im Anlaufen ist. Wenn man gerecht sein will, muß man anerkennen, daß gegenüber der Zeit vor dem 20. Juni 1948 doch eine wesentliche Besserung eingetreten ist. Die Produktion ist in sehr weitem Maß angestiegen, im Durchschnitt bis zu 20 Prozent, in einigen Produktionsunternehmungen sogar bis zu 60 Prozent. Ferner ist es jedenfalls auch eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß man sich heute mit etwa 150 DM mehr kaufen kann als mit 150 RM vor dem 20. Juni 1948.

(Dr. Hille: Aber der arme Mann kann nicht einmal das Notwendigste kaufen!)

— Herr Kollege Dr. Hille, damit will ich durchaus nicht gesagt haben, daß ich das jetzige Lohnniveau für angemessen erachte. Es ist unumgänglich notwendig, das niedrige Lohnniveau dem höheren Preisniveau anzugleichen.

(Zuruf: Die Preise herunter!)

— Darauf komme ich auch noch. Der größte Fehler war, daß man nicht schon vor der Währungsänderung die Preise in das richtige Verhältnis zu den Löhnen gebracht hat, daß man nicht die richtige — wie die Wirtschaftswissenschaftler sich ausdrücken — Preis-Lohn-Relation hergestellt hat. Diese Ungleichung war aber nicht möglich, weil nämlich der sogenannte Lohnstopp bestand. Dieser Lohnstopp beruhte nicht nur auf deutschen Vorschriften, sondern auch auf Vorschriften der Besatzungsmacht. Es bestand nämlich und besteht heute noch die Kontrollratsdirektive Nr. 14, welche den nationalsozialistischen Lohnstopp ausdrücklich beibehalten hat. Die Besatzungsmächte haben bisher an diesem Lohnstopp festgehalten, und erst in der letzten Zeit zeigt man sich geneigt, diese Bestimmungen aufzuheben. Dem Wirtschaftsrat in Frankfurt liegt auch bereits ein deutscher Gesetzentwurf vor, wonach die bestehenden deutschen Lohnstoppvorschriften aufgehoben werden sollen. Es ist auch damit zu rechnen, daß die Kontrollratsdirektive Nr. 14 von den beiden Militärregierungen aufgehoben wird.

(Scheffek [CSU])

Auch wenn das Preisniveau nicht so hoch bleiben wird, wie es augenblicklich ist, so wird es doch in den nächsten Jahren kaum mehr auf den Stand von 1938 zurückgehen, weil die Weltmarktpreise viel höher sind als vor dem Kriege und die deutschen Inlandspreise, wie ich schon ausgeführt habe, sich in gleicher Höhe halten müssen. Demgegenüber sind die Löhne fast noch auf dem Stand von 1938 geblieben. Der Reallohn, d. h. die tatsächliche Kaufkraft der Löhne, ist heute so niedrig, daß das auf die Dauer unhaltbar ist. Lohnerhöhungen werden sich daher nicht vermeiden lassen, wenn nicht in der Zukunft schwere soziale und politische Erschütterungen eintreten sollen. Sind die Preise im Verhältnis zu den Löhnen zu hoch, dann ist nämlich der Lebensstandard dementsprechend niedrig. Ein gewisser Lebensstandard muß aber der Bevölkerung gewährleistet sein. Der Lebensstandard des Normalverbrauchers, des ehrlich verdienenden Menschen, ist heute auf eine Stufe herabgedrückt, die aus Gründen der Staatsraison nicht mehr verantwortet werden kann. Es ist meiner Ansicht nach ein untragbarer Zustand, daß heute ein Teil des Volkes ein luxuriöses Leben führt, während sich ein anderer Teil nicht einmal mehr die zum Leben notwendigen Güter kaufen kann.

(Sehr richtig!)

Wird hier nicht beschleunigt Abhilfe geschaffen, so kann es zu schweren sozialen und politischen Erschütterungen kommen, welche die ganze Existenzgrundlage des Staates bedrohen können. Und dies dann mit Recht! Denn ein Staat, der nicht in der Lage ist, dem schaffenden Volk ein Minimum an Existenz, an Wohnung und Kleidung zu gewährleisten, hat meiner Ansicht nach jede Existenzberechtigung verloren.

Über das eine freilich müssen wir uns klar sein, daß wir für die nächsten Jahre nicht mehr auf den Lebensstandard von 1938 zurückkehren können; denn zwischen 1938 und 1948 liegt ein verlorener Krieg. Das Sozialprodukt von heute, das heißt die gesamte Produktion der Wirtschaft, beträgt noch nicht einmal 50 Prozent von 1938. Den begreiflichen Wunsch, den manche Deutsche hegen, wieder wie im Frieden zu leben, kann weder die freie Wirtschaft noch die Befehlswirtschaft erfüllen. Das deutsche Volk kommt mir heute manchmal vor wie ein Mann, der nur 50 Mark in der Tasche hat, aber 100 Mark ausgeben will. Manche rufen da heute wieder nach der Zwangswirtschaft und Rationierung. Wie sollte aber dadurch die Produktion erhöht werden, wie sollte dadurch vor allem das bestehende Mißverhältnis zwischen dem Geldmittelumlauf und den Warenbeständen beseitigt werden? Der heute bestehende Zustand ist doch der, daß die umlaufenden Geldmengen im Verhältnis zu den vorhandenen Waren eben zu groß sind. Die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft würde ja nur die Methode der Verteilung der Produkte ändern, nicht aber eine Erhöhung der Produktion selbst bedeuten. Der große Trugschluß bei einem Teil des deutschen Volkes war der, daß man geglaubt hat, mit der Währungsanierung allein wäre unsere Wirtschaft auch schon wieder normalisiert. Die Währungsregulierung ist aber nur die Voraussetzung für die Wiederherstellung geordneter Wirtschaftsverhältnisse. Geordnete Wirtschaftsverhältnisse kann aber nur eine erhöhte Produktion, eine Vergrößerung des Sozialprodukts, schaffen. Je größer das Sozial-

produkt ist, desto größer ist der Anteil des einzelnen an diesem Sozialprodukt. Lohnerhöhungen allein nützen auf die Dauer den Lohn- und Gehaltsempfängern auch nichts, weil sie nur wieder Preissteigerungen im Gefolge haben, welche dann die durch die Lohnerhöhung eingetretene Kaufkraftsteigerung wieder aufheben. Lediglich durch eine erhöhte Produktion können wir also den Lebensstandard unseres Volkes heben. Alles andere ist Täuschung.

Meine Damen und Herren! Aus meinen Darlegungen geht hervor, daß nicht der Wirtschaftsrat in Frankfurt für die schlechte wirtschaftliche Lage in Westdeutschland, für die geringe Produktion der deutschen Wirtschaft, für den bestehenden Rohstoffmangel und daher für den bestehenden Güter- und Warenmangel und demzufolge auch nicht für die hohen Preise, soweit sie auf Rohstoff- und Gütermängel beruhen, verantwortlich gemacht werden kann. Alle diese Dinge sind zum größten Teil eine Folge des verlorenen Krieges.

(Dr. Hille: Nicht nur!)

In einer offiziellen Verlautbarung macht nun die bayerische Sozialdemokratie die Christlich-Soziale Union, ja sogar die bayerische Staatsregierung für die hohen Preise, das heißt also faktisch für die niedrige Kaufkraft des neuen Geldes verantwortlich. Die CSU ist an den hohen Preisen so wenig schuld wie etwa die bayerische Sozialdemokratie an dem jüdisch-arabischen Krieg in Palästina.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU.)

Ich frage Sie: Warum soll der Ministerpräsident des Freistaates Bayern, warum sollen die Minister seines Kabinetts, warum soll die CSU für die hohen Preise verantwortlich sein? Sind sie vielleicht verantwortlich dafür, daß die deutsche Wirtschaft durch den Krieg zerstört wurde, daß die Produktion auf die Hälfte der Vorkriegszeit zurückgegangen ist und daß die Gesamtproduktion nicht ausreicht, um alle Deutschen ausreichend mit den lebensnotwendigen Gütern zu versorgen?

(Zuruf von der SPD: Darum geht es nicht!)

Sind sie dafür verantwortlich, daß fremde Mächte in Deutschland die Herrschaftsgewalt ausüben, daß fremde Mächte die deutsche Währungs- und Wirtschaftspolitik bestimmen?

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Meiner Ansicht nach sind dafür diejenigen verantwortlich, die in den entscheidenden Jahren 1932/33 Adolf Hitler ihre Stimme gegeben und ihm damit zur Macht verholfen haben. Gerade diejenigen schreien aber heute am meisten über die schlechten Zustände! Ist die CSU und die Regierung etwa für die hermetische Abschließung der deutschen Volkswirtschaft durch die Nazi-Wirtschaftspolitik verantwortlich, ist sie für die Nazi-Preisstopppolitik verantwortlich? Diese Preisstopppolitik der Nazi ist doch die Ursache, daß jetzt eine Angleichung der niedrigen deutschen Inlandspreise an die höheren Weltmarktpreise erfolgen muß, durch die nun die Preiserhöhungen ausgelöst werden. Ist die CSU dafür verantwortlich, daß die Besatzungsmächte eine Währungsreform durchführten, ohne gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die entsprechenden Rohstoffeinfuhren erfolgten, damit die Produktion hätte erhöht und die nötigen Waren und Güter hätten hergestellt werden können, so daß das neue Geld seine Warendeckung und seine Kaufkraft finden könnte? Ist die CSU

(Scheffbeck [CSU])

vielleicht dafür verantwortlich, daß vor der Währungsreform nicht die notwendige Relation der Preise und Löhne hergestellt werden konnte? Schuld daran ist doch, wie ich schon ausführte, die Kontrollratsdirektive Nr. 14, welche Lohnerhöhungen im allgemeinen verboten hat. Es ist politisch unehrlich, jemand für etwas verantwortlich zu machen, der es nicht ist. Jede parlamentarische Opposition ist heute in Deutschland auf Grund der staats- und völkerrechtlichen Lage, in der wir uns befinden, unehrlich. Der ganze Parlamentarismus, bei welchem die Regierung die Verantwortung tragen soll, ist ja unecht! Es ist ein Pseudo-Parlamentarismus und eine Pseudo-Demokratie. Wir sind ja gar nicht die Vertreter eines souveränen Volkes; denn die Staatsgewalt liegt nicht beim bayerischen Volk, wenn das auch in der Bayerischen Verfassung so steht, sondern die Souveränität liegt bei den Besatzungsmächten. Es herrscht in Bayern nicht bayerische Staatsgewalt, sondern amerikanische Besatzungsgewalt.

(Beifall bei der CSU.)

Wir sind keine vollwertigen Parlamentarier, wir sind gestatten Sie mir den Ausdruck — parlamentarische Eunuchen.

(Heiterkeit.)

Wenn wir ein Gesetz machen, müssen wir riskieren, daß es von der Besatzungsmacht wieder aufgehoben wird. Wir haben vor einiger Zeit zum Beispiel die Ärztliche Niederlassungsordnung angenommen — sie ist jetzt von OMGUS-Berlin beanstandet worden. Wir haben ein Gesetz über „die Bekämpfung von Markenfälschungen in großem Umfang“ angenommen — das Gesetz ist von der Militärregierung aufgehoben worden. Wir haben, um noch ein weiteres Beispiel zu nennen, die Lernmittelfreiheit diktiert erhalten. Wie wollen Sie hier, meine Herren von der SPD, die CSU und die Regierung verantwortlich machen?

Wenn Sie dem Volke vormachen, daß etwa durch eine Landtagsauflösung und Beseitigung der jetzigen Regierung die Lage gebessert werden könnte, so spiegeln Sie dem Volk aus parteitaktischen Gründen eine staatsrechtliche Illusion von einem voll verantwortlichen Parlament und einer voll verantwortlichen und voll zuständigen Regierung vor.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Die wahre Macht liegt ja doch nicht bei der bayerischen Staatsregierung, sondern bei der Besatzungsmacht. Es ist übrigens sehr zweifelhaft, meine Herren von der SPD, ob Sie bei Landtagsneuwahlen die Gewinner sein würden.

(Zuruf von der SPD: Darauf kommt es nicht an!)

Bei den Gemeindewahlen war dies jedenfalls nicht der Fall. Nicht die legale Opposition dieses Hauses hat bei den Gemeindewahlen den Sieg davongetragen, sondern die totalitären und radikalen Gruppen außerhalb des Parlaments, die KPD und die Bayernpartei.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Sie sehen, meine Herren von der SPD, Sie sind auf dem Wege — gestatten Sie mir, das zu sagen —, eine tragische Politik zu machen, tragisch für die neue deutsche Demokratie. Wenn Sie mit dieser Politik fort-

fahren, wird die neue deutsche Demokratie ebenso scheitern, wie die Weimarer Demokratie gescheitert ist. Die demokratischen Parteien, zu denen Sie und wir gehören, müssen meiner Ansicht nach von den radikalen Gruppen von rechts und links zerrieben werden, wenn sich die demokratischen Parteien der Mitte nicht zusammenschließen. Eine von den radikalen Parteien wird sich dann des Staatsapparats bemächtigen.

Die Sozialdemokratische Partei hat in ihrer Resolution, um das auch zu erwähnen, der Christlich-Sozialen Union auch Ideenlosigkeit vorgeworfen. Wenn sich die Herren von der SPD das Parteiprogramm der Christlich-Sozialen Union ansehen, dann werden sie sehen, welche Ideenfülle sich hier auf tut.

(Fischer Wilhelm: Auf dem Papier!)

— Herr Kollege Fischer, wir haben leider nicht die Macht, die Ideen unseres Parteiprogramms durchzuführen. Auch die SPD hat ja diese Macht nicht. Ich darf Sie hier daran erinnern, daß im Lande Nordrhein-Westfalen Ihre Partei die Sozialisierung des Kohlenbergbaus durchführen wollte, die in Ihrem Programm steht, daß aber die Militärregierung dieses Gesetz nicht genehmigt hat.

(Zuruf von der SPD: Bei uns will man das aber gar nicht!)

Wenn wir die Macht hätten, würden wir, davon dürfen Sie überzeugt sein, unsere Ideen durchführen. Statt daß sich die demokratischen Parteien gegenseitig bekämpfen und sich die Schuld an den jetzigen Zuständen zuschieben, die keine von ihnen trifft, sollten sie meiner Ansicht nach alle Kraft nur darauf verwenden, sich an die wirklich Verantwortlichen in Deutschland, nämlich an die Besatzungsmächte, zu wenden. Meiner Ansicht nach besteht die Hauptaufgabe eines deutschen Parlaments auf Grund der besonderen staats- und volkrechtlichen Stellung, in der es sich befindet, darin, Sprecher des Volkes gegenüber der Besatzungsmacht zu sein, Mittler zwischen Volk und Besatzungsmacht zu sein. Wir dürfen nicht müde werden, den Besatzungsmächten die deutschen Probleme immer und immer wieder aufzuzeigen. Wir können natürlich den Besatzungsmächten nicht sagen: Das müßt ihr tun!, sondern wir müssen ihnen sagen, daß, wenn sie dieses oder jenes Ziel in ihrer Besatzungspolitik erreichen wollen, sie dann unserer Ansicht nach diese und jene Maßnahmen ergreifen müssen. Wir müssen ihnen z. B. jetzt immer wieder sagen, daß, wenn die Währungsreform gelingen, wenn das neue Geld seinen Wert und seine Kaufkraft behalten soll, sie schleunigst dafür sorgen müssen, daß der deutschen Wirtschaft genügend Rohstoffe zugeführt werden, damit mehr Waren produziert werden können. Wir müssen unsere Stimme immer und immer wieder erheben und müssen sie vielleicht einmal so laut erheben, daß sie sogar über das große Wasser dringt. Das ist meiner Ansicht nach unsere Hauptaufgabe als Schein- und Halb-Parlamentarier, die wir sind, und das ist meiner Ansicht nach auch das, was das Volk in der staatsrechtlichen Zwitterstellung, in der wir uns befinden, von uns billigerweise verlangen kann. Erfüllen wir diese unsere gewiß nicht leichte Aufgabe, dann, aber auch nur dann, werden wir vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte in Ehren bestehen können.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Der Herr Abgeordnete Scheffbeck hat unter anderem gesagt: Wir sind parlamentarische

(I. Vizepräsident)

Gunuchen. Ich nehme an, daß er nur sich selbst damit gemeint hat. Dagegen ist nichts einzuwenden.

(Heiterkeit.)

Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten **Weinzierl Alois**.

Weinzierl Alois (CSU): Hohes Haus! Verehrte Frauen und Männer! Gestatten Sie mir, daß ich als kleines Bäuerelein in dieser Angelegenheit auch einige Worte spreche. Ich möchte vorausschicken, daß es mir natürlich schwerfallen wird, nach diesen beiden vorzüglichen Rednern als, wie ich schon sagte, kleines Bäuerelein die Worte so zu wählen, daß sie auch etwas Anklang finden.

(Zuruf: Die Hauptsache ist, daß sie befruchtend wirken!)

Ich möchte zunächst kurz auf einige Ausführungen des Herrn Kollegen **Fischer** zurückkommen, der unter anderem gesagt hat, daß die seinerzeitige große Gewerkschaftsversammlung, an der nach den Angaben rund 100 000 teilgenommen haben, nicht von den Gewerkschaften organisiert worden sei. Ich weiß das nicht. Mir hat aber die ganze Organisation eigentlich gefallen, weil sie nämlich gut war. Unser Herr Kollege **Hagen**, den ich hoch schätze, hat es verstanden, die Sache so zu bewerkstelligen, daß er am letzten Tag dieser großen Tagung einstimmig wieder zum Präsidenten gewählt wurde. Ich freue mich, daß er es wieder geworden ist. Ich habe aber schon erwähnt, wie geschickt, wie großartig das gemacht wurde. Bei der Deputiertenversammlung schlug man mit der Faust auf den Tisch. Gut! Bei der Massenkundgebung, da rummelte man noch mehr. Auch gut! Und am letzten Tage einstimmige Wahl! Ich habe so etwas auch schon öfter mitgemacht im Leben, aber es ist mir nicht so gut geglückt.

(Heiterkeit.)

Ich bin da also durchaus einverstanden, möchte aber in dieser heutigen Notzeit vielleicht doch etwas warnen, immer wieder solche Dinge zu veranstalten.

(Zuruf von der SPD: Habt Ihr Angst?)

— Gar keine, wirklich gar keine!

Als wir hier in diesem Hause versammelt waren, um die Vertreter zum Parlamentarischen Rat in Bonn zu wählen, war auch unser Kollege **Dr. Baumgartner** anwesend. Er hat von dieser Stelle aus gesprochen und unter anderem gesagt: Im Jahre 1919 ist man marschiert, im Jahre 1933 ist man marschiert usw.

(Zuruf: Und jetzt marschiert die Bayernpartei!)

Ich habe das selbst miterlebt, diese Marschiererei. Ich habe sogar in München seinerzeit miterlebt — ich darf das vielleicht kurz erwähnen, wenn es eigentlich auch nicht direkt zur Sache gehört, wie in München, als der damalige Ministerpräsident **Eisner** beigelegt wurde — Sie können sich zu ihm stellen, wie Sie wollen, er ist schon lange tot, er war aber ein Mensch und wurde meuchlings ermordet —, rund 150 000 mitmarschiert sind. Später, im Jahre 1923, glaube ich, sind von diesen 150 000 wieder viele Tausende mit Hitler marschiert, und so sind wir weiter marschiert bis zum Jahre 1933, und vielleicht marschieren wir jetzt auch weiter. Da darf ich die Herren Kollegen von der SPD vielleicht doch darauf aufmerksam machen, daß man in Frankreich heute zwar nicht mar-

schiert, aber streift, und zwar in ganz großartiger Weise, wodurch dem französischen Volk natürlich die größten Schwierigkeiten entstehen. Meine sehr verehrten Kollegen von links! Sind nicht vielleicht in Frankreich die Parteien, die Ihnen nahesteht, etwas daran schuld, daß heute dort gestreift wird? Ich weiß es nicht und ich mache Ihnen auch keine Vorwürfe.

(Zurufe von der SPD.)

Wie heißt denn die Partei? Ich glaube: Sozialisten. Gerade die sind es, die der Regierung immer die Schwierigkeiten machen.

(Dr. Hoegner: Die Kommunisten!)

— Das kann möglich sein. Vielleicht verstehen Sie das besser als ich. Ich bin ja nur ein einfaches Bäuerelein.

(Heiterkeit.)

Wenn Ihnen diese Dinge unangenehm sind, dann gehe ich zu etwas anderem über. Ich komme damit zur eigentlichen Sache. Herr Kollege **Fischer** hat gemeint, unser sehr verehrter Herr Landwirtschaftsminister hätte in seiner Radioansprache uns Bauern aufgefordert, wir sollten die Kartoffeln nicht unter dem Höchstpreis verkaufen. Da frage ich Sie: Wie stand es am 20. Juni, als die neue Währung eingeführt wurde — ich wende mich da besonders an einen Abgeordneten aus Ihrem Kreis, an Herrn Kollegen **Bogl** —, um die Landwirtschaft? Handel, Gewerbe und Industrie konnten für ihre Arbeiter die sogenannte D-Mark holen, wir von der Landwirtschaft aber bekamen gar nichts. Im gleichen Augenblick kamen Kartoffeln in unübersehbaren Mengen aus dem Ausland herein, so daß wir unsere Frühkartoffeln einfach nicht absetzen konnten. Ich bin selbst mit meiner Tochter, deren Mann leider vermisst ist, auf den Kartoffelmarkt gefahren, um dort die Frühkartoffeln abzusetzen. Da sind die Verbraucher an unserem Wagen vorbeigegangen und haben erklärt: Um 3 Mark kaufen wir keine Kartoffeln, die müßt ihr noch viel billiger abgeben. Und wir haben sie auch billiger abgegeben. Ich habe an dieser Stelle schon einmal gesagt: Ich stelle mich nicht schützend vor diejenigen Elemente des Bauernstandes, die sogenannte Konjunkturritter sind, die ihre Ware um teures Geld verkaufen. Das eine aber müssen Sie mir doch zugeben, daß die Bauern und Bäuerinnen während des Krieges und auch nach dem Kriege gearbeitet haben und heute noch arbeiten.

(Zuruf von der SPD: Das bestreitet niemand!)

und daß gerade der Bauer derjenige ist, der seine Produkte, die er mit größter Mühe das ganze Jahr über erzeugt, der Allgemeinheit restlos zur Verfügung stellen muß; denn andernfalls wird auf ihn losgeschlagen, fährt man auf ihn los wie der Geier auf die Henne. Ich will den ehrlichen und guten Arbeitern — ich kenne genügend — keinen Vorwurf machen, aber wie viele Menschen haben wir noch in Bayern und in Deutschland, die ihre Arbeitskraft nicht zur Verfügung stellen! Ich frage da die Direktoren der verschiedenen Arbeitsämter in unseren Reihen; die wissen doch ganz genau, daß unter den Arbeitssuchenden genügend Kräfte vorhanden wären, die in die Landwirtschaft gehen könnten, aber nicht gehen wollen. Heute wird und kann es natürlich niemand einfallen, einen Mann zu zwingen, eine Arbeit anzunehmen. Nur den Bauern kann man zwingen!

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

(Weinzierl Alois [CSU])

Man kann weder die Industrie noch den Handel packen, wenn sie gehortet haben, den Bauern aber kann man immer packen! Ich glaube, wir dürfen diese Dinge doch nicht überspannen.

Da möchte ich auf die letzten Worte meines Kollegen Schefbeck zurückkommen: Benützen wir diese Notzeit, die wir jetzt durchstehen müssen, nicht zu propagandistischen Manövern, sondern stehen gerade wir, die wir gelitten haben von 1933 bis 1945 — und dazu zähle ich mich auch wie ein großer Kreis von Ihnen — zusammen, damit wir nicht vielleicht noch einmal so leiden müssen! Sie wissen, daß es ein Roman war, daß ein Baum der Lubbe im Jahre 1933 den Reichstag angezündet hat. Vielleicht aber kommt es so weit, daß im Jahre 1948 oder 1949 der bayerische Saal den Wirtschaftsrat in Frankfurt anzündet und daß dann ein anderer kommt, der den bayerischen Saal einsperrt und uns alle miteinander.

(Heiterkeit. — Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Linnert.

Dr. Linnert (FDP): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte mich dem anschließen, was Herr Kollege Weinzierl in seinen letzten Worten zum Ausdruck gebracht hat: Wollen wir doch nicht die jetzige Notzeit dazu benützen, um parteipolitische Geschäfte zu machen!

(Sehr richtig!)

Ich glaube, wenn man sich diesen Grundsatz vor Augen hält und ihn durchführen will, dann könnte man eigentlich eine Synthese finden zwischen dem, was geschehen ist, und dem, was zu geschehen hat. Wenn wir nun auf den Grund zurückgehen, der zur heutigen Debatte geführt hat, so scheint mir eines dabei ganz vergessen worden zu sein — wenigstens ist kein Redner darauf eingegangen —, nämlich daß in der Tagesordnung der Punkt enthalten ist: Bericht des Wirtschaftsausschuß-Vorsitzenden Schefbeck über den Empfang der Gewerkschaften. Hierzu wäre unbedingt etwas zu sagen, und ich bedauere es außerordentlich, daß gerade Herr Abgeordneter Schefbeck es war, der nichts dazu gesagt hat; denn er wäre eigentlich der Berufenste gewesen, hierzu zu sprechen.

(Schefbeck: Ich habe doch berichtet!)

— Herr Kollege Schefbeck, ein Bericht ist ein Bericht, aber keine Stellungnahme, falls das der Herr Jurist nicht wissen sollte. Aber es wäre doch notwendig, auch auf diesen Punkt der Tagesordnung noch einzugehen, gerade von dem Standpunkt aus, der von verschiedenen Seiten betont worden ist, nämlich daß unsere Demokratie langsam, aber sicher zum Absterben verurteilt wird, wenn nicht — die einen meinen so und die anderen meinen anders — das und das geschieht. Ganz gewiß aber kann es nicht demokratisch sein, wenn eine auch noch so starke Berufsgruppe Forderungen an die Abgeordneten stellt, wie sie hier gestellt wurden, die einer politischen Diffamierung gleichen.

(Sehr richtig!)

Wir müssen uns in der Demokratie endlich daran gewöhnen, daß auch ein anderer eine Meinung hat, die von der eigenen abweicht und die man nicht damit unter den Tisch hauen kann, daß man ihm androht, man werde ihn der

Öffentlichkeit preisgeben. Ich fürchte das nicht; ich denke gar nicht daran, einen derartigen Aufruf der Gewerkschaften zu unterschreiben oder überhaupt nur eine Antwort darauf zu geben. Ich bin meinen Wählern verantwortlich und, wenn es sein muß, diesem Haus, aber keiner Gewerkschaft, keinem Bauernverband und keinem weiß Gott was, sondern nur meinem Gewissen, wie es in der Verfassung steht, die Herr Kollege Fischer so gern zitiert. Hier zitiert er sie nicht. Wenn es sich um die Meinungs-freiheit und die persönliche Freiheit handelt, dann wird sie nicht zitiert, sondern man anerkennt natürlich den Anspruch der Gewerkschaften als zu Recht bestehend.

Ich glaube, es ist auch nicht unrichtig gewesen, was Herr Kollege Weinzierl mit dem *Marschieren* gesagt hat. Sie wissen, ich drücke mich manchmal drastisch aus und ich werde es auch jetzt tun: Ich glaube, wenn einer mit dem losen Hemdzipfel über den Königsplatz geht, dann sind 5000 und 10 000 Menschen hinter ihm. Anders ist es da auch nicht. Wir gehen den gleichen Weg, wie wir ihn um das Jahr 1933 gegangen sind. Es war kein freiwilliger Aufmarsch. Man hat die Behörden gezwungen, zu schließen. Die Stadt hat den Beschluß gefaßt, zu schließen. Man hat die Geschäfte geschlossen, und dann sind die Leute marschiert. Wir sollten vor solchen Experimenten warnen. Man ist im Jahre 1923 marschiert; man ist 1933 marschiert; man ist in Prag marschiert; man ist überall marschiert.

(Lebhafter Beifall.)

Mit Marschieren machen wir keine Politik.

(Zuruf links: Reden Sie doch von den Ursachen!)

— Ich komme schon noch darauf, Herr Kollege! Ich habe ja noch ein bißchen Zeit und werde noch auf einiges eingehen. Ich glaube, wir werden noch manchen Zwischenruf miteinander austauschen müssen. — Ich glaube also, auf diese Weise können wir kein Parlament und keine Demokratie hochhalten.

(Zuruf links: Wir fragen in Zukunft Herrn Dr. Linnert, ob wir marschieren dürfen! — Marz: Die Demokratie wird von den anderen zertreten, die keine soziale Gerechtigkeit schaffen wollen!)

— Was die soziale Gerechtigkeit angeht, so nehme ich an, daß sich in diesem hohen Hause niemand befindet, der nicht darum ringt.

(Sehr richtig! und Beifall.)

Wenn Sie über soziale Gerechtigkeit anderer Meinung sind, dann verlangen wir von Ihnen als Demokraten, daß Sie auch die Meinung der anderen achten und ehren. Man kann zwei Wege gehen. Ich habe auch mein soziales Gefühl und mein soziales Pflichtgefühl und nehme das gleiche von allen Abgeordneten an. Wenn unsere Wege verschieden sind, so denken Sie doch, an das, was Herr Kollege Fischer hier gesagt hat! Er sprach immer nur vom „Suchen“. Er hat aber nicht davon gesprochen, daß er etwas gefunden hat. Dieses Suchen nehme ich für mich und für viele genau so in Anspruch wie er. Wir suchen nämlich auch darnach, und ich glaube, wir haben auch schon bewiesen, daß wir darnach suchen, wenn wir auch andere Wege gehen als die einer sozialistischen Planwirtschaft. Die halten wir für ein Unheil und nicht für etwas Gutes, und wenn Sie anderer Meinung sind, dann appelliere ich wieder

(Zuruf)

(Dr. Einnert [FDP])

an das zweite Wort in Ihrem Parteinamen „Sozialdemokraten“. Sie nennen sich Demokraten; dann achten Sie aber auch die Mehrheit! Noch steht die Mehrheit auf anderem Boden und solange sie auf anderem Boden steht, können Sie um Ihre Ziele kämpfen und ringen. Dazu sind Sie ja da. Aber die Mehrheit muß geachtet werden. Noch besteht keine Mehrheit für sozialistische Ideen, wenigstens nicht in Bayern und auch nicht im übrigen Deutschland. Man kann also auch nicht sagen: der Frankfurter Wirtschaftsrat, sondern Sie müssen sagen: Wir Demokraten achten die nun einmal bestehende Mehrheit. Wenn man so sehr auf dem Namen Erhard herumreitet —: Erhard ist auch nur ein Mensch. Ich glaube nicht, daß er sich einbildet, daß er einem Halbgott gleicht und alles allein und am besten weiß. Wir haben keine Veranlassung, Herrn Professor Dr. Erhard zu verteidigen. Er gehört weder unserer Partei an, noch haben wir ihn zum Professor gemacht. Aber lassen Sie den Mann einmal seinen Weg gehen!

Damit möchte ich auf das zugrunde liegende Problem eingehen. Es ist nicht so, daß wir erst seit 1933 oder 1936, als die Zwangswirtschaft immer mehr eingeführt wurde, auf diesem Weg wandeln. Wir wandern ihn schon seit 1931; denn mit den Brüning'schen Notverordnungen und mit den Devisenvorschriften begann die Abschnürung Deutschlands vom Wirtschaftsmarkt. Wenn gegen die Wirtschaftstheorien eines Erhard eingewandt wird, sie seien nicht richtig, so muß man lesen und hören, was der Mann sagt. Er verlangt eine freie Weltwirtschaft. Er weiß und auch wir in Bayern wissen schon auf Grund unserer Erfahrungen von 1945 und 1946 ganz genau, daß man heute nicht eine Landratswirtschaft und nicht eine bayerische, ja nicht einmal eine deutsche Wirtschaft betreiben kann, sondern nur eine Weltwirtschaft, und daß wir in diese hineingehören. Wenn aber von Weltmarktpreisen gesprochen wird, so möchte ich dem deutschen Arbeiter nicht wünschen, daß er die gleichen Löhne bekommt wie die Hersteller von Kautschuk, der auf dem Weltmarkt sehr billig geworden ist, oder die Hersteller von Reis und anderen Dingen.

(Zuruf.)

— Wenn wir hier Volkswirtschaft treiben wollen, müssen wir uns auch die nötigen Unterlagen dazu verschaffen. Ich glaube aber, ein Parlament ist der am wenigsten geeignete Boden dazu; denn um Vergleiche anzustellen, müßten wir doch auch die Grundlagen erkennen. Es ist ja gar nicht wahr, daß alles so teuer geworden ist!

(Oh!)

— Nein! Sehen Sie sich einmal die wirtschaftlichen Grundlagen eines Arbeiterhaushalts an, wie sie z. B. in Hamburg aufgestellt worden sind! 25 Prozent eines normalen Arbeiterhaushalts erfordert die Miete. Die Miete ist aber unverändert geblieben. Einen hohen Prozentsatz erfordern Gas, Strom usw. Die Preise dafür sind ebenfalls fast unverändert.

(Zuruf links: Zum Essen bleibt nichts mehr!)

— Ich habe bis jetzt noch keinen gesehen, der verhungert ist. So darf man die Dinge nicht übertreiben. Sicher geht es vielen Menschen sehr schlecht. Das sind aber nicht die Kreise, die arbeiten. Die Kreise, die arbeiten, konnten sich immer noch durchbringen. Hundsmiserabel aber geht es

den Ausgewiesenen, die in den Lagern sitzen, und zum Teil den Evakuierten. Den Menschen, die in Arbeit stehen, geht es nicht schlecht; das ist nicht wahr.

(Zuruf des Abgeordneten Fischer Wilhelm.)

— Herr Kollege Fischer, Sie sind Leiter eines Ernährungsamtes: Sie wissen Bescheid. Ich glaube, Sie sind selber auch noch nicht verhungert, sonst säßen Sie nicht hier. Wir wollen es nicht gar so arg machen. Das klingt in Volksversammlungen wunderbar, und ich bin überzeugt, daß Sie in Volksversammlungen viel mehr Anhänger bekommen als ich. Ich habe nie gefunden, daß Volksversammlungen das Gremium sind, um volkswirtschaftliche Fragen zu entscheiden. Dazu gehört für jeden ein langes Studium, Selbstbesinnung und vor allem der ehrliche Wille, alle diese Dinge miteinander zu vergleichen. Das aber vermiße ich hier. Das wird hier nicht gemacht, sondern es werden einfach Schlagworte hineingeworfen. Ich stehe selbst in einem kleinen Beruf. Ich weiß, daß die Preise gestiegen sind, aber leider nicht meine Einnahmen. Hier sitzen eine Reihe von Krankenkassenvertretern, die mir bestätigen werden, daß wir seit 17 Jahren die gleichen Honorare bekommen. Die Ärzte und Apotheker erhalten ebenfalls die gleichen Honorare, und ebenso ist es bei Duzenden von Berufen, auch bei den Rechtsanwälten. Schauen Sie nur, wie schlecht es dem Herrn Kollegen Schefbeck geht! Es ist nicht wahr, daß es nur der sogenannten Arbeiterklasse schlecht geht. Das sind Schlagworte für politische Versammlungen. Es ist eine Tatsache, daß man jetzt, wenn man sparsam ist, wieder etwas kaufen kann, und wenn es nur ein Apfel ist. Ich habe mir voriges Jahr nicht einmal einen Apfel kaufen können; heute können Sie ihn kaufen. Wer ist denn hamstern gegangen? Wer hat 7 bis 8 Mark für ein Ei bezahlt? Dieselben, die jetzt 70 Pfennige bezahlen sollen!

Und hier eine kleine Einschaltung! Ich glaube, auf Regierungsseite verläßt man langsam die volkswirtschaftlichen Grundlagen. Jedenfalls kann ich mich mit den Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers, der nebenbei auch Ernährungsminister ist, gar nicht einverstanden erklären, wenn er im Rundfunk sagte, er hätte dafür gesorgt, daß der Bauer für seine Eier je 15 Pfennig bekommt und daß sie dem Verbraucher für je 20 Pfennig zugeführt werden sollen. Früher hat ein Ei beim Bauern 7 bis 8 Pfennig gekostet und ist dann für 11 bis 12 Pfennig verkauft worden. Heute wird dem Bauern ohne weiteres das Doppelte zugewilligt. Ich will nicht davon sprechen, ob das gerechtfertigt ist, ob man ihm das ohne weiteres zubilligen kann. Dem Handel aber gewährt man 33 Prozent Verdienstsprünge. Herr Minister, ich hätte es nicht getan. Es ist nicht der richtige Weg, daß man den Bauern die Preise vorschreibt, daß man ausschellt, wie es in Schwand bei Nürnberg geschah: Verkauft nicht unter 6,20 DM! Das ist nicht der richtige Weg. Man könnte noch viele solche Beispiele anführen. Ich glaube, mit allen diesen Mitteln und allen diesen Anträgen kommen wir nicht weiter. Schön, wir nehmen heute wahrscheinlich einstimmig die Anträge von Herrn Kollegen Schefbeck und Frau Dr. Probst an: Was ist damit erreicht? Wir haben der Erklärung des Herrn Staatssekretärs entnommen, daß das Preiswuchergesetz und alle möglichen schönen Gesetze vorhanden sind. An Gesetzen haben wir eine Inflation, der gegenüber die Geldinflation gar nichts ist. Und was hat sich geändert? Was wird sich damit ändern? Was wird deshalb morgen und übermorgen anders?

(Dr. Cinnerf [FDP])

Nichts wird sich ändern! Und warum? Weil Dr. Erhard recht hat. Die Gesetze der Wirtschaft sind eine ungeheure Macht; man kann versuchen, sie zu fesseln, sie auf andere Wege zu leiten, aber sie werden sich trotzdem durchsetzen. Sein Standpunkt „Angebot und Nachfrage regeln den Markt“ ist und bleibt richtig, wenn man nicht zur kommunistischen Zwangswirtschaft übergehen will. Da aber sind Gesetzesvorschriften die Anfangsschritte, und vor den Anfangsschritten müssen wir warnen. Ich glaube, wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten zur Genüge erlebt, was es heißt, eine gelenkte Wirtschaft zu treiben. Sie wissen ganz genau, meine Herren von der linken Seite des Hauses, daß ein Artikel, der morgen preisgebunden ist, übermorgen verschwunden ist. Dann kommen Sie und schaffen ein neues Gesetz. Glauben Sie, daß damit der Artikel erscheint? Im Mittelalter wurde der Bäcker erfäuft, der zu kleine Brote machte. An der Nürnberger Stadtmauer ist das noch zu sehen. Der Pferdedieb ist gehängt worden. Deshalb ist das Mehl doch gefälscht und sind die Pferde doch gestohlen worden. Heute ist es nicht anders. Hier sind viel stärkere Gesetze maßgebend. Ich glaube auch, daß es nicht richtig ist, wenn man sagt, nur die Besatzungsmächte seien schuld. Ich werde auf diesen Teil der Ausführungen des Herrn Kollegen Schefbeck noch zu sprechen kommen. Ich nehme an, daß er sich als Jurist bewußt ist, auf welches Statute er sich da begeben hat. Sie können nicht verlangen, daß ein Volkskörper wie der deutsche, wenn er von 1931 bis 1948, das sind 17 lange Jahre, ein halbes sogenanntes Menschenalter, einem ganz bestimmten System unterworfen war, ausgefaugt wurde und ausgeblutet ist, dann in drei Monaten gesundet. Geben Sie dem Mann — wie der Engländer bezüglich der Labour Party sagte — eine Chance, aber nicht bloß eine Chance von sechs Wochen, sondern von 1 bis 2 Jahren! Sie werden mir entgegenhalten: Bis dahin sind die Leute verhungert! In Bayern verhungert niemand. Ich glaube, die sozialen Gesetze, die wir im Sozialpolitischen Ausschuß angenommen haben, lassen niemand verhungern. In diesem Haus wird dafür gesorgt werden, daß niemand verhungert. Aber wir müssen diese Anlaufzeit haben, um zu normalen Verhältnissen zurückzukehren. Diese Anlaufzeit gilt nach meiner Ansicht auch für die Militärregierung. Ich glaube, auch die Militärregierungen haben jetzt einiges zu tun, und zwar nicht bloß in Deutschland. Sie werden nicht so schnell mit den Rohstoffen bei der Hand sein, wie es nach der Währungsreform vielleicht notwendig gewesen wäre. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die glauben, daß das Jedermann-Programm morgen schon eitel Freude unter die Menschen bringen wird. Das glaube ich nicht. Das sind Mittelschen, aber sie müssen versucht werden und sie werden vielleicht einen kleinen Erfolg bringen. Grundlegend wird eine Änderung unserer Wirtschaftsauffassung sein, und hier unterscheide ich mich allerdings grundsätzlich von der Sozialdemokratie, nicht in sozialen Fragen, aber in der Wirtschaftsauffassung.

Ich weiß ein Heilmittel gegen diese Schädlinge im Handelsstand, im Bauernstand, auch im Ärztestand und überall, wo es solche gibt. Geben Sie diesen Berufsständen die Selbstverwaltung in die Hand und Sie dürfen überzeugt sein, daß sich die anständigen Menschen durchsetzen und die unanständigen an die Wand gedrückt werden. Aber wer ist es, der die hierzu notwendige

Zwangsmittel bei diesen Berufsgruppen verhindert? Das ist die linke Seite dieses Hauses. Das sind die Gewerkschaften, die es verhindern, daß z. B. der Ärzte- und Zahnärztestand sich konsolidieren.

(Heiterkeit. — Zuruf links: Freie Wirtschaft und Zwang!)

— Nein, das ist freie Wirtschaft, wenn man der Wirtschaft selbst die Mittel in die Hand gibt, zu korrigieren. Dann sorgen wir für Ordnung. Also, bitte, geben Sie den Industrie- und Handelskammern die Möglichkeit, die Schädlinge im Handelsstand, unter denen niemand mehr leidet als der anständige Kaufmann, zu beseitigen! Dort kennt man die Leute. Geben Sie dem Bauernverband die Möglichkeit, die Bauern — diese gibt es heute noch massenhaft —, die gegen die Bewirtschaftungsvorschriften verstoßen, auszumerzen! Kommen Sie mir nicht mit dem Wort „Zwangsorganisation“! Beruht denn nicht der ganze Staat auf Zwang? Zahlt jemand gerne Steuern? Er muß sie zahlen. Viele Leute würden ihre Kinder nicht in die Schule schicken, aber sie müssen sie hineinschicken.

(Fischer Wilhelm: Die Vergleiche sind zum Schießen!)

— Die sind nicht zum Schießen. Ein Staat kann ohne einen gewissen Zwang nicht leben, aber der Zwang soll nur bis an die Grenze des Notwendigen gehen. Diese ist mit der Planwirtschaft überschritten. Wir müssen wirklich versuchen, das freie Spiel der Kräfte sich auswirken zu lassen. Ich gebrauche dieses Wort, obwohl ich weiß, daß es mir in Versammlungen vorgehalten wird. Ich glaube auch an das, was Erhard sagt, obwohl er nicht zu uns gehört. Er scheint sich heute auf eine andere Richtung hin zu bewegen. Ich glaube, daß die Wirtschaft selbst gesunden wird. Ich glaube nicht daran, daß die Planwirtschaft ein Segen für die Menschheit ist. Sie ist ein Unglück und kein Vorteil für die Menschheit.

Wenn man sich nun — und das möchte ich Herrn Kollegen Schefbeck noch sagen — auf die Militärregierung hinausreden will, so findet man draußen im Volk damit natürlich Beifall, aber ich glaube, man sollte dann auch konsequent den Weg zu Ende gehen. Herr Kollege Schefbeck hat einen gefährlichen Satz ausgesprochen, den ich nicht dem Wortlaut, aber dem Sinne nach behalten habe: Ein Staat hätte keine Berechtigung, der nicht die primitivsten Rechte der Bürger, wie sie in der Verfassung stehen, auf Wohnung, Kleidung usw. zu gewährleisten vermag, sondern der in allem abhängig ist. Das ist die Grundeinstellung der Freien Demokratischen Partei zu unserer Verfassung, und darum hat sie diese abgelehnt und erklärt: Ein Staat, der nicht foweräm ist, braucht keine Verfassung. Davon brauchen wir kein Jota zurückzunehmen. Wir haben nun einen glänzenden Beweis, wie richtig unsere Auffassung war, und ich werde die einschlägigen Ausführungen gern dem Stenogramm entnehmen. Aber wenn wir schon ein solches Gebilde wie einen Staat haben, sollten wir versuchen, mit ihm das zu erreichen, was möglich ist. Diese Möglichkeiten bestehen nicht darin, daß wir hier in diesem Plenum von der Militärregierung und ihren Unvollkommenheiten sprechen, sondern sie bestehen darin, daß die sachkundigen Kräfte, die es hier gibt, die Dinge klarstellen, wie sie sind, damit die Militärregierung nicht den Eindruck gewinnt, daß hier Reden an das Volk gehalten werden, sondern daß sie sieht: Uns ist es ernst um die Grundfragen, um die es geht. Ich habe dann die bestimmte Hoffnung, daß es möglich sein wird, uns die Grundlagen für die Wirtschaft zu

(Dr. Einnert [FDP])

schaffen. Darin gehe ich mit allen einig, auch mit Herrn Kollegen Fischer; er hat daselbe angedeutet. Wir leiden nicht nur unter der Abtrennung von der Weltwirtschaft. Wir haben die zerstörten Städte und Fabriken, die Demontagen und was sonst noch zu erwähnen wäre, die ja mit daran schuld sind, daß wir nicht in die Höhe kommen. Das kann aber nicht ausschlaggebend für uns sein. Unser Wille, uns zu behaupten, muß so groß sein, daß wir über diese Schwierigkeiten hinwegkommen. Ich kann nicht verstehen, daß in dieser Zeit noch die 40-Stunden-Woche propagiert wird. Ich glaube, wir werden den Zeitpunkt erleben, wo wir weit darüber hinausgehen müssen. Wir müssen es so halten, wie es Herr Kollege Weinzierl von den Bauern gesagt hat: Arbeiten und nochmals arbeiten! Das ist die einzige Lösungsmöglichkeit, die es überhaupt gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Fischer Wilhelm.)

— Herr Kollege Fischer, ich glaube, Sie arbeiten auch mehr als 40 Stunden, wie ich und die meisten, die hier im Hause sind. Aber man sollte dem Volk nicht Märchen vorerzählen. Vor drei Monaten hat man die geringe Arbeitszeit damit begründet, daß man gesagt hat: Wir haben nicht genug zum Leben und können daher nicht mehr arbeiten. Jetzt kann man diese Ausrede nicht mehr gebrauchen. Die Preise sind zwar gestiegen, aber es besteht jetzt wieder die Möglichkeit, zu leben. Wenn die Ersparnisse verlorengegangen sind, du lieber Gott, diese Ersparnisse wären bei einer Fortsetzung der Zwangswirtschaft genau so schnell kaputtgegangen wie bei der Währungsreform; denn sie hätten in die notwendigen Lebensmittel und alle diese Dinge hineingesteckt werden müssen. Ich glaube, da wäre gar nichts anderes dabei herausgekommen.

(Zuruf: Und die Betriebe, die kurzarbeiten müssen!)

— Daran ist nichts zu ändern. Nicht umsonst haben wir ein Gesetz über die Kurzarbeiterunterstützung; nicht umsonst haben wir in Bayern ein Gesetz über die Urlaubszeit gemacht; nicht umsonst haben wir heute ein Gesetz gegen die Massenentlassungen usw. beschlossen. Ich glaube, wir können uns in Bayern mit unserer sozialpolitischen Gesetzgebung schon sehen lassen. Ich bin gewiß kein übersteigter Bayer und kein Anhänger der Bayernpartei. Aber man soll die Dinge beim Namen nennen. Ich finde es nicht richtig, hier in einem Volksversammlungston zu sprechen, ohne den Dingen auf den Grund zu gehen. Ich spreche übrigens auch in Volksversammlungen nicht so.

Ich darf auch dem Herrn Ernährungsminister, damit ich das nicht vergesse, noch etwas sagen. Wenn ich — das gehört mit zur Wirtschaftspolitik — in der „Süddeutschen Zeitung“ einen kleinen Artikel zu lesen bekomme „Lebensmittel verderben“, so muß ich fragen: Warum hört der Unfug nicht auf, auf den meines Wissens Frau Wienfötter im Ernährungsbeirat hingewiesen hat, daß die Frauen „Suppenerzeugnisse und Teigwaren“, die sie gar nicht wollen, auf Marken kaufen müssen? Sie sollten dafür lieber Mehl bekommen. Wir haben uns beschwert, es hat aber nichts geholfen.

Weiterhin haben Sie wohl auch gelesen, daß die Kohlenförderung steigt und daß die Kohlenpreise, wenn die Förderung 450 000 Tonnen erreicht, wahrscheinlich verbilligt werden. Sie sehen, es gibt Möglichkeiten, die

wir selbst in der Hand haben, die Preise herunterzudrücken.

(Zuruf von der SPD: Anscheinend arbeiten die Arbeiter auch!)

— Gott sei Dank! Es wäre ja traurig, wenn es nicht so wäre. Ich habe Hochachtung vor jeder Arbeit, vor dem Arbeiter, ob er nun Handarbeiter, Geistesarbeiter oder Bauer ist. Ich sehe auch durchaus ein, daß der Lohnstopp, wie er bisher bestanden hat, unmöglich zu halten ist. Das habe ich nicht erst jetzt entdeckt, sondern schon längst. Wie hat die Wirklichkeit ausgesehen? Wer von den Arbeitgebern hat sich bei tüchtigen Arbeitskräften überhaupt noch an den Lohnstopp gehalten? Vielleicht die großen Betriebe; das mag sein. Aber in allen anderen Betrieben, auch bei uns, bei unseren Angestellten, hat sich kein Mensch an den Preisstopp gehalten. Wir haben alle höhere Löhne bezahlt. Ich kenne gar nichts anderes, auch in den Betrieben nicht.

(Zuruf von der SPD: Und jetzt?)

— Natürlich, in der D-Mark-Zeit ist es uns freien Berufen besonders schlecht ergangen. Wir sind der Zahl nach so gering, daß wir davon nicht reden können. Wir haben keinen Bauernverband und keine Gewerkschaften hinter uns. Uns freien Berufen ist es nach der Währungsreform am schlimmsten ergangen; denn wir mußten die vollen Gehälter bezahlen. Und was haben wir bekommen? Wir wollen aber nicht vom Los der einzelnen Stände reden, sondern ich glaube, wir finden uns auch hier wieder auf einer Linie; denn auch die Löhne gehören in das Kapitel des Angebots und der Nachfrage. Ich bin fest überzeugt, daß der Lohnstopp aufgehoben wird. Das wird sich ausgleichen in den Betrieben, die es schaffen können und die es nicht schaffen können. Wo es nicht geht, wird man nicht mit Gewalt die Wirtschaft kaputt schlagen wollen.

Und was dieses „Auspendeln“ betrifft — das Wort wird gern etwas höhnisch zitiert, aber das Wort „auspendeln“ ist schon richtig —, so können wir nicht erwarten, daß, wenn nach drei Monaten des Pendelns das Pendel nach links ausschlägt und nach drei Monaten nach rechts, dies das letzte Ziel sein kann, sondern das letzte Ziel muß sein — und da schließe ich mich wieder den Ausführungen des Herrn Kollegen Weinzierl an —, daß wir an das große Gemeinsame denken. Wir müssen alle zusammenhalten. Wenn das Wort vom „Kaubritter Erhard“ gebraucht wird — wenn ich das schon höre! —, so glaube ich, das Ideal des Kaubritters lag doch auf anderem Boden als das, was Erhard will. Dr. Erhard hat immerhin die volkswirtschaftlichen Kenntnisse mitgebracht, die ihn befähigen, das Problem anzupacken. Daß andere anders darüber denken, weiß ich. Das ist so alt, als es überhaupt eine Volkswirtschaft gibt.

(Zuruf links: Seine volkswirtschaftlichen Ideen haben auch dem Dritten Reich gedient! Das scheinen Sie nicht zu wissen!)

— Das ist mir vollkommen neu. Aber Dr. Erhard hin oder her, ich weiß jedenfalls so viel, daß das Problem von ihm richtig angepackt worden ist. Daß es härten mit sich bringt, hat jeder vorausgesehen und voraussehen müssen. Aber ich glaube, man muß auf einem solchen Weg eine gerade Linie einhalten und nicht einmal nach links und einmal nach rechts stottern, sondern versuchen, die Linie zu Ende zu gehen.

(Zuruf: Sie auch!)

(Dr. Linnert [SPD])

— Jawohl, ich gehe diese Linie zu Ende.

(Zuruf links: Sie haben vorher bei Fischer protestiert und jetzt bekennen Sie sich zu Erhard!)

— Ich habe nur festgestellt, daß er nicht unserer Partei angehört und wir als Partei mit ihm nichts zu tun haben.

(Zuruf links: Keine Partei hat mit ihm etwas zu tun! Sie haben ihn aber gewählt!)

— Lieber Gott! Wenn ich Ihnen erzählen will, was Sie schon alles im Laufe der letzten 30 Jahre gewählt haben, so würden Sie wahrscheinlich staunen. Fehler sind dazu da, um begangen zu werden. Noch ist das Erhard'sche Prinzip nicht zu Tode geritten! Er hat recht behalten. Schauen Sie hinaus vor die Türe! Es sind Waren in allen Geschäften vorhanden. Wenn diese Waren auch teuer geworden sind, sie sind wenigstens da. Vor drei Monaten waren sie nicht da und vor vier Monaten hat kein Mensch auch nur eine Krawatte kaufen können. Jetzt kann ich mir wieder eine Krawatte und Schuhe kaufen; allerdings sind sie noch zu teuer. Ich habe aber selbst von sozialdemokratischer Seite gehört, es sei ganz schön, daß man jetzt wieder anständig zu Mittag essen könne.

(Beifall.)

Ich glaube, mit dieser Parole, daß wir auch weiterhin anständig zu Mittag essen können, wollen wir in die Zukunft gehen.

(Beifall.)

I. Vizepräsident: Ich möchte dem hohen Haus bekanntgeben, daß mittlerweile ein Antrag der SPD-Fraktion eingegangen ist, der folgenden Wortlaut hat:

Der Landtag wolle beschließen,

die Wirtschaftspolitik Professor Erhards hat die sozialen Spannungen in unserem Volke ins Unerträgliche gesteigert. Wir lehnen diese unverantwortlichen Experimente an einem kranken Wirtschaftskörper ab. Die Bayerische Staatsregierung wird daher beauftragt, im Länderrat der Zweizonenwirtschaftsverwaltung dem Wirtschaftsdirektor Professor Erhard das Mißtrauen auszusprechen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Bedf.

Dr. Bedf (SPD): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Sie haben den Antrag zur Kenntnis genommen, den ich kurz zu begründen gebeten worden bin. Ich habe zu den Ausführungen von Herrn Dr. Linnert nur sehr wenig zu bemerken. Hier ist mit ziemlicher Kühnheit behauptet worden, daß im bayerischen Volk niemand verhungert. Ich glaube, daß Sie über die tatsächliche Situation draußen nicht richtig informiert sind. Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, daß heute ein Kriegsverwehrt 70 Mark bekommt; glauben Sie mir, der Mann bringt sich bewußt mit dem Gesetz in Konflikt, wenn er stiehlt oder schwarzhandelt, weil er sonst verhungern muß. Sie können nicht nur aus der Presse, sondern auch aus den statistischen Angaben ersehen, daß die Selbstmorde in Bayern aus sozialen Motiven steigen, ja sogar rapid ansteigen. Die Arbeiterschaft schlechthin ist nicht der eigentliche Leidtragende in dieser Entwicklung. Das stimmt. Die Arbeiterschaft ist noch stark genug, sich dagegen zu wehren. Die eigentlichen Opfer dieser Wirt-

schaftspolitik sind die Kleinrentner, die armen Leute, die Kriegsverwehrt.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Das sind die wirklichen Opfer dieser Politik. Es wird so hingestellt, als sei Dr. Erhard der Mann, der mit einem Zauberstab Waren hervorgehört habe, der mit einem Zauberstab die Wirtschaftspolitik in der amerikanischen Zone auf ein besseres Geleise geschoben habe. Man führt als Gegensatz dazu an: Schaut euch die Ostzone an, dort ist kein Erhard da, dort laufen die Dinge viel, viel katastrophaler! Es ist nicht das Verdienst des Professors Dr. Erhard, daß wir in der amerikanischen oder der britisch-amerikanischen Zone eine bessere Wirtschaftspolitik machen können. Es ist, so unlieb es manchem Menschen klingen mag, das Verdienst einer immerhin verhältnismäßig vernünftigeren Wirtschaftspolitik der Besatzungsmacht, die aus unserer Zone immerhin nicht so viel heraus schafft, wie es die Russen tun, und weiterhin das Verdienst einer Währungsreform, die die Leute gezwungen hat, die Warenlager zum Teil aufzulösen. Was Erhard dabei gemacht hat, ist, daß er die Preise hat davonlaufen lassen. Sie sagen, das sei eine Politik, deren Risiko man auf sich nehmen müsse, weil sonst eine Wirtschaftspolitik überhaupt nicht in Gang kommt. Ich möchte hier noch einmal darauf hinweisen, daß in Ländern, die vom Krieg verschont geblieben sind oder darunter nur minimal gelitten haben, die Preise festgehalten worden sind, wie in Holland, Belgien und dem reichen Schweden, das heute den höchsten Lebensstandard in Europa hat.

Sie schlagen vor, daß Sie als Ausgleich die Lohnspirale in Bewegung setzen wollen. Herr Dr. Linnert, hier komme ich mit Ihrer Logik nicht mit, aber wenn die Logik billiger ist als die Preise, dann verstehe ich es. Denn die Wirklichkeit ist doch so, daß hier auf dem Lohnsektor den Preisen nicht nachzukommen ist, wenn Sie uns nicht die Möglichkeit geben, auf der anderen Seite die Preise herabzudrücken. Das ist eine Politik, für die mir der logische Sinn fehlt, es sei denn, daß Sie in die französische und italienische Entwicklung bewußt hineinsteigen und das Experiment in Deutschland auch noch einmal ausprobieren wollen.

Es ist leicht für einen Gewerkschaftsführer oder sozialdemokratischen Politiker, draußen auf den Tisch zu schlagen: Steigert die Löhne! Wir würden Ihnen nur gerne die volkswirtschaftliche und die staatspolitische Verantwortung dafür überlassen. Wir tun uns heute sehr schwer, gegen eine solche Politik, wie sie gefordert wird, mit Vernunftgründen anzukämpfen. Bei aller Bewunderung für Ihre Rhetorik und Dialektik, Herr Dr. Linnert: Das, was Sie wollen, das können Sie nicht vertreten.

(Dr. Linnert: Da kann man stundenlang darüber reden. Volkswirtschaft kann man nicht in einer halben Stunde erklären!)

— Das ist möglich. Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, mit einem Mann zu sprechen, der bestimmt viel, viel mehr Ihr geistiger Vater ist als der meine: mit Köpfe. Köpfe sagt: Das, was Erhard macht, ist die Politik des liberalen Bankrotts, nicht die Politik einer liberalen Vernunft. Köpfe ist ein Mann, der Liberalist ist, das können Sie kaum bestreiten.

(Zuruf: Nein!)

Die Politik Dr. Erhards begegnet bei der CSU genau so Bewunderung; man weiß nur nicht genau, wen man

(Dr. Beck [SPD])

dafür hinstellen soll. Begeisterung hat die CSU genau so wenig dafür empfunden, nur wissen die Herren nicht, wie sie wieder heraussteigen können. Dazu gehört Mut. Sie müssen einmal heraussteigen, es nützt alles nichts, Sie werden sonst die Quittung bekommen.

(Dr. Hundhammer: Nicht zur Unzeit!)

— Ihre Bauern wollen nicht mehr mitmachen, sie sagen: Das, was ihr da macht, ist eine Katastrophe! Ihre Angehörigen sagen: Meine Herren, so geht das nicht weiter! Und selbst Ihre Abgeordneten haben keine Lust, diese Preisentwicklung mitzumachen. Sie müssen heraussteigen, da hilft Ihnen alles nichts.

(Heiterkeit. — Zurufe von der CSU. — Dr. Hundhammer: Das werden Sie bei der Abstimmung über Ihren Antrag gleich sehen!)

— Je schneller Sie das machen, um so besser, Herr Dr. Hundhammer. Sie haben recht, man vergißt sehr häufig hier im Haus, daß es ein Parlament ist und keine Volksversammlung.

Ich sage nicht, daß Dr. Erhard zweimal Bankrott gemacht hat und daß man ihm nicht die Chance geben soll, ein drittes Mal auch wieder Bankrott zu machen.

(Hausleiter: Das erstemal haben nicht wir ihn berufen!)

— Gewiß, auch die Sozialdemokraten machen Fehler in der Politik, aber beim zweitenmal habt Ihr wesentlich mitgeholfen. Das ist die Politik des Bankrotts, man kann sich dagegen nicht mehr wehren.

Ich frage, wie die Politik in Zukunft aussehen soll. Das ist eine sehr ernste Frage, wie wir aus der Zwangswirtschaft auf die andere Seite gehen und die Vorteile der freien Wirtschaft genießen sollen und wie wir andererseits die Auswüchse der freien Wirtschaft vermeiden sollen, ohne in das andere Extrem zu verfallen. Das ist eine Frage, die nicht von Frankfurt aus gelöst werden kann, sondern auch von der Wirtschaft her beantwortet werden muß. Darum werden wir nicht herumkommen. Vor 30 Jahren gab es in der Wirtschaft zwar Leute, die gern Geld verdient haben, aber mit einem gewissen Anstand und einer gewissen Ehrlichkeit. Heute gibt es in der Wirtschaft Leute, die noch viel lieber Geld verdienen, aber ohne jeden Begriff der Ehrlichkeit und der Anständigkeit. Hier ist ein Säuberungsprozeß eine Aufgabe, die jeder einzelne jetzt von sich aus zu leisten hat. Das kann Dr. Erhard beim besten Willen nicht allein machen. Aber dazu ist es notwendig, daß die CSU-Fraktion, die in Bayern entscheidend ist, die Dinge draußen nicht nur sagt, sondern mithilft. Ich kann nicht ganz den Verdacht unterdrücken, daß ein großer Teil dieser Leute Ihre Wähler sind. Ihr Freund Dr. Linnert möchte Ihnen diese Wähler ja wegschnappen, wenn es ihm gelingt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hundhammer.)

— Es gibt Großhändler in der Münchner Markthalle, die CSU wählen. Linnert möchte sie Ihnen wegschnappen, aber diese Leute suchen sich meistens die stärkeren Bataillone aus.

Herr Ministerpräsident und Herr Wirtschaftsminister, Sie haben die Möglichkeit, einzugreifen. Man darf vor Zwangsmitteln nicht zurückschrecken. Wenn Sie drei oder

vier Leuten die Lizenz in der Großmarkthalle entziehen lassen, wirkt das stärker als hundert Reden im Parlament. Ich weiß, Herr Ministerpräsident, daß Sie gerecht und sozial denken. Ich könnte mir denken, daß Ihnen diese Entwicklung genau so viel schlaflose Nächte bereitet wie uns auch, und darum möchte ich Sie bitten, hier im Interesse des bayerischen Volkes Schluß zu machen.

Es erzeugt eine unerträgliche Spannung, wenn eine Frau mit Kindern mit 40 Mark auskommen soll und auf der anderen Seite die Geschäfte Luxuswaren anbieten, z. B. in einem Geschäft einen Koffer um 280 Mark. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Holz gibt es bekanntlich in fünf Kategorien. Eine Kategorie ist preisgebunden und bewirtschaftet. Nicht einmal Ihnen, Herr Ministerpräsident, wird es gelingen, ein solches Stückchen Holz zu bekommen, das preisgebunden und bewirtschaftet ist. In Bayern fehlt das Holz in der ersten Kategorie, wenn die Preise frei sind. Das ist ein Hohn, für den man nur Dr. Erhard verantwortlich machen kann, der durch seinen unglückseligen Entschluß diese Entwicklung erst geschaffen und diese Kräfte auf den Plan gerufen hat. Jetzt ist er nicht mehr in der Lage, die Entwicklung einzufangen. Die Länderregierungen müssen mithelfen. Wir können nicht sagen, wenn Frankfurt Schiffbruch erlitten hat: Tant pis, beschäftigt einen anderen Herrn! Wir müssen vielmehr sagen: Wir haben uns selbst zu helfen. Diese Möglichkeit gibt es meiner Meinung nach, wenn wir nicht warten, bis sich das Experiment zu Tode gelaufen hat. Die Politik Dr. Linnerts, die Dinge ausbalancieren zu lassen, ist, so gut er sie vertritt, die Politik des Hasards. Eine solche Politik kann eine verantwortungsbewusste Staatsregierung beim besten Willen nicht mitmachen und unterstützen. Das kann man sich in der Opposition erlauben, das kann man sich aber unmöglich erlauben, wenn man vor dem Lande die Verantwortung trägt. Darum bin ich der Meinung, daß die CSU-Fraktion, die innerlich den Antrag, der Ihnen vorliegt, gutheißt, auch äußerlich den Mut haben sollte, dafür zu stimmen und das Experiment Dr. Erhards abzubreaken.

(Beifall bei der SPD.)

I. Vizepräsident: Der Herr Ministerpräsident spricht.

Ministerpräsident Dr. Erhard: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Erwarten Sie von mir jetzt keine großen Ausführungen zur Sache! Wir haben über diese Dinge wirklich schon oft genug gesprochen. Wir haben insbesondere auch von der bayerischen Regierung aus im Länderrat mit unserer Meinung keineswegs hinter dem Berge gehalten. Gerade das, was wir zu den Dingen kritisch gesagt haben, im Entstehungsstadium nämlich, ist nicht durch die Presse gegangen.

(Sehr richtig!)

Davon hat man nicht sehr viel gehört, wenn der bayerische Ministerpräsident vor dem oder jenem gewarnt oder wenn unser Wirtschaftsminister auf diese oder jene Bedenken aufmerksam gemacht hat. Es ist in diesem Zusammenhang interessant — und nur auf das eine hätte ich hinzuweisen —, daß gegen die damals angenommenen Leitsätze von Professor Dr. Erhard immerhin bei der Durchführung Bedenken geäußert worden sind. Auf unsere Veranlassung ist dieser Überwachungs-ausschuß eingesetzt worden, in dem alle Parteien ver-

(Ministerpräsident Dr. Erhard)

treten sind. Herr Professor Dr. Erhard hat sich verpflichtet, diesem Ausschuss seine Pläne im einzelnen vorzulegen und, wenn der Ausschuss ihm nicht zustimmen würde, die Entscheidung im Plenum des Wirtschaftsrats herbeizuführen. Es ist mir bis jetzt nicht ein einziger Fall bekannt geworden, in dem dieser Ausschuss sich so gegenseitig geäußert hätte, daß etwa der Wirtschaftsrat in seiner Gesamtheit dazu hätte Stellung nehmen müssen.

(Dr. Hundhammer: Auch nicht die Sozialdemokraten! — Zuruf von der SPD: Woher wissen Sie das, Herr Dr. Erhard?)

— Oh, dazu könnte ich eine ganze Menge sagen.

(Unruhe.)

Nun ein Wort zu diesem Antrag, der ja letzten Endes die bayerische Staatsregierung zum Brellbock machen will. Wenn man das macht, dann soll es so sein, daß es auch eine Wirkung hat. Nun darf ich Sie vielleicht in diesem Zusammenhang auf die Proklamation Nr. 7 hinweisen, die uns ja zwangsläufig vorschreibt, was wir tun und lassen dürfen. Bitte: Befetzungsrecht, nicht deutsches Recht! Da heißt es: „Die Direktoren können nur auf Grund eines Mißtrauensvotums des Wirtschaftsrats entlassen werden, welches von Bipartite Board genehmigt ist.“ Sie können im Länderrat Mißtrauensvoten einbringen, so viel Sie wollen, es hat gar keine Wirkung. Wozu soll es dienen, der Staatsregierung eine Maßnahme aufzwingen zu wollen, wenn sie von vornherein weiß, das es keinen Zweck hat?

(Zuruf von der SPD: Das wissen Sie nicht!)

Man muß sich dahin wenden, wo wirklich die Möglichkeit besteht, eine solche Entscheidung zu treffen.

Das wollte ich zu der formellen Behandlung der Sache sagen. Also bitte, meine Damen und Herren, muten Sie der Staatsregierung nicht eine Stellung zu, die nach dem Gesetz nicht zum Ziele führen kann. Unsere Kritik werden wir bei jeder Gelegenheit anbringen, auch künftig, dessen können Sie versichert sein; denn das eine, glaube ich, werden Sie uns bestätigen müssen, daß wir den ehrlichen Willen haben, eine soziale Linie zu halten und das zu tun, was in unserer Macht steht, um zu einer Lösung zu kommen. Daß dies sehr schwer, unendlich schwer ist, das braucht nicht betont zu werden. Daß dabei eine Reihe von Dingen mitspielen, die leider Gottes ganz außerhalb unserer Machtbefugnis liegen, das muß betont werden. Es wäre vielleicht gut, wenn öfter und stärker gemeinsam von allen Seiten darauf hingewiesen würde.

(Sehr richtig!)

Wenn wir alle eigentlich in derselben Richtung laufen, wozu wollen wir uns dann die Köpfe heißreden, wenn wir genau wissen: Was hilft denn das alles, wenn wir kein Geld haben, wenn wir kein Rohmaterial haben? Dann können Sie mit der Planwirtschaft und mit der freien Marktwirtschaft nicht weiterkommen. Wo nichts ist, können Sie weder etwas verteilen noch irgend etwas gegen das Aufsteigen gewisser Kräfte machen. Es ist kein Zweifel: Es wird dann immer der Schwarzmarkt, es wird immer die Unehrlichkeit, es wird immer der Eigennuß vorndran marschieren, und dagegen müßte man in erster Linie kämpfen. Dazu müßte man eine Reihe von Dingen sagen, wie ich sie auch in diesem hohen Hause und in Frankfurt wiederholt bei gegebener Gelegenheit dar-

gelegt habe. Ich glaube, ich kann es mir im Augenblick ersparen, das zu wiederholen.

(Beifall bei der CDU.)

I. Vizepräsident: Es spricht der Herr stellvertretende Ministerpräsident Dr. Müller.

Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Müller: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sorgen, die hier besprochen worden sind, sind gemeinsame Sorgen, nicht die Sorgen einer Partei allein. Ich glaube, der Herr Kollege Fischer hat verschiedene seiner Schlagworte nicht ernst gemeint. Glauben Sie, daß man heute angesichts der Tatsache, daß über 50 Prozent des Volkes verarmt sind, von der Union noch als von einer Besitzbürgerpartei reden kann? Wir haben genau so arme Teufel in unseren Reihen wie Sie und wenn wir uns selbst hernehmen: Ich bin kein Typ des Besitzbürgers, wenn ich vielleicht auch ein etwas rundliches Gesicht habe. Wir alle haben in der vergangenen Zeit vieles verloren. Wir alle suchen einen Start. Wir wissen, daß wir dem ganzen Volk erst zur wirtschaftlichen und sozialen Freiheit verhelfen müssen. Wir nehmen das Wort „christlich“ und das Wort „sozial“ sehr ernst. Genau so sind wir von Ihnen überzeugt, daß Sie das Wort „sozial“ sehr ernst nehmen und nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten helfen wollen.

Wollen wir uns nicht gegenseitig der Schlagworte bedienen! Ich habe es begrüßt, daß — ich sage, mein Freund — Dr. Beck sehr ruhig gesprochen und einen ruhigen Ton angeschlagen hat. Fischer hat mit seinen letzten Worten Mäßigung gezeigt, wenn er sagte: Wir wollen neue Wirtschaftsformen suchen! Angesichts dieser verzweifeltsten Situation, die die Katastrophe verursacht hat, wollen wir uns bemühen, neue Wirtschaftsformen zu finden! Glauben Sie, daß einer von uns etwa Liberalist im alten Sinn ist? Gucken Sie sich doch die Leute an: Wo sitzt denn hier ein Kapitalist? Das sind alte Schlagworte, die wir ablehnen sollten, mit denen wir nicht mehr operieren können.

(Zuruf von der SPD.)

Es würde zu weit führen, wenn wir jetzt im einzelnen die Ursachen der Krise untersuchen wollten; dann könnten wir wirklich stundenlang darüber reden. Nehmen Sie es mir nicht übel: Die Reden müßten auf einem höheren Niveau liegen als es die eine oder andere war, die heute gehalten wurde.

(Zuruf von der SPD: Der Lebensstandard ist auch sehr niedrig!)

— Bitte, man kann es mir nicht übelnehmen, wenn ich frei und offen meine Meinung sage. Wir müssen das Übel in jeder Weise beleuchten.

Sie haben gehört, daß wir von der Christlich-Sozialen Union in Bayern in den Vortagen eine gewisse Initiative ergriffen haben. Wir suchen in Frankfurt die Politik weiter zu entwickeln. Hätte es einen Sinn, wenn Sie eine Katastrophe auslösen würden, hätte es einen Sinn, von heute auf morgen umzustellen? Vergessen Sie nicht: Nach der Währungsumstellung, die dem ersten Weltkrieg folgte, war nach sieben bis acht Monaten noch nicht das gerechte Verhältnis zwischen Preis und Lohn hergestellt, obwohl damals eine Koalitionsregierung bestanden hat, obwohl damals bestimmt viele da waren, die sich Mühe gegeben

(Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Müller)

haben. So etwas ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Sie wissen, ich habe in den letzten Tagen zum Ausdruck gebracht, daß wir es unerträglich finden, wenn das Preisniveau und das Lohnniveau nicht annähernd miteinander im Einklang stehen. Wir gehen auch davon aus, daß die Löhne, wie sie heute sind, nicht ausreichen, um den Bedarf des arbeitenden Menschen zu decken, und daß wir nicht gerade beim arbeitenden Menschen das Sparen bis zur letzten Konsequenz verlangen und durchführen wollen.

Das ist unsere wie Ihre Auffassung. Dr. Beck hat mit Recht das Problem der Lohnspirale angeführt. Wollen wir die Lohnspirale rasch in Bewegung setzen? Das wollen wir nicht. Lieber versuchen wir anderswo durchzugreifen, um nicht den Zustand herbeizuführen, daß, wenn die Löhne zu stark steigen, die Preise der Industrie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind.

(Sehr gut!)

Darum geht es.

(Zurufe.)

Ich glaube, daß es in Deutschland Exponenten von Mächten gibt, die keine Deutschen sind, die es nicht ungern sehen würden, wenn unsere Löhne und Preise in die Höhe gehen.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Ich habe heute nacht in Frankfurt gesagt — ich bin gestern nach Frankfurt hin- und heute zurückgefahren —, ich hätte gerne gesehen, wenn man z. B. hinsichtlich der Festgeldkonten etwas kräftiger gesprochen hätte; denn vorher waren wir uns ja alle einig — alle Parteien und alle Instanzen —, daß wir das nicht wollten. Wir haben andere Maßnahmen vorgeschlagen. Wir wissen, daß diese Maßnahmen — wie man uns erklärt hat — der Kaufpreis für die Einheit der drei Zonen waren. Auf gut deutsch: Die Amerikaner und Engländer haben den Franzosen diesen Kaufpreis für die Zoneinheit zugestanden. Wir alle wollen, daß Deutschland möglichst bald wieder zu einer Wirtschaftseinheit wird und daß man wenigstens die drei Westzonen vereinigt. Aber wenn jetzt dadurch neue wirtschaftliche Erschütterungen ausgelöst werden, daß neue Kaufkraft entsteht, wohin soll das führen? Werden nicht die Preise neuerdings in die Höhe gehen? Sie wollen nicht nach neuen Strafgesetzen rufen, weil neue Strafgesetze nicht die Wirtschaftspolitik korrigieren können. Es dürfen keine neuen vagen Bestimmungen dazu kommen. Wir wollen in dieser Zeit der Erschütterungen nicht auch noch das Rechtsbewußtsein schwächen.

Wenn wir heute Kritik üben, dann müssen wir sie üben an den vielen, vielen Menschen, die kein Verständnis für die gemeinsamen Interessen zeigen.

(Fischer Wilhelm: Wir haben die Verantwortung zu tragen!)

— Wenn ich die These des Kollegen Fischer höre, dann meine ich, daß es nach meinem Empfinden gefährlich ist, mit Beziehung auf das alte Naziwort „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ zu sagen, daß wir uns dann nicht scheuen dürften, Maßnahmen anzuwenden, wie sie im Dritten Reich schon einmal angewandt worden sind, wenn sie nur Erfolg versprechen. Was würden Sie gesagt haben, wenn einer von uns diesen Gedanken geäußert hätte? Wir wollen weder in Gedanken noch Worten zum Dritten Reich

zurückkehren, mögen die Schwierigkeiten auch noch so groß sein. Ich habe das deswegen ausdrücklich erwähnt, weil ich gerne sehen würde, wenn Sie diesen Ausdruck noch korrigieren könnten.

(Dr. Beck: Man kann nicht darauf verzichten, Straßen sauber zu machen, weil man sie im Dritten Reich auch sauber gemacht hat! —

Dr. Hundhammer: Man hat sie vor dem Dritten Reich auch schon sauber gemacht!)

Manchmal hätten auch wir gewünscht, daß es letzten Winter rascher gegangen wäre. Kollege Dr. Beck hat das richtige Wort ausgesprochen, wenn er sagte: Wir denken genau so wie Sie darüber nach, wie wir den Rückfall in die Zwangswirtschaft vermeiden können. Denn wenn Sie die Entwicklung ehrlich betrachten, müssen Sie sich sagen, daß ein Großteil des Volkes aufgeschnauft hat, als die Zwangswirtschaft aufhörte.

Wenn wir an der Wirtschaftspolitik in Frankfurt Kritik üben, kann diese Kritik vielleicht dahin zusammengefaßt werden: Wir wollen, daß eine freie Wirtschaft eingeleitet wird. Allerdings soll der Mann, der die Köffer losläßt, die Zügel in der Hand behalten,

(sehr gut!)

damit die Köffer nicht wild davonlaufen, losdonnern und alles zertrampeln.

(Zuruf: Das tun sie ja!)

Darum geht es. Aber das läßt sich doch nicht von heute auf morgen und nicht allein von Bayern aus machen. Wir Bayern haben an und für sich noch besondere Sorgen, weil man uns ja für alles zu leicht verantwortlich macht. Aus diesem Grund haben wir auch ein offenes Wort von unserer Partei aus gegen Frankfurt gesprochen und Maßnahmen in die Wege geleitet, weil wir der Meinung sind, wir können von uns aus die Frankfurter Politik nicht ändern. Wir wollen aber auch nicht immer nur unseren Buckel hinhalten für alles, was dort geschieht.

(von Knoeringen: Sie haben es durch Ihre Abstimmung in Frankfurt möglich gemacht!)

— Herr Kollege von Knoeringen, Sie drehen uns dauernd den Rücken zu, aus Protest anscheinend. Wenn Sie so etwas dazwischenrufen, könnte man sagen: Auch Ihre Leute haben es nicht möglich gemacht. Es wäre etwas umständlich, aber ich kann dazu etwas verlesen, wenn Sie wollen.

(von Knoeringen: Schön!)

Ich werde Sie nicht zu lange aufhalten. Es handelt sich um das Protokoll, das heute Gegenstand großer Diskussionen ist, das Protokoll über die Plenarsitzung vom 30. September 1948. Dort hat Schlange-Schönningen wieder einmal einen Angriff gegen Bayern vorgetragen. Er hat Verschiedenes auch mit starken Verbeugungen vor Ihren Kreisen gesagt. Am Schluß kommen dann sehr interessante Sätze:

Präsident: Das Wort hat als letzter Redner Herr Ministerialdirektor P o d e n n.

Abgeordneter Schoettle (SPD): Zur Geschäftsordnung!

Präsident: Bitte, Herr Abgeordneter Schoettle zur Geschäftsordnung!

(Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Müller)

Abgeordneter **Schoettle**: Zur Geschäftsordnung! Meine Damen und Herren! Wir sind in diesem Hause schon einmal mit der Frage beschäftigt worden, wer im Namen des Direktors hier sprechen soll. Wir sind der Meinung, daß Beamte hier nicht die Angelegenheit einer Verwaltung vertreten sollen, es sei denn der Stellvertreter des Direktors. Der Stellvertreter des Direktors ist Herr Staatsrat Niklas. Ich halte es für außerordentlich unfair — Sie können darüber denken, was Sie wollen, Herr Reimann —, ich halte es für außerordentlich unfair, einen Beamten, der zufällig Sozialdemokrat ist, in die Zwangslage zu bringen, hier die Politik seiner Verwaltung vertreten zu müssen, obwohl er dazu gar nicht zuständig und nach unseren bisherigen Gepflogenheiten auch nicht in der Lage gewesen wäre. Herr Bodéyn mag das mit sich selber ausmachen, ob er das tun will. Jedenfalls aber möchte ich mit aller Deutlichkeit hier dagegen protestieren, daß der Herr Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und sein Stellvertreter, die beide hier im Saale anwesend sind, es nicht wagen, ihre eigene Politik bis zum Schluß zu vertreten, sondern Herrn Bodéyn vorschicken. Das möchte ich hier gesagt haben.

(Zuruf rechts: Das ist eine Einmischung in die Exekutive, Herr Schoettle!)

— Das ist keine Einmischung in die Exekutive, Herr Schwamberger, darüber haben wir schon lange geredet.

(Erneute Zurufe.)

Das ist nicht Sache der Verwaltung.

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich habe lediglich Herrn Ministerialdirektor Bodéyn zu fragen, ob er seine Wortmeldung aufrechterhält.

Abgeordneter **Schoettle**: Das soll er halten, wie er will!

Bodéyn sprach dann mit Schlange-Schönningen, ob er reden sollte. Dann verzichtete Bodéyn.

(Zuruf von der SPD: Ausgezeichnet!)

— Auch von unserem Standpunkt aus ausgezeichnet!

(Zurufe von der SPD: Die Sozialdemokraten sollen vorgeschickt werden! — So war's, Bodéyn sollte seinen Kopf hinhalten wie schon so oft!)

— Herr Kollege von Knoeringen, wir sind beide Vorsitzende einer Partei. Wir wollen nicht das Schauspiel geben, daß wir uns gegenseitig mit Zwischenrufen ansprechen. Wir haben hier keine Volksversammlung.

(Zuruf von der SPD: Aber Herr Dr. Hundhammer scheidet auch nicht Dr. Beck vor, um seine kulturpolitische Linie verteidigen zu lassen!)

— Das ist etwas ganz anderes, Herr Kollege! Denn jeder weiß, daß Schlange-Schönningen und Bodéyn ein enges Paar waren und für die Politik im Rahmen der Ernährung und Landwirtschaft verantwortlich sind.

(Zuruf: Vielleicht ist es Dr. Beck und Dr. Hundhammer auch!)

Hier kam es nur darauf an, wenn Sie darauf abstellen wollen, Herr Kollege von Knoeringen: Man kann nicht so

leicht eine Verantwortung niederlegen. Ich würde es bebauern, wenn man auf diese Weise ein reines Parteigeschäft machen wollte. Sehen Sie, wir sind wirklich ehrlich bereit, mit Ihnen und mit jedem anderen aus jeder Partei zusammenzuarbeiten, wenn es um die Not des Volkes geht. Aber man darf es uns nicht zu schwer machen. Sie machen das ebenso in Bayern. Bitte, was sagen Sie dazu: Ich kann ehrlich sagen, ich habe es mit Rücksicht auf die furchtbare Not vermieden, im letzten Wahlkampf z. B. Herrn Dr. Schumacher irgendwie persönlich anzugreifen oder in irgendeiner Weise gegen ihn zu polemisieren. Was tut Dr. Schumacher? Er läßt auf dem letzten Parteitag in Düsseldorf eine Rede verlesen, in der er die CDU als die fünfte Kolonne des Kommunismus bezeichnet!

(Hört, hört! bei der CSU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Machen wir doch sachliche Politik miteinander und polemisieren wir nicht in einer Weise, daß wir einander Unanständigkeit und, ich möchte sagen, Charakterlosigkeit unterstellen! Damit ist dem Volke nicht gedient. Dem Volke ist nur gedient, wenn wir ernst und sachlich zusammenarbeiten, vielleicht so wie jetzt als Regierung und Opposition. Kein Mensch weiß aber, ob nicht die Not so groß wird, daß wir noch enger zusammerrücken müssen.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Es ist noch ein Redner gemeldet, der ganz kurze Ausführungen machen möchte. Ich schlage dem Hause vor, damit die Rednerliste zu beschließen. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Drechsel zu einigen kurzen Ausführungen.

(Dr. Linnert: Es muß bekanntgemacht werden, wer auf der Rednerliste steht!)

— Ich habe gesagt: Es ist noch ein Redner gemeldet und ich schlage dem Hause vor, damit die Rednerliste zu schließen. So habe ich gesagt, und mein Vorschlag ist angenommen worden. Jetzt erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Drechsel.

(Dr. Hundhammer: Herr Präsident, wir haben aber hierbei vorausgesetzt, daß jetzt keine große polemische Rede kommt!)

Drechsel (SPD): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Am 25. August fand in München die große Protestaktion der Gewerkschaften statt. Aus dieser Protestaktion ist dann jener Brief entstanden, über den der Herr Abgeordnete Schefbeck berichtet hat. In diesem Brief wünschten die Gewerkschaften, daß vom Präsidium des Landtags eine Delegation empfangen wird, um die Wünsche der damals protestierenden 100 000 Menschen dem Landtag vorzutragen. Der Brief wurde dann an den Wirtschaftsausschuß des Landtags geleitet. Der Wirtschaftsausschuß beschloß — ich rekapituliere noch einmal —, durch einen Unterausschuß diese Delegation der Gewerkschaften zu empfangen. In der Sitzung vom 17. September wurde ein Bericht über diesen Empfang erstattet; dieser wurde beraten und heraus kam der Antrag, der heute in diesem hohen Hause zur Beratung steht. In dem Antrag wird die Staatsregierung ersucht, einiges zu tun, was sie meiner Auffassung nach eigentlich von sich aus hätte tun müssen. Nun wird die Geschichte vermutlich so gehen, daß dieser Antrag, wenn Sie schön brav

(Drechsel [SPD])

sind, angenommen wird. Dann geht das Leben wahrscheinlich so weiter, wie es in den letzten Wochen und Monaten gegangen ist. Ich frage Sie nun, ob das die richtige Methode für ein Parlament ist, mit dem Problemen fertig zu werden und die Not des Volkes, um die es sich in diesem Falle handelt, zu mindern und zu beseitigen?

Der stellvertretende Ministerpräsident hat jetzt in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, diese Probleme aus einer allgemeinen Polemik herauszuheben und sie von einer etwas höheren Warte aus zu behandeln.

Meine Damen und Herren! Ich möchte doch den Versuch unternehmen, zunächst einmal festzustellen, wo der Grund dieser Zustände verborgen liegt, über die wir heute zu reden haben. Es ist doch eine Tatsache, daß die Politik, die zu diesen Zuständen geführt hat, am 24. Juni 1948 eingeleitet worden ist, als der Wirtschaftsrat nach einer 24stündigen Sitzung die „Leitsätze“, und zwar mit einem Stimmenverhältnis von 50 gegen 37 Stimmen, beschlossen hat. Diese 37 Stimmen waren die der SPD und der KPD. Mit diesen Leitsätzen über die Wirtschaftspolitik nach der Währungsreform wurde Herrn Dr. Ehard eine Vollmacht übergeben, die dann nachträglich durch die Einsetzung des Überwachungsausschusses allerdings wieder eingeschränkt worden ist. Tatsache ist aber, daß zu dem Zeitpunkt, als dieser Überwachungsausschuß eingesetzt worden ist, das Unglück bereits geschehen war. Mit der Aufhebung der Bewirtschaftung und der gleichzeitigen Aufhebung des Preisstopps ist den Verhältnissen freier Lauf gelassen worden. Die Entwicklung ging dann dahin, daß wir jetzt eine Preissteigerung erlebt haben, die nichts mit der Angleichung der deutschen Preise an die Weltmarktpreise zu tun hat, eine Preissteigerung, die tatsächlich für die große Masse des Volkes eben nicht mehr zu ertragen ist. Ich bin der Auffassung: Wenn sich der Bayerische Landtag aus Anlaß dieser Protestaktion der Gewerkschaften vom 25. August etwas früher mit diesen Problemen beschäftigt hätte, Herr Dr. Müller, dann hätte vielleicht schon eine Änderung der Politik eingeleitet werden können, die erst jetzt eingeleitet wird. In dieser wirtschaftlichen Entwicklung, die wir jetzt nach der Währungsreform durchlaufen, kommt es manchmal nicht allein auf Wochen, sondern auf Tage an. Was ist mit dieser Preissteigerung, die wir seit der Währungsreform erlebt haben, eingetreten? Ich gebe Ihnen zwei Zahlen bekannt, die das ganz scharf zum Ausdruck bringen und die die Gefahr aufzeigen: Auf der Frankfurter Messe wurde ein Inlandsumsatz von 600 Millionen und ein Exportumsatz von ganzen 5,5 Millionen DM erzielt. Die Berichte von der Frankfurter Messe lauten, daß man im Inlandsgehalt ohne Rücksicht auf die Preise gekauft hat.

(Krempf: Was hat man gekauft? Nur Luxuswaren!)

— Nein, Herr Kollege!

(Krempf: Ich war selber dort!)

Es wurden horrenden Umsätze in der Textil- und Lederbranche erzielt; gerade in der Lederbranche wurden die Luxuswaren zu jedem Preis abgenommen.

(Krempf: Aber in der Textilbranche hat es nichts gegeben!)

Die Preisentwicklung in Deutschland birgt in sich die Gefahr, daß wir uns von einem zukünftigen Export abschließen. Es ist nicht von ungefähr, daß aus Kreisen der Militärregierung verlautet, daß man daran denkt, der deutschen, d. h. der bizonalen Industrie Exportauflagen zu machen. Es dreht sich darum, daß wir in unserer Wirtschaftsentwicklung den Anschluß an den notwendigen Export bekommen; denn wir wissen ja alle, daß wir zu unserer Ernährung und zur Versorgung unserer Industrie mit Rohstoffen in einigen wenigen Jahren einen Export von 8 Milliarden DM erreichen müssen, wenn wir endlich aus diesem Bettelzustand herauskommen wollen, in dem wir uns zur Zeit befinden. Hier dreht es sich darum, ob wir mit solchen Preisen, wie sie sich in den letzten Wochen und Monaten entwickelt haben, den notwendigen Export erreichen. Mit diesen Preisen werden wir auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren können. Es dreht sich für uns wohl darum, daß wir mit anständiger und angestrebter Arbeit entsprechende Preise erzielen, die uns auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig machen. Das ist eine Wirkung, die nicht unterschätzt werden darf. Ich glaube, es ist höchste Zeit, daß man sich auch in der bizonalen Verwaltung darüber Gedanken macht, wie sich auf Grund dieser Preisentwicklung der Export überhaupt entwickeln kann.

Was ist auf dem innerdeutschen Markt erreicht worden? Tatsächlich ist zunächst einmal erreicht worden, daß die große Masse der Bevölkerung aus dem Konsum derjenigen Waren, die jetzt nach der Währungsreform auf dem Markt erschienen sind, ausgeschaltet ist. Das erzeugt jene Stimmung im Volk draußen, die am 25. August auf dieser Protestaktion zum Ausdruck gekommen ist und die in den letzten Wochen anfängt, zu einer Stimmung der Unzufriedenheit zu werden. Die Preisentwicklung ist doch tatsächlich so weit gediehen, daß wir in manchen Zweigen unserer Wirtschaft bereits über dem Weltmarktniveau liegen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die große Masse der Bevölkerung mit dieser Entwicklung Schritt halten kann.

Diese Preisentwicklung hat aber noch eine andere Wirkung. Sie öffnete die Preischere zwischen dem gewerblichen Sektor und dem landwirtschaftlichen außerordentlich weit. Die weitere Folge dieser wirtschaftspolitischen Entwicklung war, daß man sehr rasch an eine Erhöhung der Agrarpreise herangehen mußte. Diese Erhöhung der Agrarpreise ist durchgeführt worden. Wie sie sich in den nächsten Wochen draußen im Volk psychologisch auswirken wird, können wir heute noch nicht abschätzen. Für die große Masse der Bevölkerung ist es nicht gleich, wenn das Brötchen jetzt 9 Pfennig und das Kilo Weizenbrot 70 Pfennig kostet. Denn derartige Preiserhöhungen für das wichtigste Nahrungsmittel greifen in den Einzelhaushalt der breiten Masse sehr scharf ein. Darüber hinaus müssen wir verzeichnen, daß die Landwirtschaft mit diesen Preisen noch nicht zufrieden ist. Es ist uns ja nicht unbekannt, daß die Landwirtschaft bereits jetzt wieder dazu übergegangen ist, einen Teil ihrer Produkte auf dem Schwarzen Markt abzusetzen, und zwar zu Preisen, die die große Masse der Bevölkerung selbstverständlich nicht zahlen kann.

Diese Entwicklung hat aber auch dazu geführt, daß wir heute in einem großen Ausmaß die Lebensmittel verzehren, die wir erst im Frühjahr verzehren sollten; wir verzehren heute einen Teil der Kalorien, die uns wahrscheinlich im Frühjahr des nächsten Jahres fehlen werden. Es ist noch lange nicht gesagt, daß wir dann die fehlende

(Drechsel (SPD))

Menge vielleicht aus anderen Quellen heranschaffen können. Wenn sich die Ernährungsminister der Bizone über die Entwicklung Gedanken machen, die dahin gehen, im jetzigen Zeitpunkt eine Kürzung der Brotration zu erwägen, so zeigt das auf, wohin diese Entwicklung gegangen ist.

Das sind in ein paar ganz kurzen Sätzen die Entwicklungstendenzen, wie wir sie in den letzten Wochen erlebt haben. Aber, meine Damen und Herren, es hilft alles nichts: Darüber kommen wir nicht hinweg, daß eine gewisse Verantwortung auf den Parteien ruht, die am 24. Juni diese Leitsätze beschlossen und damit diese Entwicklung eingeleitet haben. Es hilft heute gar nichts, wenn man sich von dieser Verantwortung freimachen will. Es hilft insbesondere auch nichts, wenn man sich heute von dem Mann absetzen will, der in erster Linie für diese Politik verantwortlich ist. Sehr viele in diesem Hause bis zum Herrn Dr. Linnert haben noch vor wenigen Wochen zu den Wundergläubigen des Wunderdoktors Dr. Erhard gehört. Wenn man heute versucht, von ihm abzurücken, möchte ich doch den Freien Demokraten etwas ins Gedächtnis zurückrufen, was sie kurz nach der Währungsreform zum Ausdruck gebracht haben, nämlich, daß sie Dr. Erhard für sich in Erbpacht genommen haben. Ich habe das Mitteilungsblatt Nr. 11 der Freien Demokratischen Partei vom Juli 1948 vor mir. Hier wird über die Freie Demokratische Partei und ihr Verhältnis zu dieser Politik unter der Überschrift „Das historische Verdienst der FDP“ folgendes ausgeführt:

Der Landesvorsitzende der FDP, Dr. Dehler, hat in einer ersten Presseerklärung nach der Währungsreform hervorgehoben, daß nicht die Währungsreform, sondern die von uns, von der FDP, verlangte Wirtschaftsreform maßgebend sei. Die Währungsreform könne nur die technische Voraussetzung der Wirtschaftsreform sein, nämlich der Ablehnung der Bewirtschaftung. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß diese Stellungnahme der FDP auf dem Weg der Verwirklichung ist. Die Grundlage hierzu bildet das entscheidende Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Währungsreform,

(Bezold Otto: Ich glaube, Herr Dr. Linnert hat das Gegenteil davon gesagt. Sie können sich das Verlesen sparen!)

das der Wirtschaftsrat in Frankfurt in einer viestündig durchgeführten pausenlosen Sitzung angenommen hat.

Es wird ausgeführt, daß dieses Gesetz mit 50 gegen 37 Stimmen angenommen wurde. Dann heißt es:

Dieses Gesetz gibt dem Direktor für Wirtschaft, Professor Dr. Erhard, die notwendigen Vollmachten, um im jeweils für richtig gehaltenen Augenblick nicht nur die Waren aus der Bewirtschaftung, sondern auch die Preise aus der Festsetzung freizugeben.

Professor Dr. Erhard hat als Vertreter der liberalen Wirtschaftsauffassung die neue Wirtschaftspolitik in seiner großen Rede vor dem Wirtschaftsrat überzeugend entwickelt. Wir wissen, daß er von der ihm erteilten Ermächtigung einen ebenso

mutigen wie verantwortungsvollen Gebrauch machen wird. Mit besonderer Genugtuung können wir feststellen, daß die von der FDP vertretene Wirtschaftsauffassung nunmehr zu entscheidender Auswirkung kommen wird und die Durchführung in den Händen eines Mannes liegt, der unser Kandidat für das zur Zeit bedeutungsvollste Amt des Direktors für Wirtschaft gewesen ist.

(Hört! — Zuruf des Abgeordneten Dr. Linnert.)

Wenn man so etwas in einer Presseerklärung zum Ausdruck bringt, kann man sich nachträglich nicht mehr von Dr. Erhard in der Form absetzen.

(Bezold Otto: Wer hat sich denn abgesetzt? — Dr. Linnert: Ich habe mich gar nicht abgesetzt!)

— Ich nehme das zur Kenntnis; dann ist die Sache erledigt. Wir sind viel zufriedener, wenn Sie sich heute noch zu dieser Politik Dr. Erhards bekennen.

(Dr. Linnert: Ich habe nur verlangt, daß man dem Mann die Zeit gibt, seine Ideen durchzuführen!)

Es ist nicht so, daß man sich auf den Standpunkt stellen kann, die Staatsregierung eines Landes sei vielleicht nicht in der Lage, irgendwie in diese Verhältnisse einzugreifen. Ich möchte hier nur ein einziges Beispiel herausgreifen, es sind das die auch von Herrn Dr. Müller kritisierten Handelskassen. Soweit ich mich erinnere, hat auch der Herr Ministerpräsident bereits einmal gegen diese Handelskassen Stellung genommen. Es ist wirklich ein Trauerspiel, was sich angesichts dieser Armut in Deutschland gewisse Kreise leisten können. Ich darf Ihnen hier ein paar ganz kurze Beispiele bekanntgeben.

(Zuruf von der CDU: Wieder „ganz kurze“?)

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter, vielleicht darf ich die Bitte aussprechen, sich etwas kürzer zu fassen!

Drechsel (SPD): Ich wollte jetzt gerade die Kreise des Handels kennzeichnen, die die Situation bis zum letzten ausnützen, um die Staatsregierung vielleicht zu veranlassen, gegen eine derartige Ausnützung einzuschreiten. Die Empörung, die in den breiten Massen draußen gerade über diese Methoden besteht, ist bereits so stark angestiegen, daß man tatsächlich in der nächsten Zeit mit den schlimmsten Auswirkungen rechnen muß. Ich möchte warnend darauf hinweisen, daß es durch diese Entwicklung vielleicht bis zu den letzten Konsequenzen kommen wird, die dann von uns allein nicht mehr verantwortet werden können.

Ich habe mich außerordentlich gefreut, daß Herr Dr. Müller in seinen Schlussschlußfolgerungen darauf hingewiesen hat, daß wir nach neuen Formen unserer Wirtschaftspolitik suchen müssen. Ich schöpfe aus den Tendenzen, die sich in den letzten Wochen angedeutet haben, doch die Hoffnung, daß Sie sich langsam zu der von uns verfolgten Politik bekennen und einsehen, daß die in den letzten Wochen eingeschlagene Politik ein Unglück für uns gewesen ist. Das Unglück beruht darauf, daß man am 20. Juni eine Entwicklung beginnen ließ, die für ein Land richtig gewesen wäre, das den Krieg nicht verloren hat, die für ein Land richtig gewesen wäre, das aus einem Reichtum schöpft. Wir haben tatsächlich in den

(Drechsel [SPD])

letzten Wochen und Monaten so getan, als ob wir in Deutschland sehr reich wären, reicher als alle Länder, die um uns liegen. Wir müssen endlich begreifen, daß wir aus dieser Armut unseres Landes heraus gezwungen sind, Maßnahmen zu ergreifen, die diese Entwicklung in der nächsten Zeit wesentlich unterbinden, und daß eine ganz gewaltige Änderung herbeigeführt werden muß.

I. Vizepräsident: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Antrag des Ausschusses auf Beilage 1803 abstimmen. Ich bemerke, daß die Antragsteller den Punkt 1 zurückgezogen haben.

Wer für den Antrag des Ausschusses ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Ich lasse dann über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen, wobei ich noch bemerke, daß die SPD-Fraktion den Antrag insofern abgeändert hat, als es am Schluß heißen muß:

... dem Wirtschaftsdirektor Professor Dr. Erhard die Mißbilligung auszusprechen.

(Dr. Sinnert: Das haben wir auch einmal versucht. Dann haben Sie es abgelehnt!)

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß der Antrag mit Mehrheit abgelehnt ist.

Damit sind wir am Schluß unserer Verhandlungen angelangt. Morgen vormittag beginnt die Sitzung um 1/2 9 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 18 Uhr 56 Minuten.)